

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit Illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Verwaltung.
 Preisliste für 1901 unter Nr. 7071.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Ercheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühren

Beträge für die sechsgezahlte Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pfg. für
 politische und gesellschaftliche Verord-
 nungen und Veranlassungen 20 Pfg.
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 3 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 13. Dezember 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Zolljongleure.

Mit welcher Unberücksichtigung die Vorkämpfer des Bundes der Landwirte polemisieren, zeigt die Replik, mit der ihre „Korrespondenz“ auf unseren Leitartikel in Nr. 284 des „Vorwärts“ antwortet. Die dort nachgewiesene Tatsache, daß trotz der beträchtlichen Zollrückstellungen auf verschiedene landwirtschaftliche Produkte in den achtziger Jahren, besonders auf Getreide, sich die Acker- und Gartenfläche seit 1878 noch nicht um $\frac{1}{4}$ Proz. vergrößert hat, daß, soweit eine Zunahme des Getreide-Anbaues sich vollzogen hat, diese auf Kosten der Ackerweide, der Brache und der Futtermittelproduktion erfolgt ist, so daß zur Versorgung des Viehes mit Futter eine enorme Steigerung der Einfuhr von Mais, Acker- und Viehsägen, Desinfektions- und damit zugleich eine immer weiter um sich greifende Verdrängung des Viehstandes stattgefunden hat: alle diese durch die Reichsstatistik erwiefsenen schönen „Erfolge“ jungerlicher Agrarpolitik werden von der „Korrespondenz“ einfach ignoriert und den Lesern gegenüber so gethan, als hätten wir in unserer „socialdemokratischen Demagogieprofessoren“-Weisheit lediglich bezweifelt, daß die deutsche Landwirtschaft überhaupt in die Lage kommen könnte, den deutschen „Bedarf an Getreide“ zu decken, wobei das ehrsame Organ des Bundes sich das Kunststückchen gestattet, aus dem „Getreidebedarf“, der selbstverständlich auch den Bedarf für industrielle Zwecke und für die Viehmästung mit umfaßt, untersehens einen Bedarf für den Brotkonsum zu machen.

Nachdem derart das Weidewild ausgewählt und verengt ist, fällt es dann natürlich der „Korrespondenz“ nicht schwer, unter Zuhilfenahme von allerlei Voraussetzungen den Nachweis zu führen, daß wenn die Verfütterung von Brotgetreide an das Vieh aufhörte, wenn die Brache weiter beschränkt und die Getreideanbaufläche durch Anpflanzung der Moore vergrößert würde, daß dann die Landwirtschaft weit mehr Korn erzeugen könnte, als die deutsche Bevölkerung für die Broterzeugung braucht. Wörtlich heißt es:

„Die Zahlen der Erntestatistik ergeben ganz klar, daß wir in den Jahren 1893-97 durchschnittlich 191 Kilogramm, in den folgenden 1898-1900 sogar 198 Kilogramm Brotkorn eigener Produktion per Kopf der Bevölkerung zur Verfügung gehabt haben. Niemand wird ernsthaft bestreiten können, daß allein mit dieser Menge inländischen Brotkorns der Broterzeugung des Volkes hätte genügt werden können, eine Einfuhr wäre nicht notwendig gewesen; sie hat nur dazu gedient, eine gleichgroße Menge deutschen Brotkorns in die Viehhalle zu drängen.“

Überdies könnten den heute dem Hackfruchtbau dienenden Ackerflächen (ca. 14 Proz. der Gesamtfläche) sehr gut einige hunderttausend Hektar zwecks Getreideanbau entzogen werden, wodurch unsere große Ueberproduktion an Getreide und Kartoffeln eine durchaus wünschenswerte Beschränkung erfahren würde.

Weiter ließe sich ein Teil der Brache (2,6 Millionen Hektar) und ebenso ein solcher der heute meist unbewegte daliegenden Moore (2,1 Hektar) dem Getreidebau nutzbar machen. Würden von diesen und den mit Hackfrucht besetzten Flächen zusammen auch nur 2 Millionen Hektar dem Körnerbau zugewiesen, so könnten daraus leicht gut 4 Millionen Tonnen d. h. der Brotkornbedarf für mindestens 20-25 Millionen Menschen produziert werden.“

Ja, „wenn!“ — „Wenn“ die Leiter des Bundes der Landwirte etwas mehr Logik besäßen, dann würden sie sich derartige Widersprüche in ihrer Beweisführung, wie sie sich sie täglich leisten, nicht gestatten. Der kleine Fehler ist nur, daß sie diese Logik nicht besitzen. So steht es auch mit ihren obigen Annahmen. Sicherlich, wenn die Verfütterung von Brotgetreide an das Vieh aufhörte, wenn Weizen und Roggen nur zu Brot verbacken würden, dann könnte vielleicht die einheimische Produktion ausreichen. Die Frage ist nur: werden die geforderten Zollrückstellungen, die ja nicht bloß das Brotgetreide, sondern auch die Futtermittel betreffen, wirklich die Wirkung haben, die Verfütterung von Brotgetreide aufzuheben, und wenn dies der Fall wäre, ist dann diese Wirkung im Interesse der Viehzucht und ihrer Vervollkommnung zu wünschen? Jedenfalls müßte für den Ausfall, soll die Viehhaltung gedeihen, Ersatz durch Herbeischaffung anderer, annähernd gleichwertiger Futtermittel beschafft werden; es müßte also die Einfuhr von Mais, Hafer, Futtergerste usw. erleichtert werden. Anstatt dessen aber sucht bekanntlich der Bund der Landwirte, diese Zufuhr vom Auslande durch einen Mindestzoll von 7,50 M. für Gerste und Hafer und 5 M. für Mais völlig abzuschneiden; er redet also einerseits der Aufhebung der Verfütterung von Brotgetreide das Wort, und will andererseits dem dadurch entstehenden Mangel an gutem Futter durch Verhinderung der Einfuhr von ungefähr gleichwertigen Ersatzmitteln bis auf härteste gesteigert wissen — angeblich alles zum Nutzen der bäuerlichen Viehzüchter. Das ist so ziemlich das Unsinnigste, was ein verwirrter Kopf erfassen kann.

Ferner durch Anpflanzung eines Teils der Moore für den Getreidebau ließe sich allerdings dessen Anbaufläche ausdehnen, nur kosten, wie die Korrespondenz wissen dürfte, eine solche Anpflanzung Geld, und damit sie sich rentiert, müßte der Getreidepreis auf dem deutschen Inlandsmarkt so ungefähr auf das Doppelte des Weltmarktpreises gesteigert werden. Möglicherweise der Bundesgesellschaft dieses Ziel, das eine völlige Erhaltung des Junkertums auf Staats- resp. Volks-

kosten bedeutet, als erstrebenswert gilt; Bescheidenheit im Forderung ist bekanntlich keine agrarische Schwäche.

Noch feltamer ist jedoch der Hinweis darauf, daß auch die mit Zuckerrüben und Kartoffeln bestellte Fläche sich einschränken ließe. Gewiß, das ließe sie sich, und es wäre sogar gut, wenn sie nie die heutige Ausdehnung erreicht hätte; sind doch im vorigen Jahre 426 732 Hektar mit Zuckerrüben und 3 218 777 Hektar mit Kartoffeln bestellt worden; über 50 Millionen Centner Kartoffeln verbrauchten allein die Brennereien. Wer aber hat durch die Prämien- und Viebesgaben - Politik diesen Zustand herbeigeführt? Wer hat die Alkohol- und Rübenzucker - Produktion früher stets als Rettungsanker der Landwirtschaft gepriesen? Und wer verlangt, um diesen bestehenden Zustand zu konservieren, einen Zoll auf Kartoffeln von 1 M., auf Zucker von 40 M. pro Doppelcentner? Derselbe Bund der Landwirte, dessen Organ sich für eine Verminderung der Kartoffel- und Rübenanbau-Fläche zu Gunsten des Getreide-Anbaues ausspricht! Demnach müssen die Herren der Ansicht sein, eine Preissteigerung der Kartoffeln und der Zuckerrüben hätte die Wirkung, den Anbau dieser Fruchtarten einzuschränken. O heilige Bundes-Einsicht!

Die Not.

Die Herrschenden Deutschlands sind am Werk, eine Gesetzgebung der Auswanderung der arbeitenden Massen durchzuführen, wie sie trotz allem, was die deutsche Arbeiterschaft von ihren Bedrückern erleidet und erlitten hat, denn doch noch niemals unternommen worden ist. Die Socialdemokratie dagegen hat soeben in den Verhandlungen des Reichstages den Frevler des neuen Normwunders machtvoll gebraucht und hat insbesondere darauf hingewiesen, daß es eine Misethat sondergleichen ist, von einer Not der Landwirtschaft zu reden, während tatsächlich die Arbeiterschaft vom entsetzlichen Mangel an Nahrung gestreift wird. In dieser Lage der Dinge ist es nötig, die Gläubigen zu warnen, die Tag aus Tag ein, bald aus dieser Stadt, bald aus jenem ländlichen Bezirk in traueriger Reichhaltigkeit einlaufen, zusammenfassend mitzuteilen. Wie unvollständig auch dieser Katalog des Hungers sein muß, so wird er dennoch zeigen, wo die Not ist und wie unendlich gemein die Verhältnisse sind, diese Not durch Vertenerung aller Lebensmittel und systematische Vermehrung der Arbeitslosigkeit weiter ins Ungeheuerliche zu vermehren.

Die fittliche Not des Landproletariats.

In diesen Tagen, in denen die Hallen des Reichstages von den Versicherungen der Agrarier rot werden, wie schon es im Deutschen Reich sein wird, wenn diese erst das Heft unumschänkt in der Hand haben, ist es von einiger Wert, eine Bekanntmachung zu veröffentlichen, die das Bezirksamt Waldkirch im sächsischen Baden im „Freiburger Voten“ veröffentlicht.

Dieselbe lautet:

Bekanntmachung.

Das Hirtenkinderwesen im Amtsbezirk Waldkirch betr.
 Nr. 25 405. Wir haben wiederholt die Wahrnehmung machen müssen, daß auf einzelnen Höfen die Unterbringung der Hirtenkinder und jüngerer Dienstboten in einer Weise geschieht, welche diese Personen der Gefahr sittlichen Verderbens aussetzt. Einzelne Dienstherren sind so gewissenlos, die Kinder in den Schlafstuben erwachsener Dienstboten, oft in demselben Bett mit solchen, unterzubringen, obwohl sie wissen oder vermuten müssen, daß das sittliche Verhalten ihres Dienstpersonals zu wünschen übrig läßt und zu Vermögensverlusten Veranlassung giebt.

Wir sehen uns genötigt, solche Dienstherren, welche ihre Pflicht, auch für das sittliche Wohl der ihnen anvertrauten jugendlichen Dienstboten zu sorgen, in so gewissenloser und schändlicher Weise verlegen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorzugehen. Zu diesem Zwecke werden wir in Fällen, in welchen Zustände der vorerwähnten Art zu unserer Kenntnis kommen, eine Untersuchung der betreffenden Kammern auf Kosten der Dienstherren gemäß § 12 der Verordnung vom 10. November 1896 (Gesetzbl. S. 444) vorzunehmen lassen und hiernach die weiteren Anordnungen mit Strafsfolge treffen.

Wir hoffen, daß — auch abgesehen von Strafe und Kosten — die mit der Notwendigkeit einer solchen Untersuchung verbundene Schande den Dienstherren ihre Verpfändung zu Gemut führen wird, der Unterbringung ihrer Dienstboten die nötige Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die Gemeindebehörden werden beauftragt, uns von dem Vorgehen von Rikständen der bezeichneten Art, sofern nicht augenblicklich für Abhilfe gesorgt wird, unachtsichtig Anzeige zu erstatten. Desgleichen richten wir an die Eltern der sittlich vernachlässigten Dienstboten, an die Herren Geistlichen und Lehrer, sowie an das Publikum die Bitte, uns zutreffenden Falles Mitteilung zu machen.

Waldkirch, 29. November 1901.

Gr. Bezirksamt:
Cron.

So der Bezirksamtman aus einem katholischen Bezirke Badens. Wie es in der gleichen Richtung und noch schlimmer im gelegenen Ostelbien ansieht, darüber erzählt unter anderem die Schrift des Pastor Wagner in Priegerde: Die Sittlichkeit auf dem Lande. Nur findet sich in Ostelbien kein Landrat, der in gleicher Weise wie der Amtmann zu Waldkirch dem schamlosen Unsitte steuert.

Das schadet aber alles nichts. Thron und Altar sind nur sicher im Schutze der Agrarier, die Kinder aber so schamlos ausbeuten und dabei sittlich verderben lassen, wie es einst die Latifundienbesitzer Roms mit ihren Sklaven machten.

Lebensmittelzölle und Arbeiternot.

Der „Generalanzeiger für Varmen-Oberfeld“ meldet unter dem 10. Dezember:

„Eine Speisung armer, hungeriger Schulkinder soll auch in diesem Winter erfolgen. Infolge der augenblicklich herrschenden Arbeitslosigkeit in unserer Stadt werden die Ansprüche in diesem Winter bedeutend größer werden als bisher. Es wäre daher zu wünschen, daß die Gaben entsprechend reichlicher fließen. Die Herren Gustav Plank, Arnold Holtzhaus, Alfred Runge, Friedr. Otto Schaefer, Edwin G. Spies sind bereit Gelder in Empfang zu nehmen. Im Winter 1900/1901 belief sich die Ausgabe für die Speisung hungeriger Kinder auf 3483,54 M.“

Und nun sollen, um auch dem deutschen Arbeiter zu helfen, die Agrarier versichern, die Lebensmittelzölle um 40-50 Prozent erhöht werden. Deutsche Arbeiter und Arbeiterkinder freud Euch, Euer Wohl ist bei der agrarischen Mehrheit des Reichstages in den besten Händen.

Aus der Heimat des Grafen Arnim.

Aus einer norddeutschen Seestadt teilt uns ein Herr mit, daß er den letzten Sommer in Bad Nauau — das dem Grafen Arnim gehört — zugebracht habe und sich wunderte über die rüden, herabgekommen aussehenden Kinder, die die Badegäste anbettelten. Auf die wiederholte Frage an solche Kinder, ob sie Eltern besäßen, antworteten sie, ihr Vater arbeite bei dem Grafen. Auch die weitere Frage, was der Vater an Lohn bekäme, habe er Auskunft erhalten über Löhne, die allerdings erklärten, warum die Kinder die Badegäste anbettelten. Der Graf Arnim sei in Nauau wegen seines Geizes im schlimmsten Aus, selbst bei seinen Beamten erzeuge er sich keiner Beliebtheit, die Arbeiter aber heagten die schlimmsten Gefühle gegen ihn wegen des herrischen Zorns, den er gegen sie anschlage, und wegen der erbärmlichen Löhne, die er zahle.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Dezember.

Der Reichstag

ging am Donnerstag in die Weihnachtsferien, nachdem er in fast achtstündiger, meistens ermüdend sich hinschleppender Sitzung die erste Beratung des Zolltarif- Entwurfes beendet und die Vorlage an eine Kommission von 28 Mitgliedern verwiesen hatte. Das Haus war in Anbetracht des vorauszufehenden ersten Aktaklusses im großen zollpolitischen Drama ziemlich gut besucht; gegen Ende der Sitzung wurde die Zahl der anwesenden Abgeordneten mit 209 angegeben — eine freilich nicht viel über die Beschlussfähigkeit hinausragende Ziffer.

Der ungewöhnlich frühe Beginn der Sitzung hatte eben- sowohl auf eine lange Reihe von Rednern schließen lassen, wie auf die Absicht des Präsidenten, die Verhandlungen auf jeden Fall am Donnerstag zu Ende zu führen. Die Opferwilligkeit einer Anzahl der auf der Rednerliste noch notierten Abgeordneten, die freiwillig verzichteten, ermöglichte die Durchführung der getroffenen Dispositionen.

Abg. Dr. Bachnick von der freisinnigen Vereinigung erörterte in einer tüchtigen Rede, deren ein wenig forcierte Eleganz bei allem süßen Schmelz dennoch berriet, wie sehr sich der Redner in der Rolle eines General-Feldmarschalls der Opposition gefallen würde, noch einmal die Chancen der Regierungsvorlage, breitete die Dürftigkeit der Junker-Argumente vor seinen Zuhörern aus und entwarf bereits in knappen Andeutungen seinen Feldzugsplan für die Opposition, wie sie nach junkerlichem Kanonmuster einsehen werde, wenn die Regierung an ihren schutzöllnerischen Bestrebungen festhalte. Ihm folgte Staatssekretär Graf Rosadowsty mit einer Rede, die sich selbst als „akademisch“ bezeichnete, deren patriarchalisch-warnender Ton aber eine wirklich akademisch sich über die Parteien erhebende Sachlichkeit völlig vermissen ließ. Die „geschichtlichen“ Thatsachen wollte der Herr Graf klarstellen, aber seine immer mehr ins Kathederhafte schillernde Rhetorik galt nur einer nochmaligen chemischen Reinigung der von so und jovielen Bundesratswässern noch immer nicht gänzlich weißgewaschenen Reputation des Wirtschaftlichen Ausschusses und dem durch Wiederholungen auch nicht an Ueberzeugungskraft gewinnenden Dogma, die Schutzoll-Politik sei im Grunde ein socialpolitischer Segen der Arbeiter. Als Graf Rosadowsty sein Agrar-Ideal in einem an dem Bürgerstande hervorgegangenen, kausfräftigen und wohlhabenden mittleren Gutsbesitzerstande enthielt, er nach Art der englischen „Gentry“ sogar zur Regierungsfähigkeit einst sich erklären könnte, konnte Herr Dr. Badnick sich nicht enthalten, seinem freisinnigvereinigten Entzücken ob solcher Glücksmöglichkeiten in einem seligen „Bravo!“ Lust zu machen. Von Bedeutung war die Aeußerung des Staatssekretärs, daß die Regierung mit ihren Minimalzöllen an die Grenze jener Säge gegangen sei, die ihr den Abschluß von Handelsverträgen noch zu ermöglichen schienen. Höhere Minimalzölle werde sie schwerlich acceptieren und eventuell, falls der Reichstag solche dennoch beschliesse, sich gezwungen sehen, den Abschluß von Handelsverträgen mit niedrigeren Sätzen, als sie das Haus beschloffen, ins Auge zu fassen.

Als Abg. Dr. Arendt, der Reichsparteiler, sich erhob, strömten viele Kollegen aus dem Plenarsaal in die Wandelgänge. Wider ihr Erwarten schien es aber dem Redner zu gelingen, die Zollfragen ohne zürliche Seitenprünge in die Gefilde der Silberwährung zu behandeln. Dr. Arendt steht so ziemlich auf dem schutzöllnerischen Standpunkt des Grafen Arnim. Auch Herr R ü n c h - F e r b e r, jener nationalliberale Industrielle, der die Entdeckung Americas immer noch nicht

gänglich verwunden hat, erklärte sich für Minimalzölle für die Getreidearten.

Dann nahm unser Genosse Stolle das Wort zu einer auf ein weitschichtiges Material sich stützenden Rede, in der er speziell für sein Heimatland Sachsen die Klagen unsrer nockleidenden Edelsten durch statistische Thatsachen als unhaltbar nachwies. Stolle trat besonders den Ausführungen des sächsischen Kabinettschefs von Meisch entgegen; im Gegensatz zu der diplomatischen Gelassenheit, mit der Herr v. Meisch einen Nothstand in Sachsen als illusorisch hingestellt hatte, belächelte der sozialdemokratische Redner die bedrohliche Lage, in der sich die Arbeiter in vielen Teilen Sachsens infolge der Arbeitslosigkeit schon jetzt befinden. Um so wirkungsvoller schloß sich an diese Feststellung des bereits vorhandenen Elends die scharfe Verurteilung einer Politik an, die in ihren Folgen Hunger und Not noch verschlimmern muß.

Der Centrumsmann Ligner aus Rainburg in Niederbayern, Mitglied der bayrischen Kammer und im Reichstage Nachfolger des „Vaterland“-Sigs, unterhielt das Haus in seiner wohlgerundeten, an die „Einfachheit“-Manier des Zeichners Engl gemahnenden Art recht hübsch. Er fand viele Heiterkeit, vielleicht ein wenig gegen seinen Willen. Herr Ligner ist für gleichmäßige Zölle für alle Getreidearten und einen Hopfen-Minimalzoll von 7 Mark. Gegen die großen Brauereien hegt er einen ganz unbewußten Haß.

Nach ihm trat der badische Nationalliberale Jaller besonders für erhöhte Schutzzölle zu Gunsten der kleinen Mühlenindustrie ein, und der wildliberale Herr Köstke, der bekannte Leiter der Sanktthier-Brauerei, gab in seiner den antisozialen Brotvertheuerungsplänen schärf zu Leibe gehenden Rede die Erklärung ab, die von den Agrariern geforderten Gersten- und Hopfen-Zollerhöhungen würden entweder zu einer Erhöhung der Bierpreise oder zum Ruin zahlreicher kleiner Brauereien führen. Nachdem noch der Wildliberale Schwarz-München gegen die Erhöhung der Getreidezölle polemisierte, wurde die erste Lesung des Zolltarifs geschlossen. Gegen die Verweisung der Vorlage an eine 28gliedrige Kommission stimmte nur die freisinnige Volkspartei, für die Abg. Fischbeck die nach dem bisherigen Standpunkt des Abg. Richter etwas unmotivirte Erklärung abgab, seine Freunde hielten die Vorlage einer Kommissionsberatung für unvert.

Die nächste Sitzung findet erst am 8. Januar 1902 statt. Die sonst immer vor Weihnachten erfolgte erste Staatsberatung wird bis dahin verschoben. Der stets in einer gewissen alldeutschen Glattheit befindliche Abg. Dr. Hasse hätte gern noch vor dem Fest der christlichen Liebe seiner germanischen Entzückung gegen Chamberlain Luft gemacht; er mußte blutenden Herzens darauf verzichten. In einer der ersten Sitzungen des neuen Jahres soll auch die sozialdemokratische Nothstands-Interpellation zur Verhandlung gelangen.

Eine schwere Verletzung des Reichsrechts

Ist durch ein reichsständisches Gericht sanktioniert worden. Trotz des reichsgesetzlichen Koalitionsrechts versucht die reichsständische Regierung seit Jahren die gewerkschaftlichen Organisationen dadurch zu verhindern, daß sie polizeiliche Genehmigung verlangt. Die reichsständische Regierung geht weit über die selbige Justiz-Vorlage hinaus, indem sie sich annimmt, gewerkschaftliche Vereinigungen zu verbieten, und wenn sie dennoch unternommen werden, deren Mitglieder strafrechtlich zu verfolgen. Jetzt hat nun ein Mühlhäuser Gericht diese unerhörte Verletzung des Reichsrechts als „Rechtens“ anerkannt.

Unser Mühlhäuser Korrespondent schreibt uns über diese Angelegenheit:

In einer zu Ostern dieses Jahres nach Mühlhausen einberufenen Konferenz eloh-lothringischer Zigarbeiter wurde beschloffen, den im Jahre 1897 gegründeten Verband aller in der Zigarindustrie beschäftigten Arbeiter Elah-Lothringens mit dem Allgemeinen deutschen Centralverband auf den Fuß der Gegenseitigkeit zu stellen und zu diesem Behufe eine Abänderung des Verbandstatuts vorzunehmen. Dieses Statut hatte am 12. Mai 1899, zwei Jahre nach der Eingabe, die Genehmigung des Bezirkspräsidenten des Ober-Elah erhalten gemäß Artikel 291 des code pénal (französisches Strafgesetzbuch), der bis dahin auf periodisch zusammen tretende Vereine von mehr als 20 Mitgliedern ohne Unterschied Anwendung gefunden hatte. Obwohl durch ein Urteil der Strafkammer des Landgerichts Metz vom 1. August 1899 entschieden worden war, daß Arbeitervereine nach Maßgabe des § 152 der Reichs-Gewerbe-Ordnung auch in Elah-Lothringen „gesetzlich erlaubt“ sind, ohne daß die Verwaltungsbehörde um Erteilung der Genehmigung anfragen zu werden braucht, stellte sich die Behörde auf den Standpunkt, daß die Behörde, die den Landesverband genehmigt hatte, um Genehmigung der erforderlichen Statutenabänderung anzugehen sei. Gleichzeitig beschloß sie jedoch, im Falle der Nichtgenehmigung des abgeänderten Statuts den eloh-lothringischen Sonderverband aufzulösen und ohne weiteres dem Deutschen Centralverband beizutreten — der Verwaltungsbehörde die Annahme einer richterlichen Entscheidung hiergegen überlassend.

Die Behörde ließ den Abänderungsantrag einfach unbeantwortet. Und nachdem ein paar Monate darüber vergangen, besann sich der Verband aller in der Zigarindustrie beschäftigten Arbeiter Elah-Lothringens nicht länger und verhängte seine Auflösung. Allenfalls bildeten sich dafür Filialen des Deutschen Centralverbandes.

Der springende Punkt der Statutenabänderung war der, daß auch weiblichen und minderjährigen Arbeitern der Beitritt zum Verband gestattet sein sollte. Dem eloh-lothringischen Verband hatte nämlich der Bezirkspräsident nur unter der Bedingung genehmigt, daß die Mitgliedschaft nur „großjährige männliche Personen“ umfassen dürfe. Von dieser Einschränkung, durch welche eine Arbeiterorganisation in der Zigarindustrie zu Ohnmacht verdammt ist und die der § 152 der Gewerbe-Ordnung nicht kennt, wollte die fürsorgliche Verwaltung des Prinzen Alexander zu Hohenlohe-Schillingensfeld auch jetzt nicht lassen. Wie seiner Zeit mitgeteilt, ging dem Vorstand der neu gebildeten Filiale des Centralverbandes in Mühlhausen anfangs September d. J. ein Schreiben des Kreisdirectors zu, worin ihm im Auftrage des Bezirkspräsidenten unter Strafanandrohung aufgegeben wurde, die „vereinspolizeiliche Genehmigung“ für die Filiale nachzuholen. Und necht hieß es dabei: „Diese Genehmigung wird davon abhängig gemacht, daß die Mitgliederzahl der Filiale 40 beträgt und daß in die Satzungen Bestimmungen aufgenommen werden, nach denen die deutsche Reichsangehörigkeit, die Großjährigkeit und das männliche Geschlecht Voraussetzungen der Mitgliedschaft sind.“

Der § 152 der Gewerbe-Ordnung lautet belamlich etwas anders:

Einige Wochen darauf wurde eine Sitzung der Filiale: die ohne Rücksicht auf diesen Ulas stattfand, polizeilich gesperrt. Gleichzeitig ging dem Vorsitzenden der Filiale, Anseger Eugen Heintz, und dem Vereinsleiter Hermann Wibecker eine

Anklageschrift der Staatsanwaltschaft zu, dem ersteren zur Last legend: „einem nicht genehmigten Verein angehört zu haben,“ dem zweiten: „wissenschaftlich sein Haus für Versammlungen eines nicht genehmigten Vereins versehen zu haben.“ Dadurch sollten sich die beiden vergangen haben gegen Artikel 1, 2, 3 des Gesetzes über die Vereine vom 10. April 1834 sowie gegen Artikel 291 des code pénal.

Die Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts Mühlhausen fand Ende November statt. Der Vertreter der Anklage bemühte sich, den § 152 der Gewerbe-Ordnung als außerordentlich deutungsfähig darzustellen, jeder ihue damit ungefähr, was er will. Er vertrat die völlig unhaltbare Meinung, daß die französischen Bestimmungen über die Vereine trotz der Gewerbe-Ordnung in Geltung bleiben. Seine Bestimmungen könnten schon durch den § 152 nicht verfehrt werden, weil derselbe sonst ein Privilegium für gewisse Teile der Bevölkerung, für die Arbeitgeber und Arbeiter schaffen würde. Er beantragte gegen die beiden Angeklagten eine Geldstrafe von je 20 M.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Goldmann, hob hervor, daß Reichsrecht vor Landesrecht ginge. In seiner Replik stützte sich der Staatsanwalt darauf, daß das Reichsgericht über die vorliegende Frage direkt sich ja noch nicht ausgesprochen habe.

Die Urteilsverhandlung wurde zunächst ausgesetzt.

Inzwischen hat das Gericht sein Urteil gefällt und hat — erstaunlicherweise — die Anklage bestätigt. Die Urteilsbegründung verurteilt die Verurteilung u. a. mit folgender Argumentation zu rechtfertigen:

„Die Koalitionsfreiheit besteht in demjenigen Bundesstaate, in welchem alle Vereine der polizeilichen Genehmigung unterworfen sind, nur insoweit, als die Verwaltungsbehörde nicht berechtigt ist, die Genehmigung eines lediglich auf Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen gerichteten Vereins von Fabrikarbeitern und gewerblichen Gesellen mit Rücksicht auf den Zweck desselben zu verweigern.“

Dieses Urteil bedeutet die Aufhebung der Koalitionsfreiheit im Reichslande, es steht im schneidendsten Gegensatz zu den klaren Bestimmungen der Gewerbe-Ordnung, es stellt die Willkür der Verwaltungsbehörde über das Reichsrecht.

Auch selbst die größten Rechtsmänner hätten ein solches Urteil nicht für möglich gehalten. Jeder hielt eine Abweisung der staatsanwaltschaftlichen Anklage für selbstverständlich. Jetzt ist das Unglaubliche doch geschehen.

Natürlich wird nun das Reichsgericht, als Hüterin des Reichsrechts, angerufen. Aber auch an anderer Stelle wird mit diesem System und diesem Urteil gründlich abgerechnet werden, das die willkürliche Aufhebung ungewisser Gesetzebestimmungen bedeutet.

Landgericht kontra Kriegsgericht.

Wie bei der Interpellation in Sachen des Falls Stietencron im italienischen Parlament von dem antwortenden Minister seiner Zeit mitgeteilt wurde, hatten die Hinterbliebenen des von dem Rittmeister zur Disposition v. Stietencron erschossenen Arbeiters Fozzi die Klage auf Gewährung einer Entschädigung angestrengt. Diese Mittelung war deshalb besonders interessant, weil durch diese Entschädigungsklage der bürgerlichen Justiz Geltung gegeben wurde, die Vorgänge der Schießstätte nochmals einer Prüfung zu unterziehen. Diese Nachprüfung des aufsehenerregenden Vorfalls hat nunmehr stattgefunden. Die Zivilkammer des Landgerichts Jülich hat am Dienstag die Klage der Angehörigen des erschossenen Fozzi verhandelt und Stietencron dahin verurteilt, an die 62jährige Mutter und den 83jährigen Großvater des Erschossenen eine vierteljährliche Rente von 30 M. auf Lebenszeit der beiden zu bezahlen.

Stietencron ist belamlich seiner Zeit vom Kriegsgericht freigesprochen worden, weil dasselbe zu der Ansicht gelangt war, daß der Rittmeister z. B. nur in der Nothwehr von der Waffe Gebrauch gemacht habe. Wenn das Landgericht auf Grund der Beweiserhebungen ebenfalls die Ueberzeugung gewonnen hätte, daß Stietencron die Nothwehr nicht überschritten habe, so hätte es ihn unzulässig zur Zahlung einer Entschädigung an die Angehörigen verurteilen können. Das bürgerliche Gericht muß also den Vorgang wesentlich anders beurteilt haben, als das Kriegsgericht.

Auf das Urteil des Kriegsgerichts wird die Verurteilung Stietencrons durch das Jülicher Landgericht allerdings nicht den mindesten Einfluß haben. Stietencrons Freisprechung durch das Kriegsgericht ist längst rechtskräftig geworden, da der Vertreter der Anklage gegen das Urteil keine Verurteilung eingelegt hatte, obwohl er für ein Schuldig plädiert hatte. Die höhere Instanz kam also leider nicht in die Lage, die Voraussetzungen der Freisprechung einer nochmaligen Prüfung unterziehen zu können.

Es stehen sich also zwei Urteile in der Affaire Stietencron scharf und unverwundlich gegenüber: das des Kriegsgerichts, das seinen Freispruch damit begründete, daß Stietencron die berechnete Nothwehr nicht überschritten habe, und das des Landgerichts, das Stietencron zur Entschädigung der Angehörigen des Fozzi verurteilte, damit also kundgab, daß Stietencron die Nothwehr überschritten habe.

Der Argwohn, daß das Kriegsgericht einen Freispruch abgegeben habe, erhält jedenfalls durch den Spruch des Landgerichts reichliche Nahrung.

Pardon wird nicht gegeben.

Am Mittwochabend hielt in Glasgow der Kriegsminister Brodrick auf dem Meeting der konservativen Partei eine sensationelle Rede über den Krieg und die zukünftigen Maßnahmen der Regierung. Er erklärte, England habe es jetzt sehr, die Voeren noch länger als kriegsführende Partei zu behandeln, denn die einzelnen Kommandos seien weiter nicht als Kotten von Banditen. Sie drängen fortgesetzt das Völkrecht und hätten in den letzten Wochen allein über 70 Eingeborene kaltblütig ermordet, damit sie den Engländern keine Informationen geben könnten. Man stände jetzt vor einem Wendepunkt und müsse mit den bisherigen halben Maßregeln brechen. Die Regierung benötige, alle Rücksichten beiseite zu schieben und werde jetzt energisch und scharf zu greifen.

Danach soll also künftig auch den Voerenkämpfern, die sich als Bürger der beiden Voerenrepubliken ausweisen können, Pardon nicht mehr gegeben werden, während man bisher nur wirkliche oder auch angebliche Kapholländer hängen und erschießen ließ, oder solche Voeren, die man eines bestimmten Verbrechens bezüchtigte. Auch dies System der Standrechtstheorie war schon brutal und infam genug, spottete schon aller Völkerechtsbestimmungen; allein die Kriegsregierung, die jetzt der englische Kriegsminister in Aussicht stellt, würde vollends dem Hass den Boden ausschlagen.

Die Pläne, die die Rede des Kriegsministers enthüllte, sind augenscheinlich der englischen Regierung von der Verzweiflung

eingeegeben. Man hat eingesehen, daß man mit Gewalt die Voeren nicht niederzuschlagen kann. Und bei den ungeheuren Kriegskosten und der dadurch hervorgerufenen wachsenden Kriegsmühsal des Volkes kann man sich auch nicht aufs Warten verlassen, bis der ungeheuren Kriegshauptstadt dergestalt mit Blockadern besetzt ist, daß die Voeren des nötigen Operationsgebietes beraubt sind. Deshalb legt man alles auf die letzte Karte, auf die Bestialität. Wenn die künftige englische Kriegsregierung die gegenwärtige überbieten soll, so wird überhaupt kein Pardon mehr gegeben werden dürfen, sondern jeder Gefangene niedergeschossen oder aufgehängt werden müssen, sofern man nicht die in China angewandte wohlfeilere russische Methode des Erfänfens vorzieht. Den Einspruch der Mächte würde auch in diesem Falle England nicht zu befürchten brauchen, haben dieselben doch auch gegen den Kinder mord in den Konzentrationslagern und die kitzelnde Mutarbeit nichts einzuwenden gehabt.

Die einzige Hoffnung der Voeren beruht auf ihrem eigenen Widerstand. Sie werden sich, sobald England das neue System des Nichtpardon-Lebens zur Anwendung bringt, darüber schärflich zu werden haben, ob sie entschlossen sind, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Schrecken sie vor diesem Keuchstien nicht zurück, so könnten sie für die englischen Morde so furchtbare Revanche nehmen, daß das System des englischen Terrorismus bald lächlich in sich zusammenbrechen würde.

Brodrick beschuldigte die Voeren der Ermordung unschuldiger Eingeborener. Eine besondere Humanität gegen die Kafferbewölkerung hat die Voeren allerdings nie ausgezeichnet, weshalb es keineswegs ausgeschlossen ist, daß die Voeren in der bitteren Nothwehr an Eingeborenen gelegentlich nicht zu unschuldigen Granatleuten verübten. Aber haben die Engländer, die selbst den Katabele-Krieg mit so furchtbarer Grausamkeit geführt haben und die jetzt die Voeren ebenso bestialisch behandeln, wie diese angeblich die der Spionage verdächtigen Eingeborenen, ein Recht, sich zu Schützen des Völkerechts und der Humanität aufzuwerfen?!

Deutsches Reich.

Kaiser-Apokryphen.

Es muß neuerdings eine förmliche Fabrik für naturgetreue Imitationen von kaiserlichen Reden und Aeußerungen gegründet worden sein. Es ist auffällig, mit welchem Eifer man diese Imitationen demontiert. Es scheint — darauf deutete auch eine Aeußerung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ hin — kürzlich eine Anordnung erlassen zu sein, auf diesem Gebiete mit aller Energie Nachforschungen zu verbreiten. Am allernervwürdigsten aber ist es, daß es bisher in keinem Fall gelungen ist, Ursprung und Grund dieser „Erfindungen“ festzustellen. Ja, weder die Zeitungen, denen die ersten Veröffentlichungen der Fälschungen zur Last fallen, noch die maßgebenden Instanzen haben bisher sich Mühe gegeben, den Sachverhalt zu klären.

Als nentlich der „Lokal-Anzeiger“ die angeblich falsche Kieeler Rede gebracht hatte, bekannte er die Missethat zerknirscht und versprach zugleich, bei seinem Gewährungsmann Nachforschungen anzustellen. Bis zum heutigen Tage aber hat der „Lokal-Anzeiger“ mit keinem Worte das Rätsel jener Fälschung erklärt.

Ebenso verhält sich jetzt die „Vorsdamer Zeitung“, von der die Duellrede Wilhelms II. stammt. Sie drückt einfach die Berichtigung ab, ohne auch nur mit einem Worte zu sagen, wie sie zu der Mystifikation gelangt sei. Hat sich denn das Blatt die hiesige Gerichtsbehörde einfach aus den Fingern gelogen? Es wäre dann eine au Betrag grenzende Leichtfertigkeit, daß man diese erfundene Nachricht der übrigen Presse noch zum Kauf anzubieten gewagt hat.

Hier steckt ein Geheimnis; diese wortlosen Ständebekanntnisse der Blätter sind sehr verdächtig.

Vom Generalkommando des Gardecorps erhalten wir die folgende Zuschrift, die wir wiedergeben wollen, obwohl wir gestern bereits die Berichtigungen abgedruckt haben:

Die Redaktion wird auf Grund des § 11 des Preßgesetzes aufgefordert, in der nächsten Nummer ihres Blattes anzunehmen:

„Der in Nr. 288 des „Vorwärts“ enthaltene Artikel „Eine ungewöhnliche Kaiserrede“ enthält bis auf die Thatsache, daß Seine Majestät am Sonntag, den 1. Dezember nach dem Gottesdienste für kurze Zeit im Kasino des 1. Garderegiments zu Fuß waren, nur völlig unrichtige Angaben. Während der Anwesenheit Sr. Majestät waren im Kasino nur etwa 20 Offiziere zufällig zugegen, darunter keiner der in dem Artikel genannten beiden Generale; an die Vizeintendant von Kessel und von Gohler haben Seine Majestät das Wort nicht gerichtet; ebenso wenig ist die Duellfrage überhaupt erwähnt worden.“

Der kommandierende General.

v. Bod.

China-Prozess.

Aus Oldenburg wird uns berichtet: Gegen den verantwortlichen Redacteur des „Nordb. Volksblatt“ zu Vant, Genossen Jacob, stand wegen Verleumdung des Expeditionscorps nach China vor dem hiesigen Landgericht am Mittwoch Bewandlung an. Die Verleumdung soll begangen sein durch Abdruck eines Chinesenbriefes aus der „Münchener Post“, in welchem geschilbert wird, wie auf dem Marsche des 4. ostasiatischen Corps, das aus bayrischen Regimentern gebildet war, Patronen, Zwieback usw. im Sumpf versenkt wurden, um die steden gebliebenen Wagen wieder flott zu machen, während der ebenfalls schon abgeladene Wein für Offiziere wieder aufgeladen sei; wie dann die Mannschaft wegen Brotmangels exsultant usw. In diese Schilderung wurde eine kritische Bemerkung geschüpft, die ebenfalls der „Münchener Post“ entnommen war. Wegen des Artikels hat um der preussische Kriegsminister Strafantrag gestellt, während dies von bayrischen Kriegsminister der „Münchener Post“ gegenüber nicht geschieden ist. Der Angeklagte bezeugt die Verleumdung des Kriegsministers zum Strafantrag; zugleich wurde der Antrag gestellt, den Bataillonsoberst des 4. ostasiatischen Corps einzufordern. Ein solcher Bericht lag bereits den Akten, vom Kriegsminister übermittelt, bei. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Weyer, stellt den Bericht des Kommandeurs als einseitig an und beantragt, über die Richtigkeit der aufgestellten Behauptungen Beweis zu erheben, durch eine Anzahl näher bezeichneter Trainsoldaten der 3. Kompagnie des betreffenden Corps. Der Staatsanwalt beantragt die Vernehmung der Offiziere des betreffenden Bataillons, welchem Antrag sich auch der Verteidiger angeschlossen. Im Laufe der Verhandlung wurde von einer Anfrage des Kriegsministers v. Gohler Kenntnis gegeben, in welchem Stadium sich der Prozess befinde, da beabsichtigt sei, den Strafantrag zurückzuziehen. Der Gerichtshof beschloß, dem Antrag des Verteidigers und Staatsanwalts stattzugeben und die bezeichneten Personen durch den Richter vernahmen zu lassen.

Die Kommission für Arbeiterkassafil

trat am Donnerstag im Reichsamt des Innern zu einer Sitzung zusammen. Seit der letzten Sitzung sind drei Mitglieder durch andre ersetzt. Der Direktor des Statistischen Amtes Dr. v. Scheel ist verstorben und an seiner Stelle der Präsident des Statistischen Amtes Dr. Wilhelm in die Kommission eingetreten. An Stelle des zum Präsidenten des Reichsamts für private Versicherungen ernannten Dr. v. Woedle ist dessen Amtsnachfolger Ministerial-

Direktor Caspar und als Nachfolger des wegen Krankheit ausgeschiedenen Ober-Regierungsrats Dr. Wörriehöfer ein anderer bairischer Regierungsrat in die Kommission eingetreten. Es sollte am Donnerstag der Fragebogen für die Erhebungen über die Arbeitszeit und Sonntagsernte im Fleischer- und Metzgergewerbe festgesetzt werden. Ein von einem Ausschuss entworfenes Formular wurde von mehreren Seiten bemängelt. Die Kommission nahm den Fragebogen durch und fasste entsprechende Beschlüsse, die nun dem Ausschuss mit überwiesenen wurden; es soll damit die endgültige Feststellung des Vorkaufs in der nächsten Sitzung erfolgen. Der Ausschuss wurde durch zwei Mitglieder verstärkt und soll derselbe dann auch Fragebogen für die Erhebungen über das Transportgewerbe entwerfen und die Einleitung der Erhebungen über die tägliche Arbeitszeit der in der Dinnenschiffahrt Beschäftigten vorbereiten.

Der Vater hat vielleicht alles vertrunken. Die katholische „Königliche Volkszeitung“ stellt zu dem Krümmischen Zwischenruf das Folgende fest:

1. Der Vorfall beruht auf Wahrheit. Der Schüler H. der siebenten Klasse war gestorben. Am nächsten Tage behandelte der Lehrer der Klasse die biblische Erzählung: „Jesus segnet die Kinder“. Bei der Erklärung der Worte: „Lasset die Kinder zu mir kommen und wehret ihnen nicht, denn für solche ist das Himmelreich“, leitete er seinen Schülern den Todesfall mit und bemerkte, der kleine H. sei nun im Himmel. Im Anschlusse daran erfolgte die Frage: „Wer möchte auch wohl in den Himmel?“ Auf die Frage gab ein Knabe die bekannte Antwort.

2. Die Not der Familie war tatsächlich vorhanden, und damit ergab sich für mich die Veranlassung zur Veröffentlichung des Vorfalles. Der betreffende Lehrer ging an demselben Tage in die Wohnung des Knaben, und was er hier fand beziehungsweise nicht fand, bewog mich, die Wohlthätigkeit anderer anzurufen. In einer Dachstube fanden wir sechs Personen, die Frau und fünf Kinder; der kleine Knabe diente also als Wohnung für sieben Personen. Die Frau war krank; von den Kindern war das älteste sieben Jahre alt. Zwei kleine Kinder konnten noch nicht laufen. Der Gesundheits- bzw. Kräftezustand schien uns nach dem Aussehen der Kinder gering zu sein. Das Bettzeug war auch für die geringste Wintertemperatur nicht ausreichend, die Kleidung der Kinder mangelhaft. Der Verdienst des Mannes war gering und reichte jedenfalls nicht, um alles zu bestreiten, wofür hier gesorgt werden mußte: lustigere Wohnung, kräftige Nahrung, bessere Kleidung, Bettzeug etc. Ich freute mich, an dieser Stelle jenen danken zu können, die beigeizent haben, dieser und noch anderen Familien Wohlthaten erweisen zu können. Gott vergelt's ihnen reichlich! 3. Wer trug die Schuld? Nach unrenn Erfindungen vor der Veröffentlichung des Vorfalles und nach unrenn Heberzeugung, die wir auch heute noch haben, trifft der vom Grafen v. Arnim berührte Punkt nicht zu.

Mit der Krümmischen Veröffentlichung ist es also nicht. Vermutlich wird — nach dieser Feststellung des Sachverhalts — der edle Graf demnächst seinen Zwischenruf dahin ändern: „Warum haben die Leute so viele Kinder!“ Das entspricht ganz seiner christlichen Schützflügelerei.

Rheinbaben als Statistiker. In der gestrigen Notiz über die Entwicklung der Getreidepreise unter dem 5 Mark-Zoll findet sich ein fündender Druckfehler.

Der Roggenpreis betrug unter dem 3 Mark-Zoll 1887 120,9 Mark (nicht 150,9) und stieg dann 1888 unter dem 5 Mark-Zoll auf 134,5 M.

Die liberale „Norddeutsche“. Sehr leichfertiger redigiert wird die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das Regierungsblatt. Obwohl Genosse Veber bereits vor einigen Tagen die ihm zugesandene Aeußerung von den Schulkindern im Giesfeld richtig gestellt hat, bringt heute noch die „N. A. Z.“ das Gewäsch der „Halleischen Zeitung“.

Wozu wird der Käufer bezahlt! —

Die Stichwahl in Wiesbaden

Hat dem freistimmigen Kandidaten Dr. Crüger den Sieg gebracht: für Crüger wurden bisher 14 109 Stimmen gezählt, für unrenn Genossen Quard 11 026 Stimmen. Das gestrige Volksfeste Telegramm, das Quard bereits 13 700 Stimmen zuschrieb, beruht auf einem Schreibfehler. Da nur noch das Resultat aus wenigen kleinen Orten ansteht, wird Crüger mit ca. 3000 Stimmen Mehrheit gewählt sein.

Crüger hat also annähernd 8000 Stimmen mehr auf sich vereint, als bei dem ersten Wahlgang, wo er es nur auf 6400 Stimmen brachte. Diese 8000 Stimmen stellten National-liberale und Centrum, die beim ersten Wahlgang 5432 resp. 5828 Stimmen erhalten hatten. Dem Vorstand des Wiesbadener national-liberalen Wahlvereins war zwar die Parole der Stimmenthaltung anzugeben worden, allein diese Parole ist von den national-liberalen Wählern nur zum kleinsten Teile beachtet worden. Die Abstimmung in Wiesbaden beweist das. Auch doch in Wiesbaden die freistimmige Stimmenzahl bei der Stichwahl von 3006 auf 6708 Stimmen. Da bei der Hauptwahl 3002 national-liberale und nur 1106 Centrumstimmen abgegeben worden waren, ist der große Stimmenzuwachs der freistimmigen zum weitestgrößten Teil dem Eintreten der National-liberalen für Crüger zuzuschreiben.

Da die bürgerlichen Parteien sich trotz alledem auch hier wieder einmal solidarisch fühlten, war ein Sieg unrenn Kandidaten ausgeschlossen. Die ca. 1500 Stimmen, die Genosse Quard bei der Stichwahl mehr erhielt als bei der Hauptwahl, dürften fast ausschließlich socialistische Reserven darstellen. Der Tag ist nicht mehr abgufen, wo auch die hingebendste Wasserbrüderlichkeit der bürgerlichen Parteien der Socialdemokratie den Sieg nicht mehr streitig machen wird.

Der antiagravische Minister Gentig von Koburg-Gotha hat den ihm verliehenen Adel nicht angenommen.

Offenbar hält er den Adel durch die Zollwucher-Agitation für so schwer kompromittiert, daß er mit der Gesellschaft nicht verwechselt werden möchte.

Die sächsischen Finanzen.

Aus Sachsen wird uns geschrieben: Die sächsische Regierung befindet sich in arger Allemie; die Staatsfinanzen haben sich in den letzten Finanzperioden so verschlechtert, daß endlich die von konservativer Seite vor vier Jahren abgeleitete Steuerreform durchgeführt werden muß, damit wenigstens ein Teil des immer mehr wachsenden Defizits im Staatshaushalt gedeckt werden kann. Zu voriger Finanzperiode bezifferte sich das Defizit, das man durch Reduzierung von Ausgabenpostulaten für Staatsbanten in den außerordentlichen Etat hinwegesmetieren wollte, auf ca. 33 Millionen Mark; in der laufenden Periode ist es noch größer. Die Staatsschulden sind seit 1898 um 22 Millionen Mark gewachsen, belaufen also mit Zinsen und Tilgungsquote den ordentlichen Etat um beinahe 9 Millionen mehr. Mehr als hundert Millionen Mark neuer Anleihen kündigt dazu der Finanzminister in dem Steuerdefekt an, das dem Landtage vorliegt. Dazu kommen 6 Millionen Mark, die für Wohnungs-geldzuschüsse an die Beamten ausgeworfen werden. Ferner ist der Staatsbedarf gewachsen mit der zunehmenden Erweiterung der Staatsgränze, die das Wachstum der Bevölkerung erfordert. Auch die Staatsbanten zur Unterbringung der Geschäfte müssen vermehrt werden, obgleich die Regierung in dem vorliegenden Etat die Ausgaben für denartige Staatsbanten gegen den vorjährigen Etat um circa 14 Millionen eingeschränkt hat, nur um das Defizit zu verringern. Die steigenden Materialbedürfnisse für das Reich erfordern ebenfalls höhere Einnahmen, die aber infolge der wirtschaftlichen Krisis in den nächsten Jahren kaum zu erwarten sind. So bricht alles herein, um die Situation zu einer sehr mißlichen zu gestalten. Nun mühen sich Regierung und Dreiklassen-Landtag ab, dieser Situation Herr zu werden. Aber wie die Maßnahmen in

der Staatsaufstellung und zur Steuerreform jetzt getroffen sind, ist dies unmöglich. Der ordentliche Etat konnte nur so ins Gleichgewicht gebracht werden, daß die Regierung einen Zuschlag zur Staats-Einkommensteuer von 60 Proz. erhebt, den 10 1/2 Millionen Mark einbringt. Zu diesen 10 1/2 Millionen Defizit treten aber noch die Ausgaben von ca. 20 Millionen Mark für „unproduktive Staatsbanten“, deren Last wieder auf den außerordentlichen Etat übernommen worden ist und die aus Anleihen gedeckt werden sollen, das beträgt also zusammen 30 1/2 Mill. M. Schlichterdings muß aber doch die Zurüstung notwendiger Staatsbanten, die man auf „bessere Zeiten“ verschiebt und die mindestens nach dem vorigen Etat circa 14 Millionen Mark mehr betragen würden, als angelegt ist, ebenfalls das Defizit vermehren, so daß es in Wahrheit wenigstens 50 Millionen Mark beträgt.

Die Steuerreform — Erhöhung der Einkommensteuer und Einführung einer Vermögenssteuer — ergibt jedoch nach den Aufschlüssen des Finanzministers nur eine Mehreinnahme von 12 1/2 Millionen Mark. Unter solchen Umständen ist an eine Beseitigung des Defizits nicht zu denken, und so wird Sachsen eine Reihe von Jahren mit den mißlichsten Verhältnissen seiner Staatsfinanzen zu rechnen haben, die trotz der konservativen Schönfärberei thatsächlich eingetreten sind. Das mag der konservativen Mehrheit des Dreiklassen-Landtages sehr unangenehm sein, weil durch ihre Gönnerwirtschaft, die Liebesgaben an die Agrarier millionenweise gewährte, die Gehälter der Minister, höheren Beamten und Geistlichen hinaufschraubte, die Situation so zugekippt wurde, aber Wahrheit ist es doch nicht minder, daß sie an der Zerrüttung der Staatsfinanzen die Hauptschuld tragen. Die Hofstaatliche schädigt das Land aufschwerste.

Ausland.

Norwegen.

Die Kommunalwahlen haben, so weit uns bis jetzt Nachrichten vorliegen, außer in Bergen in den folgenden Städten zu äußerst günstigen Resultaten für die Socialdemokratie geführt: In Trondhjem, wo bei der vorigen Wahl nur 81 socialdemokratische Stimmen abgegeben und 2 Genossen gewählt wurden, ist unsere Stimmenzahl auf 628 gestiegen und dementsprechend gewinnen wir 8 Siege in der Gemeindevertretung. In Larvik wurden 12, in Drammen 8, in Noh 9 und in Fredrikshald 4 socialdemokratische Stadtverordnete gewählt. In diesen vier letztgenannten Städten war die Socialdemokratie bisher nicht im Gemeinderat vertreten, es sind das also durchweg Neuerwerbungen. Dieses selbst für den Kenner der Verhältnisse überraschende Wachstum unserer Partei haben die Liberalen mit einem ungefahr entsprechenden Rückgang ihrer Stimmenzahl bezahlen müssen, während die Konservativen, die in ihrem Programm lebhaft den Kampf gegen die Socialisten proklamirten, wenig Einbußen erlitten haben.

In Kristiania beteiligten sich von 55 754 Stimmberechtigten 27 910 an der Wahl. Für die Konservativen wurden 15 017 Stimmen abgegeben und sie erhalten 47 Siege in der Gemeindevertretung; die Liberalen erhielten 5150 Stimmen (18 Siege); die Socialdemokraten 4485 Stimmen (14 Siege); die Abstinenzler 930 Stimmen (3 Siege); die Demokraten 874 Stimmen (2 Siege) und die „Apostolischen“ 700 Stimmen (2 Siege). Die Frauen beteiligten sich ziemlich reger an der Wahl; in einzelnen Kreisen bildeten sie die Mehrheit der Wählenden.

Zur Verteilung des Friedenspreises. Nachdem am Dienstagvormittag die Sitzung des Störchings eröffnet war, traten die Mitglieder des Nobelkomitees: Staatsminister Steen, Staatsrat Eöblund, Björnströme Björnson, John Lund und Rektor Forst in den Saal und nahmen vor den Ministerbänken Platz. Vauier, der Präsident des Störchings, hielt eine kurze Ansprache, worin u. a. der folgende beachtenswerte Passus vorkam: „Heute, da dieser Friedenspreis zum erstenmal verteilt werden soll, gedenken wir in ehrerbietiger Dankbarkeit des Mannes, der freigeinnt genug war und weisheitreich genug, um die großen kulturellen Aufgaben — und darunter in erster Reihe die Arbeit für Frieden und Brüderlichkeit zwischen den Völkern — über alles zu setzen. Es ist unsere Hoffnung, daß das, was er zur Förderung dieses großen Zweckes gethan hat, zu einem Resultat führt, das den edlen Absichten des Gebers entspricht.“ — Darauf teilte der Staatsrat Eöblund mit, daß der Friedenspreis Henri Dunant und Frederik Bafin, jedem mit 75 000 Kr. zu erkannt sei. Der Präsident dankte dem Nobelkomitee für seine Arbeit und sprach den Wunsch aus, daß das, was heute geschehen sei, die Völker und in erster Reihe die Parliamente dazu ermahne, durch redliche gemeinsame Arbeit die Friedens- und Schiedsgerichtsbestrebungen unter den Nationen zu fördern.

Frankreich.

Miserand's Kandidatur bei den nächsten Wahlen. Gelegentlich eines Banketts, welches das republikanische Komitee des zwölften Arrondissements gab, erklärte der anwesende Minister Miserand, er werde sich im ersten Legisl. des 12. Arrondissements, den er seit 1889 vertritt, bei den nächsten Wahlen wiederum als Kandidat aufstellen lassen. Er werde sich den Wählern mit demselben Programm vorstellen; er habe nicht ein Wort zu ändern, nicht einen Artikel davon abzuschneiden, es sei denn, daß es sich um Forderungen handele, die mittlerweile durch Gesetz realisiert sind. Im weiteren Verlauf seiner Rede kam Miserand auch auf das Alterspensions-Gesetz zu sprechen; diejenigen, die da glaubten, dies Gesetz käme nicht, würden sich täuschen. Man werde sehr bald wieder von diesem Projekt sprechen, bis zu dem Tage, da es Gesetz werde. Die Umfrage bei den Syndikaten habe ergeben, daß, wenn auch das gegenwärtige Gesetz der Regierung bevorzugen, die Notwendigkeit einer Alterspension für Arbeiter doch allgemein anerkannt werde.

Circularnote gegen die Kongregationen. Waldeck-Roussseau hat eine Circularnote an sämtliche Bischöfe erlassen, in welcher er ihnen in Erinnerung bringt, daß diejenigen Kongregationen, welche nicht bis zum 15. Januar den Bestimmungen des Vereinsgesetzes nachgekommen sind, geschlossen werden müssen.

Belgien.

Der südafrikanische Krieg in der Kammer. Vandervelde's Interpellation, von welcher der Telegraph kurz berichtet, hat auf die Kammer einen großen Eindruck gemacht. Am Schlusse seiner Rede legte er der Regierung die Frage vor, ob sie gewillt sei, der englischen Regierung den Vorschlag zu machen, diejenigen Frauen und Kinder aus den südafrikanischen Konzentrationslagern, die es wünschen, nach Europa zu befördern, und zweitens die moralische Unterstützung und Mitarbeit der übrigen Mächte zu verlangen. Er fragt ferner, ob, falls andre Mächte offizielle und freundschaftliche Vorstellungen unternehmen, sich die belgische Regierung diesen anschließen werde. Für die Regierung sprach der Minister de Rovereau; derselbe antwortete ausweichend. Die Rede Vanderveldes habe gewiß alle tief bewegt, aber, nachdem England jede fremde Einmischung zurückgewiesen habe, sei es auch der belgischen Regierung nicht möglich, in dieser Angelegenheit vorzugehen. Auch auf die zweite Frage löme er eine bestimmte Antwort nicht geben, denn sie enthalte eine Hypothese; er könne nicht sagen, was die Regierung ihm werde, wenn dies oder jenes eintreffe. — Die Rechte versicherten den Boeren ihre Sympathie, stimmte aber im ganzen der Regierung zu.

Zur internationalen Zuckerkonferenz. Eine Versammlung von Zuckerraffinierern hat gegen die von der Regierung geplante Aenderung der Zuckerversteuerung protestiert. Bezüglich der bevorstehenden Zuckerkonferenz wurde beschlossen, gegen jedes internationale Abkommen Widerpruch zu erheben, durch welches nicht die direkten oder indirekten Prämien in Europa und den Vereinigten Staaten von Amerika gänzlich aufgehoben werden.

England.

Arthur Chamberlain, der Sohn des Kolonialministers, demeritierte in seiner letzten Rede alle Gerüchte, wonach die britische Regierung zu einem Kompromisse geneigt sei. Nur die unbedingte Unterwerfung der Boeren könne acceptiert werden.

Dr. Krause wurde am Donnerstag wiederum im Bow-Street-Polizeigericht vorgeführt, aber gegen Bürgschaft bis Mittwoch freigelassen. Am Mittwoch soll dann gegen ihn unter der Anklage verhandelt werden, daß er den vor kurzem erschossenen früheren Staatsanwalt von Transvaal Broekman aufgefunden habe, den Reichsbeisstand Lord Roberts, Douglas Forster, zu ermorden.

Rußland.

Studenten-Verurteilungen. Aus Moskau wird gemeldet: Anlässlich der letzten Studenten-Unruhen wurden 20 Studenten zu drei bis vierzehn Jahren Polizeiarrest verurteilt.

Asien.

Orientalische Konflikte. Das japanische Repäsentantenhaus erklärt in seiner Antwort auf die Thronrede, daß Anzeichen von künftige bevorstehenden Veränderungen in Ostasien vorhanden seien, und giebt die Versicherung, daß es seinen Pflichten mit Sorgsamkeit und Umsicht nachkommen werde.

Die „New Yorker Times“, die gewöhnlich über die Ansichten der amerikanischen Großindustrie gut unterrichtet sind, besprechen in einem sehr bemerkenswerten Artikel an leitender Stelle das Verhältnis zwischen Rußland und Japan und präzisieren die den Vereinigten Staaten hierbei zuzufallende Stellung in scharfer Weise dahin, daß Amerika jede Veranlassung habe, Rußland ablehnend gegenüber zu treten. Die Vereinigten Staaten hätten unter den chinesischen Wirren, so heißt es in dem Artikel, vielmehr mehr gelitten, als irgend ein europäischer Staat und seien dauernd noch ganz besonders durch die russische Occupation der Mandchurien benachteiligt, da Rückwärtigkeit der Hauptposten für den verhältnismäßig erheblichen Handel Amerikas nach Nord-China sei. Natürlich würde Amerika niemals daran denken, wegen seines Handels mit der Mandchurien einen Krieg zu beginnen. Sollte aber ein anderer Staat durch die ungeläute Situation in der Mandchurien und besonders in Korea in einen Konflikt mit Rußland gedrängt werden, würden die Vereinigten Staaten jede Ursache haben, sich diesem Staate gegenüber der weittragendsten und wohlwollendsten Neutralität zu befleißigen. In deutlicherer Kennzeichnung, sagt das Blatt dann noch hinzu, daß der Hofen Rückwärtigkeit in japanischen Händen viel besser aufgehoben sein würde, als in russischen.

Parlamentarisches.

Die socialdemokratische Fraktion des Reichstags hat beschlossen, zur 2. Lesung des Etats beim Kapitel Reichsamt des Innern folgende Resolution einzubringen:

Der Reichstag wolle beschließen: Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, den Bundesrat zu veranlassen, in der unter dem 5. Juli 1901 erlassenen Aenderung der Vorschriften über die Einrichtung und den Betrieb der Zinkhütten vom 6. Februar 1900 die Worte: „bis höchstens zum 1. Oktober 1903“ durch die Worte: „bis höchstens zum 1. April 1902“ zu ersetzen.

Die Jolltariskommission des Reichstags hat sich am Donnerstag nach Schluß der Plenarsitzung konstituiert und zu ihrem Vorsitzenden den Abg. v. Kardorff (Sp.) gewählt. Es gehören der Kommission folgende Mitglieder an: Vom Centrum die Abgeordneten Dr. Spahn, Gröber, Trimbom, Herold, Dr. Heim, Wingen, Klose und Sped; von den Konservativen die Abgeordneten Freiherr v. Wangenheim, Graf Kanig, Graf v. Schwerin-Plösch und Reichel; von den National-liberalen die Abgg. Frhr. v. Heyl, Wankenheim, Dr. Reumer und Dr. Paasche; von den Socialdemokraten die Abgg. Veber, Singer, Wollenbush und Stadthagen; von der freistimmigen Volkspartei die Abgg. Fritschel, Waesche und Dr. Müller-Reinigen; von der Reichspartei die Abgg. v. Kardorff und Camp; von der freistimmigen Vereinigung: Abg. Gothein; von den Polen: Abg. v. Komerowski und von den Antisemiten: Abg. Gaebel.

Als zweiter Vorsitzender der Jolltariskommission wurde Abg. Dr. Paasche (natl.) gewählt; zu Schriftführern wurden die Abgg. Sped (Nat.), Trimbom (Nat.), Stadthagen (Soz.), Dr. Müller-Reinigen (fr. Volksp.) und Freiherr v. Wangenheim (anti.) bestimmt.

Die Reichstags-Kommission zur Vorberatung des Schaumweinsteuervergesetzes trat Donnerstag in eine dritte Sitzung ein. Zu einem Abschluß der Beratung ist man nicht gekommen, vielmehr wird nach den Weihnachtsferien noch weiter verhandelt werden. Gegen die in der Vorlage vorgesehene Kontrolle der Fabrikationsräume durch Organe der Regierung wurden von den verschiedensten Seiten Einwendungen erhoben. Der Abgeordnete Reinhard (natl.) hielt, wenn überhaupt eine Kontrolle stattfinden solle, eine Markierung der Flaschen für geboten. Schließlich wurde auf Antrag des Abg. Wurm (Soz.) beschlossen, daß eine Markierung der einzelnen Flaschen, die aber der Fabrikant selbst zu besorgen hat, vorgenommen werden solle.

Der Vorsitzende der Kommission, Abg. Dr. Paasche (natl.), behielt sich die Auberanmung der nächsten Sitzung nach den Weihnachtsferien vor.

Aus Industrie und Handel.

Dortmunder Union.

Wie ein unheilbares Geschwür schleppt die Diskontogesellschaft an ihrem Scheitern sonst recht gesunden Leibe von einer Krise zur andern die Dortmunder Union.

Die Diskontogesellschaft hat während des letzten Ausschusses solider gehalten als andre Großbanken. Sie verfügt über die meisten flüssigen Mittel, hat die liquideste Bilanz. Sie hatte aber auch in den letzten Jahren Erfahrungen sammeln können aus den bösen Folgen ihrer damaligen kapitalistischen Epoche. Denn in dem Ausschussung im 1870 herum war die Diskontogesellschaft die führende Großbank der Gegend und da sind böse Zusammenstöße ihrer Begehrteten zu verzeichnen.

Es war in der Hochzeit der Gründerzeit, im Februar 1872, als aus der Erbchaft Stroussbergs auch einige Zinnummer in die Hände der Diskontogesellschaft kamen, um „soniert“ zu werden; das Hauptstück dieses Erbanteils war die Dortmunder Hütte. Verkauft wurde die Hütte man gerit fallen, wie jetzt auch die verpönten Firmen von Hypothekendarlehen durch neuerfundene erlegt werden, wobei man auf einen gewichtigen Klug der neuen Firma hält. Derleiigen Alleinigkeiten sind wichtig. Denn der Scheitern spielt im kapitalistischen Leben überall eine größere Rolle als die Wahrheit.

Man vereinigte also mit der Dortmunder Hütte einige andre Splitter der Erbchaft Stroussbergs und verarbeitete daraus die Dortmunder Union. Aber von vorüberen mißte sich in den miserlichen Bankrott des neuen Geschöpfes das Privatinteresse des Herrn v. Hauemann; er lieierte in die neue Gründung für 5 Millionen Thaler ein paar ihm gehörige Hüttenwerke. Alles in allem brachte man das damals sehr hohe Aktienkapital von über 13 Millionen Thalern zusammen, das aber sofort auch mit ungefähr 12 Millionen Thalern Hypotheken belastet wurde, so daß die neue Gründung mit über 25 Millionen Thaler Kapital „ausgestattet“, d. h. in Wahrheit besetzt war. Denn dies Kapital war eben nicht Mitsift, sondern die Bente der Gründer.

Im ersten Jahr wurden die zur Abführung der Aktien aus Bankrott erforderlichen 12 Proz. Dividende leicht herausgehöhelt, denn wenn alles floret, läßt sich ohne Mühe fast jede gewünschte Dividendenhöhe in den Bilanzen zu stande bringen. Der Aufsichtsrat aber war nobel. Er verzichtete großmütig auf die Hälfte seiner Tantieme von 141 500 Thalern und überwies die

andere Hälfte den Arbeiterfonds der neuen Gesellschaft. Vielleicht schielten die Herren dabei noch Generalpardon für den Zusammenbruch ihres faulen Gebäudes: schon im folgenden Jahre hatte das Unternehmen nahezu 2 Millionen Taler Verlust. Nun stiegen die Aktien, die mit 110 aufgelegt und mit den 12 Proz. Dividende auf mehr als das Doppelte dieses Anjehes getrieben waren, rasch abwärts, und in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre war das Papier auf 8 Proz. Das Wert konnte nicht einmal die Schulden decken.

Es wäre also an der Zeit gewesen, die Aktien als nahezu ganz wertlos auf einen ganz kleinen Bruchteil ihres Nennwertes zusammenzulassen. Statt dessen wurde nur ein Drittel des Nominalkapitals liquidiert und ein Vorzugsaktienkapital von 15 Millionen Mark neu ausgegeben. Dabei behauptete die Verwaltung der Diskontogesellschaft, die schwere Vorwürfe zu hören bekam, daß sie alles aufgegeben habe, um die finanziellen Ueberbürdungen der Dortmunder Union zu heben — auch ein Beispiel der dreifachen Reden, mit denen die kapitalistischen Wadenschaften immer verteidigt werden, und von denen wir seit Jahr und Tag auch wieder so skandalöse Exempel erleben und zu vergehen haben.

Seit jenen Jahren ist das mit Kapitalverpflichtungen zum ersten Raub der Gläubiger überlastete Unternehmen aus den Krankheiten nicht herausgekommen. Trotzdem konnten sich die Mäcker nicht enthalten, beim Eintritt des neuen Aufschwungs neue Gründergesellschaften mit dem verfahrenen Unternehmen zu machen. Es wurde wieder Dividende bezahlt. Neue Aktien waren ausgegeben und mit 101 aufgelegt. Sie stiegen bis 140¹/₂, sind aber ungefähr auf 40 gefallen. Das ganze frühere Aktienkapital ist unter den Tisch gefallen. So wie die Dinge einmal lagen, war dies ja nicht zu vermeiden.

Als die Union auf die neuen Aktien eine angemessene Dividende zahlte, machte die Diskontogesellschaft daraus eine Rechnung über einen Gewinn für jene Großbank und ihre Teilhaber. Der Dortmunder Union ist nämlich die Sache Adolf von Hansemann aufgeladen worden, ein Verwalter von sibirischer Vergangenheit, das schon in den siebziger Jahren „erfassen“ — durch Wassereindrücke zum Stillstand verurteilt — war. Diese Sache war Besitz der „Mengeder Gruben“, einer Gesellschaft, deren Anteile zu mehr als der Hälfte wieder im Besitz der Dortmunder Union waren; die übrigen Anteile der Mengeder Gruben waren im Eigentum von Leuten, die Herrn von Hansemann so nahe wie möglich standen. Obwohl nun also die Dortmunder Union als Besitzerin von mehr als der Hälfte aller Anteile über die Mengeder Gruben und also auch über die Sache Adolf von Hansemann verfügte, wurde die letztere Sache dennoch vollständig der Union aufgeladen und zwar für 9 Millionen Mark, wobei den Käufern der neuen Aktien der Dortmunder Union vorgespiegelt wurde, daß für diesen Betrag, den Kaufpreis, mit Sicherheit eine Rente aus dem Verwalter zu erwarten sei. Die Wassereindrücke haben inzwischen natürlich nicht aufgehört, mit der Rente steht es sehr schlecht. Und jetzt erklärt die Verwaltung in einem Tone, als hätte das jeder Käufer von Union-Aktien zwischen den Zeilen jener früheren Versicherung lesen müssen, daß man auf die Rente noch drei Jahre zu warten habe. Die am 6. Dezember abgehaltene Generalversammlung der Dortmunder Union hat sich nun mit dem Verkauf der Sache zu befassen gehabt, die eben erst der Union aufgekauft worden ist.

Die Union selbst ist durch alle diese Geschichten wieder böse in der Patsche. Sie schuldet bei Banken, natürlich vor allem oder allein bei der Diskontogesellschaft über 20 Millionen, wozu noch 6 Millionen Mark Obligationen kommen. Der Finanzmitarbeiter der „Zukunft“, dem wir in einem Teile der hier wiedergegebenen Berichte folgen, berechnet, daß die Diskontogesellschaft sich 10 Proz. Zinsen für die Vorstände zahlen läßt — allerdings auf dem Papier. Es bedarf keiner weiteren Kritik dieser Vorgänge, um zu erweisen, eine wie verhängnisvolle Rolle im Profiteleben der kapitalistischen Weltordnung die Privatinteressen der mit Großbanken und ihrem industriellen Anhang kreuz und quer verflochtenen Kreise spielen, wie vor allem zu ihren Gunsten mit den dringlichsten Interessen der Volkswirtschaft umgesprungen wird. Denn es hängen an diesen Geschichten nicht nur die Kapitalinteressen geduldeten Aktionäre, sondern auch die Lebensinteressen von Tausenden von Arbeitern. Die Dortmunder Union, die vor Jahr und Tag noch beinahe 12¹/₂ Tausend Mann beschäftigte, hat jetzt nicht mehr für 10 000 Arbeit und wird noch Tausende auf die Straße werfen müssen.

Die Umwandlung der Pommerschen Hypothekbank ist nunmehr, nachdem die Pfandbriefbesitzer, wie schon berichtet, dem Reorganisationsplan der Darmstädter Bank zustimmen, auch von den Aktionären gut gehehen. Das alte Aktienkapital wird von 15 Millionen auf eine Million herabgesetzt. 9 Millionen, die sich im Besitz der Immobilien-Verleihbank befinden, einer Tochtergesellschaft der Verwahten, werden vernichtet, der Rest, 6 Millionen, im Verhältnis von 6 zu 1 zusammengelegt. Durch diesen Vorschlag wurden die Aktionäre geneigt gemacht, auf die Reorganisation einzugehen, da im anderen Fall von dieser Seite die Bank zum Konkurs getrieben werden konnte. In Wirklichkeit war das Aktienkapital verloren, wie ja auch die Pfandbriefbesitzer einen Teil ihres Besitzes zur Bildung des neu erforderlichen Aktienkapitals hergeben mußten. In den Aufsichtsrat wurden neu gewählt Direktor Dernburg (Bank für Handel und Industrie), Städtelreter Kämpf, v. Twardowski, Baumeister Gérard und Bankier Cohes (Dannover). Die Bank wird künftig den Namen Berliner Hypothekbank führen.

Ein Schutzbund der Schuld-Aktionäre. Als Ende dieses Jahres der Schuld-Scandal offenkundig wurde, bildete sich unter dem Vorsitz des Herrn Wilhelm Weich, Privatier in Weiden, ein provisorischer Ausschuss der Schuld-Aktionäre, der die Aufhebung der Aktien zur Wahrung der Interessen der Kleinaktionäre die Aktien zur Vertretung bei ihm anzumelden, um die Einderung einer außerordentlichen General-Versammlung zu erzwingen. Zur Erreichung dieses Zweckes wären 2100 Stimmen notwendig gewesen. Wie jetzt bekannt wird, ist diese Zahl nicht erreicht, es sind nur 1600 Aktien angemeldet. Der provisorische Ausschuss hat sich nunmehr entschlossen, zur Gründung einer Schutzbundung der Schuld-Aktionäre überzugehen, und ladet die Aktionäre unter Mitteilung der Statuten dringend ein, sich dieser Vereinigung anzuschließen. Sollten durch die erwarteten Beitrittsrückmeldungen die erforderlichen 2100 Aktien nachträglich aufgebracht werden, so soll sofort auf die Abruamung einer außerordentlichen Generalversammlung gedrungen werden.

Die Vereinigten oberdeutschen Walzwerke haben, wie der „Westf. Gen.-Anz.“ erzählt, die Preisconvention nach den Donaustaaten, die zwischen den führenden Werken besteht, auf ein Jahr erneuert. Für den oberdeutschen Export ist diese Erneuerung von um so größerer Wichtigkeit, als es gelungen ist, nach Rumänien, einem der Hauptabgabengebiete Oberdeutschens, die alte Lieferungsliste aufrecht zu erhalten. — Wie daselbe Blatt erzählt, wurde die Ermäßigung der Fettöhlenpreise, welche vom Preis von 60—80 Pf. pro Tonne in Aussicht genommen war, durch Ministerialbefehlung auf 1,50 M. vom 1. Januar ab erhöht. Der Preis für Fettöhlen stellt sich also von diesem Termin ab nur noch auf 6 M. pro Tonne gegen 7,50 M. jetzt.

Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften. Die Elektrische Licht- und Kraftanlagen-Aktiengesellschaft in Berlin erzielte 1194 982 M. Reingewinn (im Vorjahre 1 180 988 M.), Dividende 6 Proz. (5¹/₂). — Siemens u. Halske verteilen eine Dividende von 8 Proz. (10 Proz.). — Luther Maschinenfabrik und Mühlenbau-Anstalt schließt mit einem Reingewinn von 154 659 M. ab. — Die Düsseldorfener Eisenhütten-Gesellschaft erzielte einen Gewinn von 52 287 M., Dividende wurde nicht verteilt. — Die Accumulatoren- und Elektricitäts-Werke vorm. Voigt u. Co. stellen eine Verringerung der Dividende gegenüber dem Vorjahre in Aussicht, da der Abzug der vorliegenden Aufträge in den letzten

Monaten nicht in der erwarteten Weise erfolgt ist. — Die Berg- und Hütten-Verwaltung in Berlin hatte einen Reingewinn von 925 417 M., Dividende 20 Proz.

Sociales.

Die Arbeitervertreter beim Reichs-Versicherungsamte.

Wir teilten schon früher mit, daß bei der Wahl der Vertreter der Versicherten beim Reichs-Versicherungsamte die Kandidaten der Gewerkschaften fast ausnahmslos gewählt wurden. Aus dem Bereiche der gewerblichen und Baubetriebe wurde nur ein Hirsch-Dunderscher als letzter Stellvertreter gewählt mit der geringen Stimmzahl von 842 311, nämlich der Schlosser Wilhelm Bongers in Witten. Die übrigen sind sämtlich Vertreter der Gewerkschaften und sie wurden mit 6 038 333 bis 5 249 549 Stimmen gewählt. Nur einer darunter erhielt, offenbar infolge der aus Magdeburger Gewerkschaftskreisen verurteilten Stimmerspaltung, die geringe Stimmzahl von 1 442 752. Gewählt wurden der Schlosser Gutheit in Berlin und der Zöpfer Frähdorf in Dresden. Als Stellvertreter des ersten: Schriftföher Konrad Wendler-Stuttgart, Maurer August Daehne-Berlin, Buchdrucker Otto Müller-Frankfurt a. O., Tischler Hermann Drogg-Breslau, Eisendreher Wilhelm Gotthausen-Düsseldorf, Maurer Johann Thomas Merkel-Rürnberg, Zimmerer Heinrich Erdmann-Schwern, Lithograph Hermann Rudolph-Rürnberg, Bergmann Johann Göttsche-Hausmann in Bayern, Former Georg Goppich-Stettin, Buchdrucker Bernhard Post-Berlin, Maler Louis Falow-Berlin, Goldarbeiter August Kuttam-Hanau, Steinseher Karl Hauschild-Neu-Weihenau, Klaviermacher Johann Flaack-Karlsruhe, Goldarbeiter Paul Leschhorn-Pforzheim, Brauer Ludwig Gohapp-Weihenau, Zimmerer Eduard Lewin-Niel, Maurer Eugen Simanowski-Berlin, Tischler Karl Feininger-München, Steinbruder Wilhelm Trompeter-Frankfurt a. M., Former Robert Max Richter-Chemnitz, Rotgerber Jakob Kurz-Neutlingen, Tischler August Sieffel-Berlin.

Als Stellvertreter des zweiten: Schlosser E. H. Robert Straube-Chemnitz, Dreher Georg Seth-München, Bergmann Ernst Brink-Oberhausen, Installateur Karl Damburger-Nürnberg, Röttcher Ferdinand Niel-Hannover, Buchhalter Heinrich Bürger-Hamburg, Zimmerpolier Eugen Sellin-Danzig, Mechaniker Julius Weise-Dresden, Weber Ernst Wilhelm Lude-Reigersdorf in Sachsen, Weber Herrn Anton Fischer-Gera, Logenrat R. Richard Jacob-Gersdorf bei Chemnitz, Maurer August Roland-Braunschweig, Schreiner Karl Reuber-Obligis, Tischler Friedrich Stägelmaier-Berlin, Schlosser August Berber-Königsberg, Fabrikarbeiter Johann Zeisch-Mann, Cigarrenformierer Alwin Winter-Magdeburg, Zimmerer Christian Louis Hill-Gienoch, Frandportarbeiter Franz Rohr-Nürnberg, Mechaniker Rudolf Straube-Leipzig, Zimmerer Gottfried Wötcher-Hamburg, Buchdrucker Johann Peter Harings-Teier, Schriftföher Paul Otto Riedel-Leipzig, Schlosser Wilhelm Bongers-Witten.

Aus dem Bereiche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe wurden die Kandidaten der Gewerkschaften, Piesewarter Joseph Koher in Bartenberg bei Neu-Weihenau mit 1 538 969 Stimmen und Holzjuridiker Joseph Lutz in Riefern mit 1 508 454 Stimmen als Mitglieder des Reichs-Versicherungsamtes gewählt. Als Stellvertreter des ersten wurden 17 Kandidaten der Gewerkschaften mit 2 256 198 bis 1 523 985 Stimmen und ebenso als Stellvertreter des zweiten 17 Kandidaten der Gewerkschaften mit 2 182 297 bis 1 520 932 Stimmen gewählt. Die übrigen je 7 Stellvertreter sind nicht die Kandidaten der Gewerkschaften. Sie erhielten 728 208 bis 686 737 Stimmen.

Im Gebiete der Seefahrt wurde kein Gewerkschaftsvertreter gewählt. Die Wahlen dieser Arbeitervertreter kommen auf einem sehr unständlichen Wege zu Stande und es ist nicht leicht, eine solche Wahl zu organisieren. Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Arbeitervertreter-Verein in Berlin haben sich kein geringes Verdienst erworben, daß sie es fertig brachten, eine verhältnismäßig so einheitliche Wahl zu Stande zu bringen.

Die Mitglieder des Reichs-Versicherungsamtes werden von den Besitzern der Schiedsgerichte gewählt, diese wieder vom Ausschusse der Versicherungsanstalten, dieser Ausschuss wird gewählt von den Besitzern der Rentenstellen bezw. bei den unteren Verwaltungsbereichen, und diese endlich von den Vorständen der Krankenkassen, wobei fast alle freien Hilfsklassen ausgeschlossen sind. Da die Vorstände der Krankenkassen von den Generalversammlungen gewählt werden und diese bei den größeren Klassen auch wieder aus gewählten Delegierten bestehen, so hat man hier einen Filter, der wohl einzig in der Welt dasteht. Sein Zweck, die organisierten Arbeiter von der Vertretung auszuschließen, wird aber trotzdem nicht erreicht; im Gegenteil, diese beherrschen die Lage trotz aller Schwierigkeiten vollständig.

Australische Fabrikgesetzgebung.

Wie aus einer Renter-Depesche aus Sydney (Neu-Südwest) hervorgeht, schreitet das junge Australien auf dem Gebiete der Fabrikgesetzgebung unentwegt fort. Letzten Sonnabend nahm das Parlament von Neu-Südwest ein Gesetz betreffend die Errichtung eines obligatorischen Schiedsgerichts an, das bestimmt ist, eine ganze Reihe sozialpolitischer Fragen, mit denen sich die alte Welt mühevoll und fruchtlos abplagt, einer geordneten Lösung zuzuföhren. Sämtliche industrielle Konflikte sollen vor dem Schiedsgerichte geschlichtet werden. Sein Urteil ist definitiv; eine Berufung gibt es dagegen nicht. Werden Streiks oder Auspöhrungen erklärt, ohne vorher die Streitpunkte dem Gerichte vorgelegt zu haben, so machen sich die Beteiligten eines Vergehens schuldig, das mit Geld oder Gefängnis zu bestrafen ist. Dem Gerichte sind große Befugnisse eingeräumt worden: es darf einen Scharblohn festsetzen und die Fabrikgesetzgebung auf das ganze Gebiet einer Industrie ausdehnen. Diese Bestimmungen ist offenbar gegen die Heimarbeit oder das Schwitzsystem gerichtet. Sämtlich hat das Gericht das Recht zu verfügen, daß die Unternehmer unter den Arbeitenden dem Gewerkschaftler den Vorkzug geben sollen, wenn sonst die Verhältnisse gleich sind. Leider gibt die Depesche keine Auskunft über die Zusammenfassung des Gerichts. Sie meldet nur, daß ein Richter des obersten Gerichtshofes zum Vorsitzenden bestimmt worden ist. Wenn man aber erwägt, daß dieses Gesetz den großen politischen Einfluß der Arbeiter in Neu-Südwest offenbart, so darf man wohl annehmen, daß die Hälfte der Weisiger aus Arbeitern bestehen wird.

Dieses Gesetz ist den Arbeitern noch günstiger, als das von Neu-Seeland. Es zeigt ferner, daß die sozialpolitischen und wirtschaftlichen Folgen der Neuseeländer Gesetzgebung so gute sind, daß sie von anderen Kolonien zum Muster genommen wird.

Der sozialpolitische Umchwung in Australien datiert bekanntlich vom Jahre 1890, wo der Mißerfolg des großen Wollschereerstreiks die Arbeiter gelehrt hat, daß der gewerkschaftliche Kampf ein lohnspieliger ist und nur äußerst langsam zu erheblichen Resultaten führen kann. Seitdem sind die Trade-Unions politisch geworden und benutzen ihre politische Macht — mit welchem glänzenden Erfolge, das zeigt die australische Fabrikgesetzgebung. Nur darf man auf dem europäischen Kontinente nicht vergessen, daß Australien eine demokratische Verfassung hat, wo das Parlament wirklicher Gesetzgeber ist und seine Regierung wirklich regiert.

Krankenkassen-Apotheken in der Schweiz. Der Verband der Krankenkassen Schaffhausen, Neuchâten und Umgebung hat seit längerer Zeit die planmäßigen Vorbereitungen zur Errichtung eigener Apotheken getroffen, um den Arzneiwucher der 100-prozentigen Apothekenbesitzer zu entgegen. Dieselben haben dem auch im vollen Bewußtsein des empfindlichen Verlustes, der ihnen droht, alle Mittel gegen das Zustandekommen des Projektes in Bewegung gesetzt und sich auch mit

dem Reichsrat „Samuel Hilt“ an die Regierung gewandt, jedoch ohne den gewünschten Erfolg. Es wird nun am 15. Januar 1902 die erste Krankenkassen-Apothek in Neuchâten am Rheinfälle und am 15. Februar 1902 die zweite, zugleich das Hauptapothek, in Schaffhausen eröffnet werden. Beide Apotheken sind berechtigt, ebenso wie jede Privatapothek an jedermann zu verkaufen. Es soll nur frische und gute Ware geföhrt und zu mäßigen Preisen verkauft werden. Das sind verheißungsvolle Anfänge, das Privatmonopol der Apothekenbarone zu brechen.

Der dritte niederländische Unterrichtskongress fand dieser Tage im Volkshause zu Amsterdam statt. Es waren dort 57 Verbände und Vereine vertreten, die dem Landes-Unterrichtskomitee angehören, dessen Zweck es ist, das Hauptberichtsweien in den Niederlanden zu fördern. Den Hauptberichtsgegenstand bildete eine Enquete, die das Komitee unter den Organisationen veranfaßt hatte, über die bezüglich des Fortbildungsunterrichtes und der Wirkung des Schulpflicht-Gesetzes herrschenden Meinungen. Hinsichtlich des Fortbildungsunterrichtes, der als Ergänzung des gelehrl. nur bis zum 12. Lebensjahre dauernden Schulunterrichtes verlangt wird, ist besonders die Frage, ob gemeinsamer oder getrennter Unterricht für beide Geschlechter vorzuziehen sei, bemerkenswert. Für den gemeinsamen Unterricht erklärten sich 51 Organisationen; dagegen 39. Die meisten der letzteren waren aber aus rein praktischen Gründen, besonders weil die Art des Unterrichtes, der zum Teil ein gewerblicher sein sollte, daß mit sich bringe, für die Geschlechtertrennung; nur einige wenige waren aus sittlichen Rücksichten gegen den gemeinsamen Unterricht, darunter die Gemeinde Haag. — Die Frage, ob das im vorigen Jahre eingeföhrt Schulpflicht-Gesetz einen merklichen Einfluß ausgeübt hat, wurde von 81 Organisationen bejahend, von 13 verneinend beantwortet. Des weiteren geht aus der Enquete hervor, daß die Bewegung für Rührung und Kleidung für bedürftige Schullinder sich sehr ausgebreitet hat und daß sich auch mehr und mehr die Ansicht Bahn bricht, daß alle Lohnarbeit schulpflichtiger Kinder verboten werden sollte.

Die Verhandlungen des Kongresses sind im allgemeinen ziemlich resultatlos verlaufen; Beschlüsse von besonderer Wichtigkeit wurden nicht geföhrt.

Verfammlungen.

Eine Vertrauensmänner-Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes beschloß sich gestern (Donnerstagabend) mit der Auflösung des Vertragsverhältnisses mit den Unternehmern. Glöcke gab eine Uebersicht über den Verlauf der Ereignisse und macht schließlich den Vorschlag, die in der vorigen Versammlung beschlossene Resolution bezüglich der Abwehr der Abzüge aufrecht zu erhalten. Die Abzüge, die angebroht werden, sollen sofort dem Omann, solche, die gleich vorgenommen werden, umgehend im Bureau gemeldet werden. Die Verhängung von Sperren und die Verhandlung mit den Unternehmern werden der Ortsverwaltung überlassen. — Die Versammlung beschloß nach längerer Debatte im Sinne dieser Vorschläge. Darauf berichtete Raach über verschiedene Differenzen in den Werkstätten.

Zum Apothekenboykott nahm die Generalversammlung der Orts-Krankenkasse der Mechaniker am 9. Dezember Stellung. Die Versammlung beschloß, den Vorstand zu ersuchen, daß derselbe von der Forderung einer Gewährung eines Rezipientrabattes nicht abgehen möge, auch dann nicht, wenn von anderer Seite in einseitiger Weise in diesen Streit eingegriffen wird.

Wilmersdorf. In einer gut besuchten öffentlichen Volksversammlung, welche am 11. d. Mts. in Mitlets Volkshaus, Berlinerstr. 40, tagte, hielt Genosse A. D. Hoffmann einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über die bevorstehende Stichwahl. Er ermunterte die Wähler, mit aller Energie für die Wahl des Genossen Ratuska einzutreten. In der Diskussion sprachen einige Liberale und empfahlen der Versammlung, für die Wahl ihrer zwei Kandidaten mit einzutreten. Es sprachen mehrere Genossen für und gegen diesen Vorschlag; ein definitiver Beschluß wurde nicht geföhrt.

Lichtenberg. Reichstags-Abgeordneter R. Fischer sprach am Dienstag in einer auch von Frauen zahlreich besuchten Volksversammlung in Lichtenberg über „Politische Tagesfragen“. Die „China-Politik“, die „Germanisierung“ der Polen und das „bedauerliche Auftreten“ unter Land- und Industrie-Junker, dabei der Jid-Jagd-Kurs der Regierung gaben dem Redner Gelegenheit, sich den färrnischen Beifall der Versammlung zu verdienen. Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Besprechung der durch den unter freistündiger Leitung stehenden Lichtenberger „Vöhrerverein“ betriebenen und in erster Instanz erreichten Kaffierung von vier Mandaten der Gemeindevertretung. Die dritte Wählerklasse hat bekanntlich bei der im Februar dieses Jahres von der Regierung angeordneten Reuwahl der gesamten Gemeindevertretung mit der Wahlnehmung der 8 Mandate 8 Socialdemokraten beauftragt und den bisherigen Vertretern, die es im ganzen auf 370 Stimmen brachten, während sich auf die Socialdemokraten 3750 Stimmen vereinten, den Laufpöhr gegeben. Er a. u. schilderte unter großem Beifall der Versammlung das heuchlerische Gebahren dieser „Anti-Liberalen“, die Versammelten auffordernd, bei der bevorstehenden Ersatzwahl mit allem Nachdruck für Erhaltung unsrer Verfassung einzutreten.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Van-Insall.

Frankfurt a. O., 12. Dezember. (W. T. V.) Bis heute Abend waren von den bei dem Einsturz eines Teiles des Gutfeldschen Warenhauses verunglückten Arbeitern (s. u. Vermischtes) acht geborgen, drei von ihnen sind tot, drei schwer und zwei leicht verletzt.

Breslau, 12. Dezember. (W. T. V.) Bei der heutigen Entlassungsfeier des Denkmals des Großen Kurfürsten hielt der Kaiser vor dem Regiment der Leibkürassiere, dem das Denkmal übergeben wurde, eine Rede, die mit den Worten schloß: „Und wenn einst die Zeit kommen wird, wo es Eure Pflicht ist, Euren Kaiser zu schützen, da werdet Ihr zeigen müssen, daß auch in Euch Gottvertrauen wohnt, und daß Ihr würdig seid, einem Regiment anzugehören, das den Namen des Großen Kurfürsten führt.“

Leipzig, 12. Dezember. (W. T. V.) In dem Wollkammereis-Prozess beantragte der Staatsanwalt gegen alle Angeklagte das Schuldig unter Zustimmung mildernder Umstände. Die Verteidiger verlangten Freisprechung. Das Urteil wird am Sonnabendmorgen 12 Uhr verkündet werden.

Cadix, 12. Dezember. (W. T. V.) In der vergangenen Nacht zogen streikende Bäcker und andre Ausländische, mit Messern (s) und Stöden bewaffnet, unter den Ansen: „Nieder mit der bürgerlichen Gesellschaft! Es lebe die soziale Revolution!“ durch die Straßen, drangen in Häfen ein und raubten Waren. Die Polizei und die Behörde erwies sich als ohnmächtig, es herrschte eine förmliche Panik. Einige Angestellte, welche die Plünderung zu verhindern suchten, wurden verwundet.

Cadix, 12. Dezember. (W. T. V.) Der Gendarmerie ist es gelungen, die Ruhe wiederherzustellen. Einige Gendarmen und einige Ausländische wurden verwundet; zahlreiche Verhaftungen wurden vorgenommen.

Oelsingfors, 12. Dezember. (W. T. V.) Die „Finlandsfaja Sosietä“ meldet: Der Generalgouverneur hat den Procurator des finländischen Senats aufgefordert, gegen diejenigen lutherischen Geistlichen ein Strafverfahren zu veranlassen, welche sich geweigert haben, in den Kirchen das Gesetz über die Militärpflicht zu verkündigen.

Reichstag.

111. Sitzung vom Donnerstag, 12. Dezember 1901, vormittags 11 Uhr.

Am Bundesratliche: Graf v. Posadowsky, Müller, Freiber v. Rheinbaben.

Die erste Beratung des Zolltarif-Gesetzes wird fortgesetzt.

Abg. Dr. Bachmide (fr. Bg.):

Es ist heute der neunte Tag, den wir der Beratung widmen, aber diese Länge der Verhandlung entspricht nur der Wichtigkeit des Gegenstandes. Interessant war es, daß sich gestern ein Minister gegen die Begründung wandte. Herr v. Roddeker behauptete, daß die Zolltarif-Erhöhung nicht in erhöhten Getreidepreisen zum Ausdruck komme, während die Begründung den sehr richtigen Satz enthält, daß nach der Aufhebung des Identitätsnachweises die Inlandspreise für Weizen und Roggen annähernd um den Betrag des Eingangszolls sich erhöhen würden. Die Ausführungen der Centrumsredner der letzten Tage standen im Gegensatz zu einem früheren Wort des Herrn Dr. Lieber, der 1891 die Handelsverträge eine Großthat der neuen Ära nannte. (Hört! hört! links.) Sie stehen aber auch im Gegensatz zu der Haltung der christlichen Arbeiter. Auf dem Verbandstag der christlichen Metallarbeiter wurde gesagt, daß den Arbeitern angesichts der Forderungen der Agrarier die Gasse übergehen müsse. (Hört! hört! links.)

Graf Kanitz hat gestern wieder in gewohnter Weise von der Not der Landwirtschaft gesprochen. Er berücksichtigt nicht die einschneidenden Verschärfungen in den Interessen der Kornbauer und der Viehzüchter. Die Landwirte im idenburgerischen sind keineswegs für höhere Getreidezölle — wir kommen ja auf alle diese Dinge im Mai des nächsten Jahres vielleicht noch einmal zurück, (Heiterkeit) vielleicht auch noch später. Auch im Medienburgischen liegt der Schwerpunkt der Landwirtschaft hauptsächlich in der Viehzucht. Wir teilen die hohe Meinung von dem Wert des Bauernstandes, aber in der Praxis wird nicht immer diesen Wert entsprechend verfahren. Fördern Sie (nach rechts) mit uns die innere Kolonisation! Allerdings liegt die Schwierigkeit, die Sie damit verbinden wollen, nicht im Interesse des Bauernstandes. In Medienburg, dem gelobten Lande der Großgrundbesitzer, macht aber die innere Kolonisation keinerlei Fortschritte, weil es nicht im Interesse jener Herren liegt. Man wird uns nie beweisen können, daß die Getreidebauer einen wesentlichen Vorteil von den hohen Getreidezöllen haben; Graf Kanitz hat uns gestern ja selbst vorgerechnet, daß etwaige Vorteile für die Landwirtschaft durch erhöhte Industriezölle wieder aufgehoben werden. Man berücksichtigt bei den agrarischen Forderungen niemals die wirtschaftspolitischen Konsequenzen in der Zukunft; wenn es Ihnen (nach rechts) auch diesmal noch gelingen sollte, die höheren Getreidezölle durchzusetzen, in zwanzig Jahren wird es Ihnen nicht mehr gelingen! (Oh! rechts.)

Am zum Schluß der Vorlage selbst. Wenn die Erklärungen seitens der Reden erst zu nehmen sind, so ist der Entwurf schon heute als gefallen zu betrachten. Ich spreche nicht von der Forderung des Abg. Gerold, die sozialpolitischen Verwendungszwecke der Weizenmaßnahmen im Reich festzulegen, sondern von den Anforderungen des Grafen Schwerin-Löwitz und des Freiherrn v. Wangenheim. Der letztere äußerte hier im Reichstage, wenn der Landwirtschaft ein Zollschutz in bestimmten Grenzen versagt würde, so würde sie alle Zölle ablehnen und das Weitere abwarten müssen. Was unter den bestimmten Grenzen zu verstehen ist, hat Herr v. Wangenheim öffentlich kundgegeben, es ist ein Getreidezoll von 7,50 M. und Minimalzölle für alle landwirtschaftlichen Produkte. Auch das preussische Landes-Oekonomikollegium hat erklärt, falls der Weizen- und Roggenzoll unter 6 M. herabgesetzt, habe die Landwirtschaft überhaupt kein Interesse mehr an dem Entwurf. Sind die Herren Agrarier also rückgratfest, dann ist auf eine Majorität für die Vorlage nicht zu rechnen. Sollte aber etwa die Regierung den Forderungen der Agrarier nachkommen dann wird die Erbitterung draußen im Lande und hier im Hause einen derartigen Grad erreichen, daß sie das ganze Tarifwerk über den Haufen werfen wird.

Wenn also auch vielleicht nichts dabei herauskommt, nämlich war die Debatte doch. Wir haben Einblick bekommen in die handelspolitischen Seelenzustände unserer Herren Minister und in das Arsenal der Argumente unserer verehrten Herren Gegner, die man neuerdings mit dem Namen Engel gekannt hat. (Heiterkeit.) Die Regierung hat gegen die übertriebenen Forderungen der Agrarier kein Wort des Tadelns gefunden. Herr v. Rheinbaben berief sich auf die Autorität des Herrn Nipper (Hört, hört! links.) und der Chorführer der himmlischen Heerscharen, Graf Walow, hat den Beifall jener Herren geerntet.

Es besteht der Eindruck, daß die jetzige Regierung von Agrariern regiert wird. Daran wird nichts geändert durch den Eintritt des Herrn Müller in das preussische Ministerium. Herr Müller, der die agrarische Bewegung eine „Vollbewegung“ nannte, überschätzt diese Bewegung. Die Agrarier bilden eine nur kleine, freilich mächtige Partei; im Bunde der Landwirte giebt es freilich auch kleine und mittlere Bauern. Ich spreche aber hier von den Anführern, nicht von den Angehörigen; die Anführer sind sowohl im Bunde der Landwirte, wie in der Landwirtschaftskammer, im sachsischen Landeskulturrat etc. fast ausschließlich Großgrundbesitzer. Diese agrarische Agitation vollzieht sich in Breiten unter der Mithilfe der mittleren und unteren Verwaltungsbehörden!

Graf Schwerin-Löwitz verlangt in der Diskussion des Zolltarifs mehr Abstand. Worauf hat er bei diesem Ausflug ins Sittliche angepielt? Hat er an die Volkstötterungen gedacht, die gegen die Unterzeichner einiger Anträge des Handelsvertragsvereins verübt worden sind? Meint er gewisse Ausdrücke in agrarischen Flugblättern, wie etwa folgende: „Wilt man sich, die Landwirtschaft dahin kommen zu lassen, daß sie sich endlich die bitterböse Frage vorlegen müsse, ob das Ende mit Schreden nicht dem Schreden ohne Ende vorzuziehen sei?“ (Hört, hört! links.) Dr. Dertel hat in seiner Zeitung diese Ausdrücke gebilligt! Da ich gerade bei Dr. Dertel bin und sein freundliches Gesicht mir gegenüber sehe (Heiterkeit), möchte ich noch eine Agitationsreise des Herrn Dr. Dertel nach Westfalen erwähnen. Er erklärte dort nach dem Bericht seiner „Deutschen Tageszeitung“, es scheint fast, als ob das Reichsministerium und Herr v. Bismarck eine absichtliche Verzerrung in der Vorlegung des Zolltarifs herbeiführen wollten. Er schloß: „Sollte jetzt wieder die wohlbegründete Hoffnung der Landwirtschaft zu Schanden werden, dann werden auch diese Säulen der Erde wanken.“ (Lachen und Hört, hört! links.) Im Circus Busch sagte Herr v. Wangenheim in Bezug auf Graf Caprivi und Herr v. Rosenlohe, Verschöllen und vergessen ist ihrer Taten Fluß.“ (Hört, hört! links.) Das ist die Sprache des Herrn v. Wangenheim außerhalb des Hauses. So behandeln die Herren die Minister, wenn sie nicht mehr im Amte sind. Auch Herr v. Wangenheim hat ja nachgerufen: getraut haben wir ihm ja niemals. So viel über den Anstand. (Lachen rechts.) Graf Schwerin fragte, was ein Junker ist und hat darauf noch keine Antwort erhalten. Junker ist man, wenn man bei der herzerregenden Erzählung von einem hungernden Kinde auf die Vermutung verfällt, der Vater hat vielleicht alles vertrunken (Lachen rechts.), wenn man bei Anhörung der Thatsache, daß viele Menschen sich allein von Kartoffeln nähren müssen, bemerkt: nun, Kartoffeln sind doch auch ein Nahrungsmittel. (Sehr richtig! links. Lachen rechts.) Zum Junkersein ist das Adelsprivileg gar nicht nötig, es giebt auch Junker ohne dasselbe und die sind die schlimmsten. Da nun diese Junker allein nicht zahlreich genug sind, suchen sie sich unter den kleinen Landwirten eine Gefolgs-

chaft. Welches Rezept dabei verfolgt wird, hat Herr Nipper-Kaiserblauen in Hildesheim verraten. Er tabelte es, daß die Landwirtschaft immer von ihren guten Erträgen spreche. Heute sei das nicht zweckmäßig, da würde ja jeder sagen: Bei Euch ist ja gar kein Rollen. (Hört, hört! links.) Aus der Tiefe der Seele kam der Senfger des Herrn v. Wangenheim am 27. September, als er sagte, wir wissen alle, um wen sich heute unsere ganze Wirtschaftspolitik dreht, um die beiden großen Dampf-Schiffahrts-Gesellschaften. Für den Reichstag war das nicht gesagt. (Lachen rechts.) Das zielt auf eine andre Stelle, aber die Herren vom Bundesrat scheinen es nicht gemerkt zu haben. Ich stelle fest, daß auf diesen Diskreditierungsversuch vom Bundesratstisch niemand eingegangen ist. Das Exposé des russischen Finanzministers stellt Deutschland läßt vor die Alternative: entweder Weibehaltung des jetzigen Tarifs, oder beliebige Erhöhung der Zölle lediglich bei Meistbegünstigung. Wir drohen also mit Rußland in dasselbe Verhältnis zu kommen, wie es zu Amerika schon jetzt besteht. Rußland hat ein Interesse an guten Handelsbeziehungen zu Deutschland, genau wie umgekehrt. Wir wünschen lebhaft die Aufrechterhaltung der bisherigen guten Beziehungen zu Rußland, die freilich jetzt schon bedroht sind. Das ist eine der ersten Forderungen des Zolltarifs, andre werden später reifen. Die Veröffentlichung des Zolltarifs hat bereits die Krisis in Handel und Gewerbe verschärft, und die Unsicherheit wird erst verschwinden, wenn dieser Zolltarif beseitigt ist. Wir werden, dem Beispiel der Agrarier in der Kanalfrage folgend, in Kommission und Plenum die Regierung von der Schädlichkeit ihrer Zollpläne in jedem Einzelfall zu überzeugen suchen, und wir werden bei jeder einzelnen Frage den Nachweis der Schädlichkeit des betreffenden Produktionszweiges verlangen. Erziehungszölle sind uns distastabel, Bereicherungszölle sind es nicht. Graf Posadowsky hätte also nicht mit der ganzen Wucht seiner Beredsamkeit gegen eine nicht aufgestellte Behauptung loszugehen brauchen. Wenn zuletzt die Kraft der Wehrzeit versagt und ein Zusammenbruch der Verhandlungen erfolgt, wir werden es nicht bedauern. Die Regierung mag dann die gegenwärtigen Vertragsverhältnisse zum Ausgangspunkt neuer Unterhandlungen mit dem Auslande nehmen. Es kann nicht schwer halten, eine provisorische Verlängerung der bestehenden Handelsverträge durchzusetzen. Inzwischen ist der neue Reichstag gewählt, der letzte Termin dafür ist der 17. Juni 1903, und dessen Wehrzeitverhältnisse werden dann durch die Wahlparole: Für oder wider den Zolltarif! bestimmt sein. Die Wählerchaft hat einen Anspruch darauf, gehört zu werden; das ist loyal, konstitutionell. Selbst wenn der Zolltarif aber vorher zu stande kommt, so bleibt die Zollpolitik die nächste Wahlparole, weil noch die Vertragsverhandlungen zu erledigen sein werden. Wie die Wahl ausfallen wird, kann man ja nicht voraussetzen, aber alle Zeichen deuten darauf hin, daß sie entschieden gegen den Tarif ausfallen werden. Die Wissenschaft ist mit uns, die Stimmung im Volke ist erbitterter als je, selbst die Frauen beteiligen sich an der allgemeinen Bewegung. Wir werden dem Entwurf entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen, der sich steigern wird, falls die Kommission etwa die Sätze der Vorlage erhöht. Wir sind überzeugt, damit dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen. (Beifall links.)

Staatssekretär Graf Posadowsky:

Ein Redner der sozialdemokratischen Partei hat diese Vorlage und ebenso ihre Väter und Vertreter in den Rufus gewinkt. Nun jeder hat seine Pflicht zu erfüllen, und so lange sich dieser humane Wunsch des Redners nicht erfüllt hat, werden wir an dieser Stelle stehen und die Vorlage vertreten, die eine Vorlage der verbündeten Regierungen ist. (Bravo! rechts.) Gegenüber den tendenziösen Einstellungen, daß die Vorlage das Werk eines einzelnen Ressorts sei, stelle ich hiermit fest, wie sie entstanden ist. Es war der allgemeine Wunsch der großen wirtschaftlichen Verbände, daß man nicht so vorgehen sollte, wie beim russischen Handelsvertrag, nämlich wenige Wochen vorher eine Sachverständigen-Kommission zu berufen. Man wünschte ein ständiges Organ, und dies wurde im Wirtschaftlichen Ausschusse geschaffen. Nach Beendigung seiner Arbeiten wurden diese dem Reichskanzler übergeben. Darauf sind unter dem Vorsitz des Herrn Reichskanzler und Zuziehung der beteiligten Ressorts, des auswärtigen Amtes, des Reichsamt des Innern, des preussischen Landwirtschafts-, Handels- und Finanzministers, die Grundzüge für das Zolltarifgesetz und den Zolltarif festgelegt. Hierfür hat das Reichskanzleramt dieselben 6 Monate hindurch bearbeitet. Nach hierauf folgenden Verhandlungen von Kommissarien aller beteiligten preussischen und deutschen Ressorts ergaben Konferenzen mit den Vertretern der Bundesstaaten eine Einigung über die grundlegenden Fragen des neuen Zolltarifs. Demnach ist er vom Bundesrat in wochenlangen Sitzungen beraten worden. Dieser hat ihn angenommen und jetzt liegt ein Werk der verbündeten Regierungen vor. Den Herren der Linken möchte ich im Hinblick auf eine Vermeidung erwidern, daß ich Achtung habe vor jeder politischen Auffassung, wenn sie auf ernster Vertiefung der Materie beruht. Aber wenn man die Regierung diskreditieren will durch Vergleiche, auf die ich nicht eingehen, so können sich die Herren nicht wundern, wenn man in diesem Mittel einen Weg zu finden glaubt, der nichts mehr mit sachlichen Motiven zu thun hat. (Sehr richtig! rechts.)

(Der Reichskanzler betritt den Saal.)

Herr Richter hat an die von mir zitierte Äußerung des Herrn v. Marschall nicht glauben zu können erklärt. Herr v. Marschall hat diese Äußerung am 26. Februar 1892 in Gegenwart der Herren Brömel, Barth und Widert gethan, aber keiner dieser Herren hat sich dagegen gewandt. Noch prägnanter hat sich Herr v. Marschall am 8. Februar 1897 über die Notwendigkeit eines spezialisierten Tarifs ausgesprochen. Er sagte, die Erfahrungen bei den letzten Verhandlungen haben gezeigt, daß die heutige Anordnung des Zolltarifs die Verhandlungen erschwert. (Hört, hört! rechts.) Welch klaffendes Zeugnis können Sie verlangen zur Begründung der Aktion, in der wir uns befinden. (Sehr richtig! im Centrum.) Herr v. Marschall hat weiter gesagt, daß sich bei dem alten Zolltarif zweifellos Klagen ergeben würden und daß eine Revision unbedingt notwendig sei (Hört! hört! rechts). Die Herren Leuzmann und Barth waren bei dieser Äußerung zugegen, haben aber kein Wort erwidert. Wir haben also nur ausgeführt, was damals allgemeine Billigung fand.

Man hat wieder die Thätigkeit des Wirtschaftlichen Ausschusses als partiell gelabelt. Bei den Beratungen desselben war der deutsche Handelsrat durch 5 Mitglieder vertreten und die große Sachkenntnis dieser Mitglieder, sowohl unreserwierter wie unreserwierter Vinnhandels kann unmöglich dadurch gemindert werden, daß zwei von den Herren Großindustriellen sind. Der eine der Herren ist der Vorsitzende des deutschen Handelsrates, der andre der gegenwärtige Vorsitzende des Handelsvertrags-Vereins. (Hört! hört! rechts.) Auch die Handelskammern sind in ausgiebiger Weise berücksichtigt worden. Die Sachverständigen, die nach Branchen und Bezirken ausgewählt waren, waren meist gleichzeitig von den großindustriellen Verbänden vorgeschlagen. Es waren die besten Kenner aus ihrem Gebiete. Es besteht auch kein Gegensatz zwischen den wirtschaftlichen Verbänden und den Handelskammern insofern, als erstere Freunde, letztere Gegner des Zolltarifs sein sollen.

Man hat zur Vorbereitung des Tarifs eine Enquete aller Stände und Parteien gefordert. Wie soll man das in einem Lande mit 66 Millionen Einwohnern anstellen? Ein schweizerisches Referendum über einen Zolltarif ist doch unmöglich. Man muß sachverständige Herren für die Halbfabrikate und Rohstoffe und die Hersteller fertiger Fabrikate und Halbfabrikate und die Produzenten der Rohstoffe einander gegenüberstellen und so die Gesamtwirkung der Zölle auf die Industrie ermitteln. In dieser Art haben wir Sachverständige für alle Zweige der Fabrikation vernommen. Ich muß Wert auf die Feststellung dieser geschichtlichen Thatfachen legen.

Man hat weiter die geheime Verhandlungsweise des wirtschaftlichen Ausschusses getadelt und behauptet, früher sei das Verfahren anders gewesen. Das ist unrichtig.

Die vom Bundesrat berufene Kommission für Baumwollen- und Leinenindustrie hat nicht öffentlich verhandelt; auch die vom Fürsten Bismarck 1879 berufene Zolltarif-Kommission trug einen vertraulichen Charakter. Im Wirtschaftlichen Ausschusse wurde teilweise in Gegenwart von 40 Sachverständigen verhandelt. Man hat weiter mit einem Ausdruck, den ich nicht wiedergeben will, behauptet, die Sachverständigen seien im Wirtschaftlichen Ausschusse zur Forderung höherer Zölle geradezu angeregt worden. Wir haben die Sachverständigen gefragt: 1. Welchen Minimalzoll hast Du notwendig, um mit Deiner Industrie noch konkurrenzfähig zu bleiben? 2. Welchen zollpolitischen Zuschlag hältst Du für notwendig für die Verhandlungen? Der betreffende Herr, der in diesen Fragen einen Anreiz zu höheren Zöllen gesehen hat, hat den Sinn der Frage nicht verstanden. Man hat weiter gesagt, man hätte nur einzelne Positionen des alten Tarifs ändern sollen. Das ist aber nicht möglich, denn ein solcher Tarif ist ein zusammenhängendes Netz. Es ist auch ein Irrtum, daß die Industriezölle die Preise für den einheimischen Markt erhöhen. Man hat mich in der Öffentlichkeit zunächst als Gegner von Handel und Industrie hingestellt, und jetzt plötzlich stellt man es so dar, als ob ich der Industrie erhöhte Zölle geradezu in den Schoß werfe. Nein, wir verfolgen mit den Industriezöllen das handelspolitische Ziel, dem deutschen Arbeiter vermehrte Arbeitsgelegenheit zu geben. Die ältesten und bedeutendsten Schutzzölle, wie der auf Baumwolle, haben nicht verhindert, daß wir gerade in diesen Produktionszweigen eine ganz bedeutende Ausfuhr haben. Ähnlich liegt es bei dem Zoll auf Schafwolle. Die Produktionskosten und die Inlandspreise sind also nicht so erhöht, daß die betreffenden Industrien auf dem Weltmarkt nicht mehr hätten konkurrieren können. Seit 1879, wo die Bismarckschen Schutzzölle eingeführt wurden, ist der Verbrauch von Baumwollgarn um mehr als das Doppelte gestiegen. (Hört! hört! rechts.) In noch viel höherem Grade hat die Eisenindustrie den Segen des Schutzzolls erfahren. 1879 betrug die Roheisen-Produktion Englands das Dreifache der deutschen, und jetzt, 1901, hat die deutsche Roheisen-Produktion fast die Höhe der englischen erreicht. Daraus folgt, daß nie eine segensreichere Maßregel für die Arbeiterbevölkerung unternommen wurde, als gerade die Einführung der Schutzzoll-Politik. (Sehr richtig! rechts.) Auf die Textilindustrie trifft auch der Vorwurf nicht zu, daß sie zu billigeren Preisen im Auslande als im Inlande verlaufe. Die Wünsche der Eisenindustriellen gehen noch viel weiter, als sie der Tarif vorzieht. Sie werden sich bei der Beratung der einzelnen Positionen in der Kommission davon überzeugen. Auch die Konsumenten von Roheisen, z. B. die Eisen-gießereien, haben begründete Einwendungen gegen die Eisenzölle nicht erhoben. Der Roheisenzoll ist in Zeiten industrieller Krisen eine Notwendigkeit, um eine Ueberflutung des deutschen Marktes mit Roheisen zu verhindern. Der Verband deutscher Baumwollspinnereien verlangt als das Minimum des Schutzes, dessen die deutschen Spinnereien unbedingt bedürfen, die Wiederherstellung des bisherigen autonomen Tarifs.

Ich komme zu unserm Verhältnis zu Amerika. Bei der Handelsbilanz mit diesem Staate kommt es darauf an, daß seit 1892 die Einfuhr von Amerika nach Deutschland um 148 Proz., unsere Ausfuhr nach Amerika aber nur um 5 Proz. gestiegen ist. (Hört! hört! rechts.) Wir stehen den deutschen Schiffahrts-Gesellschaften mit allem erdenklichen Wohlwollen gegenüber, wir wünschen auch Zollkriege nicht. Kriege soll man, wie Fürst Bismarck einmal sagte, nur in der äußersten Not anfangen, wenn man aber einmal Krieg fährt, auch mit der ganzen Wucht des nationalen Lebens dahinter stehen! (Bravo rechts.)

Man hat der Landwirtschaft ihre großen Besitztümer und die Millionen, die ihr zugeflossen seien, vorgeworfen. Dann müßte man sich aber ebenso gegen die großen Kapitalansammlungen in der Industrie wenden. (Sehr gut! rechts.) Ich würde es übrigens durchaus begrüßen, wenn ein Teil der großen Güter, deren Besitz es wünschen, weil sie nicht besitzen können, angelauft und in kleinere Güter verhandelt würden; gerade im landwirtschaftlichen Interesse würde ich das wünschen. (Hört! hört! links.) Das befreit kein Agrarier, im Gegenteil, jeder echte Agrarier muß doch wünschen, daß möglichst viele Menschen in Deutschland eignen Grundbesitz haben. (Lachen links. Rufe: geschicht aber nicht!) Man spricht immer von Liebesgaben. Diese sogenannten Liebesgaben stehen aber nicht dar als eine Ermäßigung gewisser Steuern für in ihrer Produktion beschränkte Industrien. Wenn man das Liebesgaben nennt, muß man auch die Befreiung der untersten Volksschichten von der Einkommensteuer eine Liebesgabe nennen. (Sehr gut! rechts.) — Wenn man gegen die Landwirtschaft vorgeht, hilft man immer den Türkenkopf der Junker auf und kämpft gegen ihn. Was ist ein Junker? Unter Junker verstehe ich einen Mann, der auf Ständevorurteile pocht, denen in unserer verfassungsmäßigen Zeit kein Inhalt mehr beizumessen kann. Sie aber verziehen unter Junker jeden Mann, wenn er auch aus Ihren Kreisen hervorgegangen ist, sobald er ein Bittergut besitzt (Widerspruch links), sobald er ein Großgrundbesitzer ist, der für sein Gewerbe eintritt. (Widerspruch links.) Die Zeit der Junker, wie ich sie verstehe, ist abgelaufen und ich wünsche, daß sie sich zu geistigen Leitern der Nation entwickelten. (Zustimmung links.) Ich wüßte ja, meine Herren, daß wir einzig waren. (Heiterkeit.)

Herr Singer hat gestern Impressionenmalerei der Politik getrieben, er hat mit möglichst schreienden Farben gemalt, um in die Ferne auf die Massen einzuwirzen. (Sehr gut! rechts.) Seine Berechnungen über den Großgrundbesitz der Fürsten usw. sind für uns unkontrollierbar, es kommt auch auf die Größe der mit Getreide bebauten Fläche an und außerdem steht durchaus nicht fest, daß dem erhöhten Zoll absolut erhöhte Getreidepreise folgen. Wenn aber auch der Großgrundbesitz solche Vorteile aus dem Zolltarif hat, dann legen sie ihn doch damit in die Lage, intensiver zu wirtschaften, die Landeskultur zu fördern und das kommt wieder den Arbeitern zu gute. (Sehr richtig! rechts.)

Auch die ganze Berechnung der Steigerung der Reichseinnahmen durch die Zölle seitens des Herrn Singer war nicht zutreffend. Die ganzen Industriezölle sind doch Maximalzölle, die als Kompensationsobjekt eingesetzt sind. Die ganze Erhöhung unserer Zölle, wenn der Zolltarif so durchgeführt, wie er von der Regierung vorgelegt ist, würde rund 2/4 Proz. des ganzen Einnahmeverlustes unserer Waren betragen.

Ich komme auf das Tariffissem. Die Hamburger Handelskammer hat darüber ein Gutachten erstattet, in dem vorgeschlagen wird, die Konventionallage unsern Zolltarif zu Grunde zu legen, aber gegen Staaten, die uns ungleich behandeln oder unbillig hohe Zölle verlangen, Zollzuschläge zu erheben. Die Erhebung solcher Zuschläge würde uns aber bald in einen Zollkrieg mit aller Welt bringen. Gegenüber der Äußerung in der Begründung, daß die Regierung die Ausichten künftiger Handelsverträge noch nicht übersehen könne, berufen sich die Redner der Linken ganz mit Unrecht auf Äußerungen des Fürsten Bismarck. Ich wünsche, die Herren von der Linken hätten den Fürsten Bismarck bei seinen Lebzeiten so unterstützt, wie sie sich jetzt auf ihn berufen; wieviel mehr hätte dieser große Staatsmann dann noch leisten können!

Die handelspolitischen Ausichten sind folgende. Kommt kein Zolltarif zu stande, so ergeben sich die zwei Möglichkeiten: 1. Wir kündigen die Verträge zum 31. Oktober 1903, dann tritt der autonome Tarif in Kraft; 2. Wir lassen die bestehenden Verträge weiter laufen und verlängern sie von Jahr zu Jahr.

Ändigen wie die Verträge und lassen den autonomen Tarif in Kraft treten, so würden wir den äußersten Widerstand von Handel und Industrie erregen, die mit Recht neue Handelsverträge verlangen würden. Wenn wir die Verträge von Jahr zu Jahr verlängern, würde die ganze Welt, alle Freunde der Landwirtschaft in diesem Sinne, fortgesetzt die Kündigung der Verträge fordern, um neue Sätze zum Schutze der Landwirtschaft zu erreichen. Dieser Zustand würde die ganze deutsche Landwirtschaft und Industrie auf das schwerste gefährden. Kommt aber im Reichstage ein Tarif zu Stande mit erhöhten Sätzen und Minimalzöllen, so existieren folgende Möglichkeiten: 1. Wir nehmen diesen Tarif nicht an, und ich bitte das Haus, in vollster Erkenntnis der ersten Sachlage sich in dieser Beziehung auf keiner Seite optimistischen Hoffnungen hinzugeben; das ist derselbe Fall, als ob überhaupt kein Zolltarif zu Stande kommt, und alle verhängnisvollen Konsequenzen eines solchen Zustandes würden eintreten. 2. Wir nehmen den Tarif an und Handelsverträge mit anderen Staaten erweisen sich dabei als unmöglich. Dann ständen wir vor der schweren Verantwortlichkeit, zu befreundeten Staaten in ein unfreundliches Verhältnis zu kommen, wenn wir nicht entgegen den Sätzen des Zolltarifs in Frankreich hingewiesen. Daran war aber nicht das System schuld, sondern nur die zu hohen Minimalzölle des französischen Tarifs. Zu hohe Minimalzölle wirken nicht nur vertragsgefährdend, sondern direkt vertragsfeindlich. — Wir zahlen heute für einen Scheffel 2/3 M. mehr, als im alten Rom gezahlt wurde. Rommen spricht in seiner Römischen Geschichte vom dem Köhlerglauben der Regierung, die die schädlichen Wirkungen der niedrigen Kornpreise nicht vorantreibt. Ich hoffe, daß ein zukünftiger Geschichtsschreiber, der die Geschichte unserer Zeit schreibt, der gegenwärtigen Regierung nicht den Vorwurf wird machen können, daß sie nicht rechtzeitig eingeschritten sei. Ich möchte an die Majorität dieses Hauses mit ihrer Fährer, die den Wunsch haben, den Zolltarif in ihrem Interesse weiter auszugestalten, die dringende Bitte richten, den engen schmalen Pfad, auf dem wir uns bewegen, nicht noch dadurch schwieriger und gefährlicher zu gestalten, daß Sie auf der rechten unübersteiglichen Schwierigkeiten aufstärmen, während auf der linken Seite vielleicht der Ortus liegt. Ich möchte mit einem Verse schließen, den ich als Inschrift auf dem Portal eines deutschen Schlosses gelesen habe: Wünsche nie ein Mähd zu groß, wünsche nie ein Los zu schön, das Weidlich in seinem Joch, könnte es Dir zugehehn. (Bewegung und andauernde Unruhe rechts.)

Abg. Dr. Arends (Rp.):

Herr Heim hat gestern eine sehr wirkungsvolle Rede gehalten. Herr Podwinski hat nicht einmal den Versuch gemacht, diese Rede zu zerstückeln. Er hat nur den Rhythmus erbracht, daß das Centrum in Vorklagen seine Haltung geändert hat. Das ist aber nichts Neues, das haben eben die veränderten Zeitverhältnisse bewirkt. Nebenbei bemerkt noch weiter gegen den Abg. Dr. Podwinski, seine Ausführungen sind aber bei der im Saale herrschenden Unruhe nicht zu verstehen. Die Gegner der Vorlage haben schwächer und lächerlicher abgeknippt, als wir selbst erwartet hatten. Bei der von allen Rednern der Mehrheitspartei geleiteten Rührung habe ich die Hoffnung auf eine Verständigung in der Kommission. Ich halte diese Hoffnung für berechtigt, da wir nun endlich wieder eine einheitliche Regierung unter der Führung eines wirklich leitenden Staatsmannes haben. Wir sind für Erhöhung der Getreidezölle, ohne den Agrarstaat gegen den Industrienstand auszuspielen. Deshalb lehne ich auch eine übertriebene Erhöhung der Zölle ab. Drohungen, daß man zu den Socialdemokraten übergehen würde, wenn die Zölle nicht genügend erhöht würden, sollten nicht vorkommen. Das gleiche gilt von der übertriebenden Drohung, zu den Freilandern überzugehen. Besondere Freude habe ich deshalb über die Rede des Grafen Kanitz gehabt, die der Industrie gab, was der Industrie gebührt. Bei den Industriebölen sollte das Blei wie das Kupfer behandelt werden, auch das Superphosphat bedarf eines Zollschutzes. Der Zolltarif wird den Abschluß von Handelsverträgen nicht hindern. Im Gegenteil. Ich bin grundsätzlich für Minimalzölle und werde ihre möglichste Ausdehnung herbeizuführen suchen. Der Widerstand des Centralverbandes deutscher Industrieller ist mir verständlich. Wenn ich die Stimmung der Mehrheit des Reichstages richtig tagiere, so sind für die Minimalzölle für Getreide zu niedrig. Man sagt, die Mehrheit des Reichstages stellt nicht die Mehrheit der Wähler dar. Wahlen, bei denen die Schutzfrage im Vordergrund stand, haben immer eine Verklärung der Schutzfrage gebracht. In meinem Wahlkreise steht der mittlere und kleine Landbesitz geschlossen hinter den Forderungen auf Erhöhung der Getreidezölle. Die meisten und hervorragendsten Vertreter der Wissenschaft stehen auf dem Standpunkt des Schutzes der nationalen Arbeit. Der Brentano und den Vog überlasse ich Ihnen. Die Schutzpolitik ist keine hinterwäldnerische, sondern eine fortschrittliche Politik. Daß das Brot teurer werden wird nach Erhöhung der Zölle, ist gar nicht ausgemacht. Jedenfalls sind für den Arbeiter höherer Lohn und höhere Lebensmittelpreise von Vorteil. Warum hat denn die Genossen-Genossenschaft des Herrn Bebel, Herr Wiserand, die Schutzzölle nicht abgelehnt? Genossen des Herrn Bebel haben in der Deputiertenkammer für einen 8 Franc-Getreidezoll gestimmt. Jaurès hat sogar einen dem Antrag Kanitz ähnlichen Antrag gestellt. Jaurès hat einen Getreidezoll von über 200 Fr. für die Lonne verlangt und Bebel hat neulich die Forderung des Getreidezoll von 175 M. als das Unverschämteste und Schamloseste bezeichnet, was je ein Agrarier gefordert hat. Jaurès hat auch den Schutz der nationalen Arbeit proklamiert, ohne Chauvinismus zu zeigen. Er knüpft daran nur die Bedingung, daß das Ergebnis der Zölle den Arbeitern zu gute kommt. Genau so, wie das hier im Reichstage beabsichtigt wird, daß die Witwen- und Waisenversorgung durchgeföhrt wird. Die Socialdemokraten haben 1/2 Millionen Unterschriften aufgebracht für Petitionen. Wenn eine Deputation der Petenten hier den Verhandlungen beigegeben, ich bin überzeugt, die Mehrzahl der Petenten würden ihre Unterschriften wieder zurückgezogen haben. (Gelächter bei den Soc.) Das Verhalten der französischen Socialdemokraten beweist mir nur, daß die deutschen Socialdemokraten nicht die Interessen der Arbeiter vertreten. Ich hoffe, mit den Wilkowschen Handelsverträgen wird eine neue geistliche Vera für Deutschland eintreten. (Lebhafter Beifall rechts.)

Abg. Münch-Ferber (natl.):

Es ist ein eigentümliches Zusammentreffen, daß diese Verhandlungen in die schwere wirtschaftliche Krise fallen. Einen Teil der Schuld an dieser Krise haben die Caprivischen Handelsverträge. Sie haben uns in das unglückselige Verhältnis zu Amerika gebracht. Von Amerika droht uns die Hauptgefahr. Den amerikanischen Zollschranken gegenüber hatte Deutschland geradezu Kammergebäude errichtet. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Mehr als 1 1/2 Milliarden deutschen Geldes sind in der letzten Zeit auf Kammerniederungen nach Amerika gegangen. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Amerika sieht uns aus seiner Thür hinaus und wird von uns mit offenen Armen empfangen. Auch mit dem jetzigen Zolltarif können wir Amerika nicht zwingen, seine hohen Zölle erheblich herabzusetzen. Durch den Dingley-Tarif sind die Amerikaner überhaupt in der Weise gebunden, daß sie ihre Zölle um mehr als 20 Prozent gar nicht herabsetzen können. (Hört, hört! bei den Nationalliberalen.) Man wird uns dort erst respektieren, wenn wir sachgemäß und energisch auftreten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) — Was den Tarif selbst anlangt, so muß ich anerkennen, daß er eine sehr fleißige Arbeit darstellt. Im übrigen aber halte ich ihn für einen Vertragstypus für zu hoch mit Ausnahme der Getreidezölle, als autonomen Tarif für zu niedrig. — In der Agitation gegen den Zolltarif hat sich der Handelsvertrags-Verein besonders hervorgetan. Einer der Agitatoren dieses Vereins verlagte der Landwirtschaft jeden

Schutz, verlangt aber für seine Industrie, er ist Besitzer einer großen Hufschmiede, einen hohen Schutz Zoll. (Hört! hört! rechts.) In seiner Heimat wird er der Hutogruver genannt. (Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Ein anderer dieser Propheten des Handelsvertragsvereins belämpft ebenso die Landwirtschaft und verlangt für sich einen erhöhten Kupfer-, ein weiterer Herr einen hohen Baumwollzoll. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Ein solches Vorgehen charakterisiert die Agitation des Handelsvertragsvereins zur Genüge.

Ich stehe mit der großen Majorität meiner Freunde auf dem Standpunkt der Festlegung von Minimalzöllen für Getreide. Schwankungen des Getreidepreises sind im Weltpreise kaum noch wahrnehmbar. Wir dürfen uns der Verpflichtung zum Schutze der Landwirtschaft nicht entziehen. Die Syndikate pflegen in noch ganz anderer Weise die Preise zu distillieren, als man sie heute der Landwirtschaft sicherstellen möchte. Gegen die höchst bedenklichen monopolistischen Ausschreitungen der Syndikate müssen wir bei nächster Gelegenheit Vorkehrungen treffen. Während des böhmischen Kohlenstreiks wandten sich die sächsischen Großindustriellen an das westfälische Kohlenbündel mit der Bitte um Kohlenlieferung, wurden aber von diesem abgewiesen, weil es das Königreich Sachsen bespottet hätte. Unsere Industrie hat sich etwas zu rauh entwickelt; wir werden alle Kräfte anspannen müssen, um uns auf der jetzigen Höhe zu erhalten. Dazu ist erforderlich die Stärkung unserer Volkskraft durch den Schutz der Landwirtschaft und langfristige Handelsverträge. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Stolle (Soc.) (bei der herrschenden Unruhe sehr schwer verständlich):

Graf Posadowsky hat wiederholt behauptet, es seien bei den Vorbereitungen zum Zolltarif Vertreter aller Gewerbestände und auch der Konsumenten gehört. Welche Vertreter der Arbeiter sind denn gehört worden? Möge Graf Posadowsky doch die Namen der befragten Arbeiter nennen, bisher wissen wir nichts davon, daß man es für nötig gehalten hätte, auch Vertreter aus diesen Kreisen, die die große Majorität der Verbraucher darstellen, über ihre Stellung zum Zolltarif zu befragen. — Die jetzige Politik des Grafen Wilow steht im Gegensatz zu der Politik des früheren Reichszuglers Fürst Bismarck. Dieser verlangte nur einen mäßigen Schutz der einheimischen Arbeit, aber niemand wird die Sätze des vorliegenden Tarifs als mäßig bezeichnen wollen.

Gegenüber den immer wiederholten Klagen der Agrarier über die Not der Landwirtschaft stelle ich fest, daß in Sachen die Verträge aus dem Getreideverkauf in den letzten sieben Jahren viel höher gewesen sind, als in den Jahren vorhergehenden 7 Jahren. 17 Millionen Mark mehr wurden aus dem Verkauf des Getreides erzielt zur Zeit der jetzigen Zölle als in den sieben Jahren vorher. Da gedacht doch ein gewisser Rat — ich will nicht sagen Ehre, um nicht mit dem Präsidenten in Konflikt zu kommen (Heiterkeit) — ich sage, es gehört ein gewisser Rat dazu, diesen natürlich festgestellten Zahlen gegenüber noch von einer steigenden Not der Landwirtschaft zu sprechen. — Auch aus den sächsischen Einschätzungen der Ergebnisse der Landwirtschaft ergibt sich, daß von einer Not der Landwirtschaft nicht geredet werden kann. Wir haben in Sachsen ein sehr specialisiertes Einschätzungsverfahren; das Einkommen der Landwirtschaft wird nach Abzug aller Schuldingen usw. berechnet. Das landwirtschaftliche Einkommen in Sachsen betrug danach 1894 287 Millionen, 1895 288 Mill., 1896 293 Millionen, 1898 307 Millionen, 1899 318 Millionen, und 1900 war es wieder um mehr als 10 Millionen Mark gestiegen. Diese Einkommen werden festgestellt durch von den Gemeinden bestimmten Einschätzungskommissionen unter einem Regierungskommissar. Die Herren Landwirte rechnen ganz genau nach dem Pfennig; wenn sie nur um einen Groschen zu hoch eingeschätzt sind, so reklamieren sie. Ich wünsche, daß der Arbeiterstand mehr in derselben Weise vorgehe. Angesichts solcher Thatsachen muß man den Klagen der Landwirtschaft doch mit großem Zweifel gegenüberstehen. Der Bund der Landwirte hat eine Tabelle aufgemacht, in der die angeblich vermehrte Verschuldung von Grund und Boden mit Zahlen belegt ist. Die Herren vergessen dabei aber die Wertvermehrung des Bodens selbst. Der Versicherungswert sämtlicher landwirtschaftlicher Gebäude hat sich gegenüber 1883 um mehr als 1 Milliarde 26 Millionen, von 3 Milliarden 7 Millionen auf 4 Milliarden 33 Millionen vermehrt. In Sachen ist überall da, wo die Industrie vorherrscht, ist die Verschuldung größer als in demjenigen Bezirke, wo die Landwirtschaft überwiegt. In den rein landwirtschaftlichen Bezirken der Amtshauptmannschaft Döbeln und Borna beträgt die Verschuldung nur 21 resp. 20 Proz. Die Herren von der Rechten können also nicht behaupten, daß sie vor dem Zusammenbruch stehen. Auch die Zahl der landwirtschaftlichen Genossenschaften und Darlehnskassen ist in den letzten Jahren sehr erheblich gestiegen. Die Landwirtschaft klagt weiter über die Rentennot auf dem Lande. Dieses Uebel wird aber mit jeder Militärvorlage und jeder Einkstellung von 10 und 12 bis tausend Rekruten vermehrt. Schon mein Parteigenosse Bebel hat darauf hingewiesen, daß die Landwirtschaft gar nicht in der Lage ist, auch wenn sie es wollte, die überzähligen Arbeiter der Industrie bei sich unterzubringen. Früher wurden die Arbeiter noch das ganze Jahr hindurch im landwirtschaftlichen Betriebe beschäftigt. Heute bei der Vermehrung der maschinellen Kräfte in der Landwirtschaft werden die Leute 3 bis 4 Wochen an der Drechsmaschine beschäftigt und dann entlassen. Dadurch werden sie in die Städte getrieben und wenn die Industrie nicht mehr aufnahmefähig ist, tritt die Arbeitslosigkeit ein. Gerade jetzt haben wir ja in einer Zeit der Krisis. Die Agrarier behaupten, sie wollten die Löhne der Arbeiter erhöhen, wenn der Zoll durchginge. Bisher haben weder Sie noch die Regierung Ihre Arbeiterfreundlichkeit bewiesen. Ich erinnere Sie an den Kohlenarbeiterstreik in Juidau; damals haben die Abgesandten der sächsischen Regierung nicht mit den Arbeitern konferiert, sondern mit den Kohlenaktionären. Gewiß, kein Engel ist so rein wie die Herren Agrarier. Auf dem landwirtschaftlichen Verbandstag in Slettin haben sie für ihre Genossenschaften staatliche Subventionen verlangt, aber den Arbeiter-Kommunvereinen gegenüber sind es gerade die Herren der Rechten, die sie mit Umsatzsteuern belasten. Das nennen Sie Arbeiterfreundlichkeit. Dort wurde auch gesagt, die Landwirte müßten sich centralisieren, damit sie die Preisbildung in die Hand bekommen. Darauf geht Ihr Streben hinaus, auf den Hunger des Volkes spekulieren Sie, aushungern wollen Sie den armen Mann. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Bei der Flottenvorlage haben wir seiner Zeit im § 8 die Bestimmung aufgenommen, daß die Lasten aus dieser Vorlage nicht durch indirekte Steuern, die die großen Massen des Volkes belasten, aufgenommen werden dürfen. Gerade die Herren des Centrums haben für diesen Paragraphen gestimmt; jetzt aber stimmen sie für den 5 Mark-Zoll, der den großen Massen des arbeitenden Volkes das Brot verteuert. Nun, wir werden Ihren Wählern schon die Augen öffnen darüber, wie es mit Ihrer Arbeiterfreundlichkeit in Wirklichkeit steht.

Die 1/2 Millionen-Petition, die von socialdemokratischer Seite eingereicht worden ist, ist in vielen Dörfern von jedermann unterschrieben worden. In einem sächsischen Wahlkreis, der 88000 Wähler hat, sind auch 88000 Unterschriften der Petition abgegeben worden. In manchen Ortschaften haben sämtliche Bauern die Petition gegen die Getreidezölle unterschrieben.

Der sächsische Bundesratsbevollmächtigte Dr. von Mehly hat die Vorlage der Landwirtschaft bereitwillig anerkannt, aber das Bestehen eines Arbeiter-Rotstandes in Sachsen gedeutet. Besonders auch in Dresden, im Erzgebirge und im Vogtlande soll nach den Informationen des Ministers ein Rotstand

nicht vorhanden sein. In Wirklichkeit besteht seit geraumer Zeit in manchen Kreisen nicht nur ein vorübergehender, sondern ein dauernder Rotstand. In Zeiten billiger Getreidepreise ist die Sterblichkeitsziffer regelmäßig bedeutend geringer als in Zeiten hoher Getreidepreise, und wenn Sie die Hungerzölle annehmen, so werden Sie nicht nur Hunger und Elend erzeugen, sondern auch noch die Sterblichkeitsverhältnisse der Bevölkerung in ungünstigster Weise beeinflussen. (Beifall bei den Socialdemokraten.)

Abg. Klinger (Chr.):

tritt im Interesse der sächsischen Bauern für höhere Gersten- und Hopfenzölle ein. Das Brot wird auch unter dem höheren Zoll nicht teurer werden. Der Zoll ist überhaupt auf die Bierverhältnisse keinen besonderen Einfluß aus (Heiterkeit). Die größten Brauereien sind unsere ärgsten Gegner. Aber die Brauerei ist doch ein ganz lukratives Gewerbe, die Pöyner Brauerei hat im letzten Jahre 12 Proz. Dividenden verteilt, Brauerei Pfefferberg 13 Proz. und die Schultze-Brauerei 14 Proz. (Heiterkeit). Wir verlangen einen gleichmäßig hohen Zoll für alle vier Getreidesorten und für Hopfen einen Minimalzoll von 7 M. Auch der Zoll für Gerste müßte ebenso hoch eingesetzt werden. Wessen Sie mir aufmerksam die Verhandlungen der bayerischen Kammer, da werden Sie finden, daß auch die katholischen Arbeiter ein großes Interesse daran haben, daß es den Bauern nicht schlecht geht. Ich muß das sehr laut sagen, sonst heißt es nachher wieder im Bericht des „Vorwärts“, der niederbayerische Abgeordnete Klinger hat eine verwirrte und unverständliche Rede gehalten. (Stimmliche Heiterkeit.)

In dem betreffenden Bericht des „Vorwärts“ war der Abgeordnete Klinger mit dem Abgeordneten Ved-Vischach (C.) verwechselt worden, dessen Rede auf der Tribüne vollkommen unverständlich blieb.)

Herr Stolle kennt die Verhältnisse der Bauern nicht, wenn er ihre zunehmende Verschuldung bestreitet. (Sehr richtig! rechts.) Heute leidet dem Bauern kein Mensch mehr etwas. Wenn Sie die höheren Zölle nicht bewilligen, dann muß der Bauernstand zu Grunde gehen. Allein das wollen Sie doch nicht, drum möcht ich bitten, daß wir alle miteinander zusammensetzen zum Schutze der Bauern. (Große Heiterkeit, Bravo! rechts.)

Abg. Falser (natl.):

tritt für erhöhten Schutz der Mühlenindustrie ein. Auch auf die Viehzucht muß besonders Rücksicht genommen werden. Geschicht das nicht, so geht die ganze kleine und mittlere Landwirtschaft dem Ruin entgegen. Ich hoffe, daß man in der Kommission die Interessen der Landwirtschaft und der Industrie in gleicher Weise wahren wird, dann werden Sie auch das kleine Handwerk und den Mittelstand am besten schützen. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Abg. Köstke (natl.):

Wir sind Gegner der erhöhten Getreidezölle, weil die ohnehin schlechte Lebenslage der Arbeiter dadurch noch mehr belastet wird. Ein schlechterer Tarifarbeiter hat heute ein Durchschnittseinkommen von 494 M., ein Tabakarbeiter ein Durchschnittseinkommen von 534 M. (Hört! hört! links.) Sie werden zugeben, daß diese Arbeiter eine Mehrbelastung nur dadurch ertragen können, daß sie ihren Konsum einschränken. Dadurch wird eine Verminderung der Produktion herbeigeföhrt und hierdurch wieder die Arbeitslosigkeit vermehrt. (Sehr richtig! links.) — Graf Posadowsky behauptete ja heute rein akademisch zu sprechen, er hat aber doch viel mehr Verbindungen nach rechts als nach links gemacht. (Sehr richtig! links.) Er hätte die Opposition von der rechten Seite aus ebenso scharf verurteilen müssen, wie er die Opposition der Linken zurückwies. Graf Posadowsky hat die Schutz Zoll-Politik von 1879 mit der jetzigen verglichen. Damals aber handelte es sich in der Hauptsache um Finanzzölle, heute dagegen um Schutzzölle, und zwar sehr hohe Schutzzölle. Die Gesamtentwicklung Deutschlands in wirtschaftlicher Beziehung ist überhaupt nicht in der Weise auf die Schutz Zoll-Politik von 1879 zurückzuführen, wie Graf Posadowsky dies behauptet hat. Vielmehr ist der wirtschaftliche Aufschwung erfolgt trotz der Schutzzölle, nicht wegen derselben. Wenn wir jetzt den neuen Schutz Zoll-Tarif ablehnen, so kann ja die Regierung auf Grund des alten Zolltarifs neue Handelsverträge abschließen. Wir alle erkennen an, daß die Zollverhältnisse mit Amerika nicht gerade angenehm; um wie viel lästiger werden diese Verhältnisse unter dem neuen Zolltarif sein, der ja für Amerika ungünstiger ist als der bisherige. Graf Posadowsky hat erklärt, die Regierung werde, wenn sie mit Minimalzöllen keine Handelsverträge abschließen könne, bei den Handelsverträgen eventuell eingezogen sein, unter die Minimalzölle hinunterzugehen. Nun, so soll man die Minimalzölle doch lieber überhaupt fallen lassen; dann würden wir in der Verständigung einen wesentlichen Schritt weiter gekommen sein. Durch diese Erklärung des Grafen Posadowsky in öffentlicher Sitzung hat ja nun auch das Ausland erfahren, daß die Minimalzölle eigentlich gar keine Minimalzölle sind, daß man auch unter sie heruntergehen kann. (Sehr richtig! links. Unruhe rechts.) Doch durch erhöhte Getreidezölle die Kaufkraft der Landwirtschaft gehoben wird, ist zweifellos; aber eine Steigerung der Lebenshaltung der Arbeiter durch die Zölle vermag ich nicht anzuerkennen. Die Arbeiter erhalten nicht freiwillig von den Arbeitgebern; sie müssen sich alles selbst erkämpfen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Die Großgrundbesitzer aber würden eine Steigerung des Gewinnes erhalten, die sie sich direkt zu fordern wohl scheuen würden. Abg. Sped hat von einer Sitzung des Wirtschaftlichen Ausschusses gesprochen, der ich beigegeben habe und aus der Mitteilungen trotz der Vertraulichkeit der Verhandlungen in die Öffentlichkeit gelangt seien. Herr Sped hat mir damit indirekt einen Vertrauensbruch vorgeworfen; ich habe aber nur an einigen Sitzungen des Wirtschaftlichen Ausschusses teilgenommen, nachdem mir vom Geheimrat Müller auf meine Anfrage anheimgestellt war, ob ich die Verhandlungen als vertraulich betrachten oder in den weiteren Kreisen meiner Berufsgenossen bekannt machen wolle. Wenn überall ähnlich verfahren wäre, so hätte die ganze Geheimniskammer ein Ende gehabt. (Sehr richtig! bei den Soc.) Ich muß bestätigen, daß in gewissen Fällen ein Umstern zu höheren Zöllen stattgefunden hat. Von einer Unparteilichkeit aber kann schon deswegen keine Rede sein, als die Herren doch ihre eigenen Interessen zu vertreten hatten. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Im Wirtschaftlichen Ausschusse waren vertreten 11 Landwirte, 10 Mitglieder des Centralverbandes deutscher Industrieller, also im ganzen 21 Hochschutzzöllner; diesen standen nur 9 Industrielle und Vertreter des Handels gegenüber, bei denen die Sache zweifelhaft war. Die Konsumenten wurden ganz übergangen. Das ist doch ein parteiisches Vorgehen seitens der Regierung!

Was den Einfluß der Zollveränderungen auf die Brauereien anlangt, so würden die von den Abgg. Sped und Klinger befürworteten Gerste- und Hopfenzölle die Kosten des Unternehmens, an dessen Spitze ich stehe, um 1200000 bis 1600000 M. erhöhen. Es wird dann entweder der Bierpreis erhöht, oder es werden durch die Zoll-Erhöhungen eine Masse kleiner Brauereien zu Grunde gehen. Mein Unternehmen wird dann den Abgang einer Anzahl kleiner Brauereien mit übernehmen und sich dadurch schadlos halten. Das ist die Folge der Politik jener Herren, die immer die Mittelstands-Interessen zu vertreten behaupten. Schon heute gehen immer mehr kleine Brauereien ein zu Gunsten der Großbrauereien; vor allem ist dies in Bayern der Fall. Bei einem Hopfenzoll von 6 Mark wird der kleine Brauer mit etwa 3000 Mark belastet. Ist es gerecht, dem kleinen Brauer diese Ausgabe aufzuzahlen, um den kleinen Bauern davon zu entlassen, bloß weil der letztere in Ihrem Wahlkreise die Majorität bildet? (Sehr gut! links.) Die Ausfuhr des Hopfens übertrifft drei- bis viermal die Einfuhr (Widerstand des Abg. Klinger). Ja, Herr Klinger, ich werde Gelegenheit nehmen, Ihnen das noch persönlicher genauer auseinanderzusetzen. (Heiterkeit.) Das Ausland wird also ohne Zweifel seine Hopfenzölle mindestens so hoch

ehen, wie wir die unsrigen. — Ich komme zum Schluss. (Bravo! rechts.) Ja, meine Herren, ich würde Ihnen noch viel erzählen. (Große Heiterkeit.) Sie wollen ja immer, daß von der Landwirtschaft nur Sachverständige sprechen, da müssen Sie auch dulden, daß ich als Sachverständiger des Brauergewerbes den Angriffen auf die Brauer entgegenstehe. — Mein Freund Padmide hatte sehr recht: Wir haben eine Regierung, aber sie regiert nicht, wer regiert das sind die Agrarier, der Bund der Landwirte (Lärm rechts). Ich erkenne ja Ihre Leistung an, aber wir müssen uns dagegen wehren, wir wollen die Regierung frei machen von Ihrem Einfluß, damit sie in der Lage ist, die Gesamtinteressen der Bevölkerung zu vertreten. (Lebhaftes Bravo! links, Rufe rechts.)

Abg. Schwarz-München (v. L. Fr.) bleibt auf der Tribüne vollkommen inderständig, da er denselben den Rücken kehrt. Redner scheint sich gegen die Getreidezölle zu erklären und Bismarck dagegen einzulegen, daß man die Zölle zu Säckenböden für die Brotverfeuerung macht.

Damit schließt die erste Beratung des Zolltarifgesetzes.

Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Speck (C.) betont, daß es ihm durchaus ferngelegen habe, dem Abg. Köfide einen Vertrauensbruch vorzuwerfen.

Abg. Dr. Certeil (L.): Herr Köfide hat in seiner sanften Nebenwärtigen Weise, die seinen Wesen das Gepräge giebt (Heiterkeit), sich heute mit mir persönlich längere Zeit beschäftigt. Ich habe meine Wortmeldung zurückgezogen, um die Erörterungen nicht über ihre bisherigen bescheidenen Grenzen auszudehnen (Heiterkeit), werde

ihm aber bei nächster Gelegenheit mit annähernd gleicher Lebendwürdigkeit antworten.

Präsident Graf Ballestrem: Graf Schwerin-Idwig hat beantragt, den Zolltarif-Gesetz einer Kommission von 28 Mitgliedern zu überweisen. Ein anderer Antrag ist mir nicht zu Ohren gekommen. Ich darf daher annehmen, daß das Haus einstimmig diesen Antrag zustimmt.

Abg. Fischbeck (fr. Ep.) zur Geschäftsordnung: Herr Präsident, ich möchte nicht die Auffassung aufkommen lassen, als ob meine politischen Freunde mit der Verweisung dieses Zolltarifs an eine Kommission einverstanden wären. Meine Freunde halten diese Vorlage einer Kommissionsberatung nicht für wert.

Präsident Graf Ballestrem: Das ist nicht mehr zur Geschäftsordnung. Das ist zur Sache. (Widerpruch Fischbeck.) Da Widerspruch erhoben wird, werde ich abstimmen lassen. Die Verweisung des Zolltarifs an eine Kommission wird mit sämtlichen Stimmen gegen die der freisinnigen Volkspartei angenommen. (Stärkliche Heiterkeit rechts.)

Präsident Graf Ballestrem: Es ist eine Interpellation des Abg. Graf Oriola (natl.), betr. die Revision der Militärpensionsgesetze, eingelaufen. Ich werde dem Wunsche des Interpellanten entsprechend diese Interpellation auf eine der nächsten Tagesordnungen des Jannar legen.

Eine weitere Interpellation des Genossen Albrachi (Soc.) und Genossen hat folgenden Wortlaut: Welche Maßnahmen gedenkt der Reichszentralrat zu ergreifen, um den Folgen der wirtschaftlichen Krise, wie sie in Betriebs-

beschränkungen, Lohnfällungen und Arbeiterentlassungen sich bemerkbar machen, zu begegnen und der Bevölkerung in der Volkswirtschaft entgegenzutreten?

Auch diese Interpellation wird nach dem Wunsche der Interpellanten alsbald im Jannar auf die Tagesordnung kommen.

Der Präsident bekennt die nächste Sitzung auf Mittwoch, den 8. Jannar 1902, nachmittags 2 Uhr, mit der Tagesordnung: Erste Beratung des Etats, an.

Zur Tagesordnung bemerkt Abg. Dr. Gasse (natl.): Ich widerspreche dem Vorschlage des Präsidenten nicht, möchte aber feststellen, daß es dadurch unmöglich sein wird, schon vor Weihnachten die erste Lesung des Etats vorzunehmen. Welchen Eindruck dies im Lande machen wird, will ich nicht erörtern. Ich möchte aber ausdrücken, daß es dadurch auch unmöglich sein wird, einige politische Tagesfragen zu behandeln, die ich gerne schon jetzt vor Weihnachten besprochen gesehen hätte. Ich erinnere nur an die Namen Chamberlain, Lebhaftes Bravo bei den Antisemiten und den Namen des unglücklichen Ministerpräsidenten Zell, mit dem ich mich auch gern jetzt beschäftigen hätte. (Erneutes Bravo! bei den Antisemiten.)

Präsident Graf Ballestrem: Ein Widerspruch gegen die Tagesordnung wird nicht erhoben: Sie steht fest.

(Die Abgeordneten beginnen sich zu entfernen.) Präsident Graf Ballestrem: Meine Herren, ehe ich die Sitzung schlicke, möchte ich Ihnen allen noch ein frohliches, gescheitertes Weihnachtsglück und ein recht glückliches Neujahr wünschen. (Bravo! und Rufe: gleichfalls.) Ich schlicke die Sitzung. Schluß der Sitzung 6 1/2 Uhr.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

Theater.

Freitag, 13. Dezember.
Opernhaus. Die Hugenotten. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schauspielhaus. Die schöne Melusine. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Rosenmontag. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Die rote Robe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Festung. Die lieben Feinde. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Sein Doppelgänger. Vorher: English spoken. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Coralle u. Co. Anfang 7 1/2 Uhr.
Weihen. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionsbühne. Dellek's Stimmens-Bundes-Breitl. Anfang 8 Uhr.
G. v. Wolzogens Bunte Theater (Weberdresch). Anfang 8 Uhr.
Schall und Rauch. Vorführung. Anfang 8 1/2 Uhr.
Central. Die Suppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia. Die Badepuppe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Suisen. Kadale und Liebe. Anfang 8 Uhr.
Carl Welck. Diane, die zweite Frau. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Mennoch-Gullus. Pariser Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Belle-Alliance. Rein Ohsang. Anfang 8 Uhr.
Cassio. Theater. Weihnachten. Mädchenjäger. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Cryphus. Spezialitäten-Vorführung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Schön war's doch. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorführung. König Aqua. Lustballett „Origo-laris“. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorführung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorführung.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Falsch. Spezialitäten-Vorführung. Großbader. Anfang 8 Uhr.
Irania. Landensir. 15/19. (Zum Theaterfoal.) Abends 8 Uhr: „Ueber den Wolken“.
Invalidenstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Ueber den Wolken
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panoptikum.
Neu! Der indische Neu!
Doppelmensch!
4 Arme, 4 Beine, 1 Kopf, lebend.

Castans Panoptikum.
Neu! — Neu!
Das neueste Wunder
der Elektrizität:
Vorführung d. Telegraphie
ohne Draht.
Vorstellungen von 11 bis
1 Uhr und 4—10 Uhr.

Sanssouci

Kottbuserstr. 4 n.
Jeden Sonntag,
Montag und Donnerstag
Kottmanns
Norddeutsche Sänger
Nach jeder Solire: Tanz.
Neu! Neu! Neu!
Rehmanns Heimkehr.
Entrée 50 und 75 Pf. Wochen-
tag 8 Uhr, Entrée 30 u. 50 Pf.
Wochentags Vereinsbillets gültig
und Tanz frei. Alle anderen Tage
bleiben die Plätze zu Festlichkeiten
und Besinnungsfest.

Cirkus A. Schumann.

Freitag, den 13. Dezember, abends
präc. 7 1/2 Uhr:
Zum 62. Mal:
Abendlich kühnster Versuch!
Quer durch Paris
(A Travers Paris).
Schlußact: Nordseebad Scheveningen
Größe und stanzende Kunststücke
und Wasser-Bontomime in 8 Akten.
Vorher ganz exquisites Programm,
sonstige Kunterbunt (samt Clownen
und Kugeln mit ihren neuesten
Entwürfen und Intermezzen. Direktor
Albert Schumanns neueste Original-
Produktion. Neu! Neu!
Zum erstenmal auf dem Kontinent:
The Louisiana Amazon-Guard
Schwarze Damen aus dem Staat
Louisiana, darunter die schwarze Patl.
Mr. Thompsons
vollständig neue
Elefanten-Nummer.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Freitagabend 8 Uhr:
Die schöne Melusine.
Märchen-Drama in 4 Aufzügen von
Georg Heide.
Sonnenabend 8 Uhr:
Lysanders Mädchen.
Operette:
Die Komödie der Irrungen.
Sonntag nachmittag 3 Uhr:
Jugend.
Sonntagabend 8 Uhr:
Helmat.

Central-Theater.

Heute Anfang 7 1/2 Uhr zum 200. Mal:
Jubiläum-Vorstellung:
Die Puppe.
Operette in 3 Akten von G. Kadran.
Sonnenabend: 2 Vorstellungen, nach-
mittags 4 Uhr, halbe Preise; jeder
Erwachsene 1 Kind frei: Schwestern
und die 7 Söhne.

Thalia-Theater.

Dresdenerstr. 72/73.
Heute und folgende Tage:
Die Badepuppe.
Große Kunstausstellung mit Gesang
und Tanz in 3 Akten.
Paula Worm u. G. Guido Thielscher,
Helmerding, Junkermann, Paul Müller,
Wannowius, Junker-Schatz. Anfang
7 1/2 Uhr.
Sonntag, den 15. Dezember, nach-
mittags 3 Uhr, halbe Preise: Die
drei Gaulemannchen.

Carl Weiss-Theater.

Große Franzosenstr. 132.
Volks-Vorstellung. Parfett
60 Pf. (Kleine Preise):
Liane, die zweite Frau.
Anfang 8 Uhr.
Ab 25. Dezember: Operetten-Saison.

Schall und Rauch.

Unter den Linden 44.
Freitag, den 13. Dezember 1901,
abends 8 1/2 Uhr:
Vorstellung vor Sonnenaufgange.
Morgen u. die folgenden Tage:
Dieselbe Vorstellung.

Metropol-Theater.

Vorletzte Woche:
Schön war's doch.
Gr. Berliner Ausstattungssoppe
mit Gesang u. Tanz in 5 Bildern.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater.

Kolossaler Erfolg der Burleske
König Aqua
mit
Georg Kaiser, Willy Walden,
Emil Richard, Arnold Rieck,
Emmy Kröchert.
Ferner die vorzüglichen Spezialitäten.
Anf. 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.

E. von Wolzogens

Bunte Theater (Debarth)
König Aqua. S. Kawakami
Geschichtsbild aus dem Kaufmann
von Venedig, in japanischer Um-
dichtung.
Vorführung des Bunte Theaters.
U. a.: Der Hunderschmeißer von
Kanon Alnerheimer; Der Nacht-
wandler. Kunst von R. Schönborg;
Braunauer, Kunst von R. Schönborg;
Das rote Schloß von R. Schönborg.
Anfang 8 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.

An der Spandauer Brücke 3.
Vornehmst. Vergnügungsort!
Täglich: Internationale
Konzerte.
Spezialität: Doppel-Vorstellung
von nur erstklassigen Kräften.
**Special-Ausschank der
Berliner Bock-Brauerei.**
Vorzügliche Küche.
Gut gepflegte Biere.

Cirkus Renz-Konzert-Tunnel

Karlstrasse.
Wochentags 7 Uhr. Nur erstklassige
Sonntags 5 Uhr. Spezialitäten. J. M. Hatt.
Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanz ohne Nachzahlung.

Die richtige, wirkliche, grosse

Weihnachts-Messe u. Ausstellung
Luisenhof, Dresdenerstr. 84/85
Ist eröffnet!!
Im prachtvollen, weihnachtlich decorierten Ausstellungs-Bauwerk
kauft jedermann billigst und amüsiert sich köstlich!
Hört! Seht! 6 intern. Kapellen, 3 Karnevals, Erste Pan-
orama, Panoptikum, Vorführung fremder
Völker, dreifache Feldhosen und Regen, Varietés mit ersten
Kräften, Automaten-Ausstellung, Illusionen, China, Boeren-
fische unter Leitung von Obm. Krüger, Malolinos, Räuber-
höhle, Schießbänke, Kaspartheater, Olympia-Billard
und vieles andre!
!Verkaufs-Centrale für Weihnachtsartikel!
Geöffnet vormittags 10 bis abend 11 Uhr,
auch Sonn- u. Feiertag! Entrée 10 Pf.
Bis 3 Uhr nachmittag Entrée frei! Direction: O. Kranz.

Orpheus-Theater.

Friedrichstr. 236.
Das neue
Dezember-Programm.
28 internationale
Künstler ersten Ranges.
Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

(früher Jen-Palast)
Surgstr. 22.
Direction: Winkler u. Fröbel.
Ganz Berlin ladet!
und amüsiert sich! über das
neue riesengroße
Dezember-Programm.
Am 9. Uhr
die allabendlich mit tollstem
Beifall angeführte erfolgreiche
Anhaltungs-Weltempfänger
Großstadtzauber
Dugo Lufitz: Director R. Winkler.
Anfang 8 Uhr. Entrée 50 Pf.
Billet-Vorverkauf d. 11—1 Uhr.

Cirkus Busch

Freitag, den 13. Dezbr., abds. 7 1/2 Uhr:
„Klondike“, Original-Bontomime
des Cirkus Busch.

Passage-Theater.

Anfang: Sonntags 8, Wochen-
tags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.
**Grosses Festprogramm
des Weihnachtsmonats.**
Mme. Jourda
in ihrer grossartig. Imitation
der Sada Yacco.
Die Harrison-Truppe.
Hella v. Schmidt, Lotte Sebus,
Sisters Pontelli.
„Mascagni“ etc. etc.
16 neue erstklass. Nummern.

Casino-Theater.

Vollringstr. 37.
Neu! Das Volksstück
„Weihnachten“.
Neu! Die Gesangsoppe: „Mädchen-
jäger“, Sen. Evr. Brog. Corradini.
Anf. 8 Uhr. Sonnt. 7 1/2 Uhr.
Sonntag nachmittag 5 Uhr: Ver-
lorene Cyre.

Reichshallen.

Stettiner Sänger.
Zum Schluss: Neu!
O Tannebaum!
Anfang 8 Uhr.
Sonntag 7 Uhr

W. Noacks Theater.

Brunnenstr. 16.
Die beiden Waisen.
Volksschauspiel
in 5 Akten von J. Drensdorf.
Sonnenabend:
Mit vollen Segeln.

Gelegenheitskäufe!

Paletots, Koffermäntel, Joppen,
Gelen, Herren- und Knaben-Knäcke,
Koffer, Opengläser, Teppiche, Kessel,
Kensel, Leinwand, Goldschmuck,
Uhren, Ketten, Ringe, Regulatoren,
Reisezeuge, Garnituren, Wägen,
Sitteln usw. 270000
zu spottbilligen Preisen.
Gustav Lucke,
Berlin, 131 Oranienstr. 131.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.
Bureau: 50, Engelstr. 15 (Gewerkschaftshaus). Fernspr.: Amt 7 Nr. 3268.
Bezirk Moabit.
Sonntag, den 15. Dezember, vorm. 10 1/2 Uhr, bei Schöbeler, Stromstr. 28:
Bezirks-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn Salved Ranasse über „Der Kampf um
Dasein“. 2. Diskussion. 3. Bericht der Bericht-Kontrollkommission und
Rechnungsbereit. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Beschiedenes.
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
132/3 Die Ortsverwaltung.

Achtung, Einsetzer!

Sonntag, den 15. Dezember, Abends die Bezirks-
Sitzungen in den bestimmten Localen vormittags von 10—12 Uhr statt.
Zu regem Besuch ladet ein Die Kommission.

Central-Verband der Zimmerer

Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 10 Uhr,
in den Armirenhallen, Noumandantenstr. 20:
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn G. G. über „Das Wesen des Klassenkampfes“.
2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches.
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen
der Mitglieder unbedingt erforderlich.
255/11 Der Vorstand.

Steinarbeiter!

Sonntag, den 15. Dezember, nachmittags 1 Uhr,
im Englischen Garten, Alexandersir. 27c:
Öffentliche Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Zahlreiches Besuch erwartet.
192/10 Der Vertrauensmann.

Verein der Zimmerer

Berlins und Umgegend.
Sonntag, 15. Dezember 1901, vormittags 10 Uhr,
bei Cohn, Bentstr. 20, I (gr. Saal):
Mitglieder-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Gewerkschaftliches. 2. Vortrag über Technische Vorschläge zur
„Hilfsreform“. Referent: Genosse Ingenieur G. r. z. u. p. e. 3. Diskussion.
4. Vereinsangelegenheiten.
Es erwartet zahlreiches und pünktliches Erscheinen der Mitglieder
258/6 Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin.

(E. H. Nr. 89.)
Sonnenabend, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, bei Lipke, Reichstr. 15:
Ordentliche Generalversammlung.
Wahl des Vorstandes für 1902; Bilanzabgabe zum Weihnachts-Be-
grüßen am 1. Feiertag in Herrn Max Schudlers Bescheiden. Gasten-
beide 21.
Das Quittungsbuch legitimiert. 201/4
Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Bretterträger u. Brettschneider!

Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr, Holzmarktstr. 72:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Renwahl des gesamteten Vorstandes sowie der Revisoren und Hilfs-
fasser. 2. Vereinsangelegenheiten und Beschiedenes. 84/20
Billet zum Abendball werden ausgeben. F. Krüger.

Betriebs-Werkstätte für Knaben-Konfektion.

Gustav Laaser, Brunnenstr. 84.
Knaben-Anzüge und Paletos in grösster Auswahl
zu Engros-Preisen. 77670
Anfertigung nach Maß in kürzester Zeit. Großes Stofflager.

Charlottenburg.

H. Schmerberg 24052
Wilmsdorfer-Str. 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren
und Goldwaren zu
äußerst billigen Preisen.
Optische Arbeit. Christfest
werden schmerzlos gelöst.
**Hirschfleisch 30, 40 Pf.,
50 Pf.**
Hasen 3.25, geflügel 3.75.
Große Kaninchen.
Oderbruch-Gänse 55 und
60 Pf.
Gänse, Enten, Tauben.
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

Patentanwalt Dammann,

Horstplatz 57.
Kundens bis abends neun. 7872
Herren-Kragen,
rein leinen, garantiert 1 Lad,
sämtliche neue Fassons, in allen Weiten
Stück 15 Pf., so lange der Vorrat
reicht.
Geschlossene Kragen
per Dutzend 3 M. u. 3 M. 50 Pf.
Manschetten, prima, garantiert 4fach,
1 1/2 Dutzend 2,25 Mark,
Oberhemden, Servietten, Kra-
watten in größter Auswahl. Tri-
kotagen, Strümpfe, Detailverkauf
zu Engrospreisen. 2942L
Ernst Marcuse, Münzstr. 23.

Partei-Nachrichten.

Brotwucher und Kriegervereine.

Ein Kriegerverein darf nicht um billiges Brot petitionieren; das könnte die agrarischen „Herren Kameraden“ unwirksam machen. So wurde in Fern-Neuendorf (Kreisgericht Jossen) ein Mann aus dem dortigen Kriegerverein durch Vorstandsbeschluss ausgeschlossen, weil er die Petition gegen den Brotwucher unterschrieben hat. Ob die Vorstandsmitglieder des Vereins selbst Großgrundbesitzer sind oder ob sie zu denen gehören, die aus — Harnlosigkeit mit Verachtung zu ihren agrarischen Ausbeutern aufblicken, selbst wenn sie laum im Stande sind, ihre Kinder zu sättigen, das konnten wir nicht in Erfahrung bringen.

Es wäre von großem Interesse, wenn der Ausschlossene von seinem Rechte der Berufung an die Generalversammlung Gebrauch machte, wie ihm dies in dem Ausschlussbeschluss freigestellt wird. Er hätte dann die beste Gelegenheit, die versammelten Krieger mit den Gründen bekannt zu machen, die ihn veranlassen, eine Petition gegen den Brotwucher zu unterschreiben und wenn er das geschickt anfängt, dann — nehmen sich vielleicht einige der Kriegerkameraden vor, bei nächster Gelegenheit ihre Stimme ebenfalls gegen den Brotwucher zu erheben.

Ein sozialdemokratischer Stadtverordneter in Finnland. Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Helsingfors wurde der Kandidat der Sozialdemokratie, Maurer A. Johanson gewählt. Er ist der erste Sozialdemokrat, der in Finnland in einer öffentlichen Korporation Sitz und Stimme erhält.

„Karbafen“, das satirische Wochenblatt der schwedischen Sozialdemokraten wurde in Finnland und Rußland konfisziert.

Politikalisches, Gerichtliches usw.

— In der „Leipziger Volks-Zeitung“ waren seiner Zeit eine Anzahl Stuccateure mit Namen genannt worden, die wegen Beitritt zur Freien Vereinigung der Stuccateure aus dem Central-Verband ausgeschlossen worden waren. Die Liste war dem Central-Verband schriftlich übergeben worden, dem Stuccateur Worms, zur Veröffentlichung übergeben worden.

Die Stuccateure Schier, Klein und Gebhardt fühlten sich durch die Namensnennung beleidigt und stellten Strafantrag gegen Worms und den verantwortlichen Redacteur der Leipziger Volks-Zeitung, Genossen Pollender. Die Staatsanwaltschaft übernahm die Strafverfolgung im öffentlichen Interesse und das Gericht verurteilte Pollender zu 100 M. und Worms zu 60 M. Geldstrafe.

— Polizei und Auarier sind es, die an der sozialdemokratischen Presse am wenigsten Freude haben. Dafür wird unsere Königsberger Parteiblätter jetzt wieder ein Beweis geliefert. Nicht weniger als fünf Verleumdungsprozesse schweben zur Zeit gegen das Blatt. Verleumdigt sollen sein ein Mittergutsbesitzer, drei Polizisten, ein Kandidat und ein Polizeipräsident.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Schraubendreher! Die Kollegen der Firma Stelzner, Große Frankfurterstraße, haben wegen großer Unzufriedenheit die Arbeit niedergelegt. Jung fernhalten. Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Steinfeyer. Die Differenzen in Stettin haben inzwischen größeren Umfang angenommen und es ist nicht unwahrscheinlich, daß — wenn nicht bald eintretendes Frostwetter den Arbeiten ein Ende macht — die Differenzen sich zu einer vollständigen Aussperrung der organisierten, d. h. sämtlichen, Steinfeyer und Hammer ausweiten. Schon haben die Firmen Kleis und A. R. Ladwig diejenigen ihrer Leute ausgesperrt, die sich geweigert haben, Arbeiten des Unternehmers Schütze auszuführen, der sich bekanntlich die Vermittlung der Organisation zur Aufgabe gestellt hat. Derselbe hat auch schon, allerdings erfolglos, versucht, seine sämtlichen Zimmungs-Kollegen zu einer allgemeinen Vohrüberlegung zu bewegen. Sogar die Rührheit hat der Herr schon befehlen, von den städtischen Behörden einen Aufschub für seine Arbeiten zu erlangen. Bis jetzt freilich auch noch ohne Erfolg. Zugang ist fernzuhalten.

Das Harburger Gewerkschaftskartell wählte in seiner letzten Sitzung den Genossen Karl Müller aus Harburg mit 29 gegen 18 Stimmen, von denen 10 auf Genossen Dittmann, Bremerhaven und 6 auf Genossen Riendorf, Altona entfielen, zum Arbeitersekretär. Das Sekretariat wird am 1. April 1902 eröffnet werden.

Die Düsseldorf Metallarbeiter beschloßen definitiv, vom 1. Januar 1902 an ein eigenes Bureau einzurichten. Als Beamter in dasselbe wurde Heinrich Schweizer gewählt.

Verwiegte Geschäftsleute sind offenbar nach ihrer eignen Ueberzeugung die Inhaber der Firma Thissen u. Komp. in Wilhelm a. d. Ruhr. Während anerkanntermaßen eine große Anzahl von Betriebsinhabern in der gegenwärtigen Krise so viel soziales Empfinden zeigt, durch Verkürzung der Arbeitszeit unter Verbeibehaltung des alten Stundenlohnes ihre Arbeiter vor der direkten Arbeitslosigkeit zu schützen, zählen die Inhaber obiger Firma nicht nur zu den Kapitalisten, welche den Augenblick für Lohnkürzungen gekommen zu sehen glauben, sondern sie „benutzen die Konjunktur“ ganz ungehört, auch die Arbeitszeit zu verlängern, und so auf ihre Weise zur Vermehrung der Arbeitslosigkeit beitragen. Diese „rechnenden Geschäftsleute“ erleiden folgenden Uts:

Bekanntmachung.

Vom 9. Dezember d. J. wird die Arbeitszeit wie folgt festgesetzt: Von morgens 6.30 bis 12 Uhr mittags und von 1 1/4 bis 6 1/4 nachmittags.

Die bisherige Toleranz von 5 Minuten für verspätetkommende morgens und nachmittags fällt weg, pünktliches Erscheinen wird unbedingt gefordert.

Die Kaffeepausen vormittags und nachmittags fallen weg, genügendes Frühstück soll zu Hause eingenommen werden.

Wer bei schwerer Arbeit ein Bedürfnis fühlt, ein Stück Brot zu essen, kann dies bei passender Gelegenheit thun, jedoch ohne zu sitzen, ohne seinen Arbeitsplatz zu verlassen und ohne sich mit anderen Arbeitern zu unterhalten.

Die Föhnung bestimmt sich nach der Zahl der effektiven Arbeitsstunden.

Der bisherige Schichtlohn wird in Stundenlohn umgerechnet und auf eine gerade Zahl abgerundet, wobei in Anbetracht der jetzigen Geschäftslage eine ca. fünfprozentige Reduktion der Löhne eintritt.

Die neuen Stundenlöhne können beim zuständigen Meister erfragt werden. (11)

Vorbehalten bleibt eine Verkürzung oder (—) Verlängerung der Arbeitszeit je nach Bedürfnis.

Wilhelm a. d. Ruhr, 23. November. (gez.) Hoffmann.

Also: Verkürzung der Arbeitszeit und (bei einer einstufigen Arbeitszeit) Ausfall aller Pausen mit Ausnahme einer einviertheilständigen Mittagspause! Nutet die Firma Thissen u. Co. auch ihren Arbeiter zu, das Futter bei passender Gelegenheit während der Arbeit zu sich zu nehmen? — Die Arbeiter wandten sich gegen diese Verfügung in einer Petition an die Direktion, in der

sie um Verbeibehaltung der zehnstündigen Schicht baten. Herr Direktor Hoffmann hielt es nicht für nötig, auf diese Petition auch nur eine Antwort zu geben. Seit Montag ist der Uts der Fabrikleitung „rechtskräftig“.

Gewergerichts-Wahlen. In Ratingen (Regierungsbezirk Düsseldorf) legte die Kandidatur der freien Gewerkschaften über die der „Christlichen“. — Im Gegenzug dazu gelang es den „Christlichen“, in Gerresheim, wo der Glasbläser Hege herrscht, ihrem arbeitswichtigen Glasarbeiter mit überwiegender Majorität zum Siege zu verhelfen. — In Ludwigsburg (Württemberg) ging die Liste der vereinigten Gewerkschaften ohne Widerstand durch.

Rußland.

Arbeits- und Lohnverhältnisse der Straßenbahn-Angestellten in der Schweiz. Die Angestellten der schweizerischen Trambahnen, die zu einem großen Teil städtische Betriebe sind, bilden keine besondere Organisation, sondern gehören der Arbeiterunion schweizerischer Trambahnen an. Deren Generalsekretär, Genosse Brandt, hat nun jüngst eine Enquete über die Verhältnisse der Straßenbahner vorgenommen und deren Ergebnisse im Luzerner „Demokrat“ veröffentlicht. Dabei handelt es sich um folgende zehn Orte: Zürich, Basel, Bern, Luzern, St. Gallen, Winterthur, Biel, Linthal (von Zürich aus), Hönegg bei Zürich und Dersikon bei Zürich. Nach dem Bericht ist das Personal an sechs Orten vertraglich angestellt, in Bern sind die Verhältnisse noch unbestimmt, in Basel, Biel und Linthal existiert kein Vertrag. Die Lohnzahlung findet in sieben Orten monatlich, in Linthal, Zürich, Hönegg, Zürich und Dersikon vierzehntägig statt. In Zürich, Basel, Bern, St. Gallen und Winterthur besteht monatliche, in Luzern dreimonatliche und in den übrigen Orten vierzehntägige gegenwärtige Abzahlung. Die Lohnverhältnisse sind sehr verschieden. Die Wagenführer erhalten Anfangsgehälter von 120 Fr. in Luzern und St. Gallen, bis 180 Fr. in Winterthur, 140 Fr. in Zürich und 180 bis 150 Fr. in Basel pro Monat, nachdem sie definitiv angestellt. Als „Reservisten“ erhalten sie Tagelöhne, und zwar von 3.25 bis 3.70 und 4 Fr. Die Konduktoren beziehen monatliche Anfangsgehälter von 110 Fr. in St. Gallen, 120 Fr. in Winterthur, Dersikon und Hönegg, 125 Fr. in Zürich, 130 bis 150 Fr. in Basel. „Reservisten“ erhalten Tagelöhne von 3.25 bis 4 Fr. Die Maximalhöhe der Wagenführer betragen 130 bis 154 Fr., 170 Fr. (Zürich), 160 bis 180 Fr. (Basel) und 180 Fr. in Dersikon und St. Gallen. In Bern beträgt der höchste Tagelohn 5.85 Fr. Der Maximallohn der Konduktoren beträgt 140 bis 180 Fr. Ein Provisorium bis zur definitiven Anstellung besteht an allen Orten und zwar beträgt es im Minimum 3 bis 4 Tage in Biel, an mehreren Orten 3, an anderen 12 und in Dersikon 2 bis 18 Monate. Festgesetzte Gehaltsaufbesserungen kennen fast alle Orte, jedoch besteht da die größte Verschiedenheit der Zeitdauer wie dem Betrage nach. Freisonntage erhält das Personal an allen Orten und zwar von 12 bis 15 und 17 per Jahr; Basel gewährt noch 3, Luzern 5 besondere Urlaubstage. — Am letzten Sonntag fand die Delegiertenversammlung der Trambahnen in Luzern statt und wurden von derselben Forderungen betreffend periodische Aufbesserung der Gehälter und Bestimmung der Dauer des Provisoriums aufgestellt, ferner beschlossen, eine Eingabe an den Bundesrat zu richten zur Aufrechterhaltung von 17 jährlichen Freisonntagen im Minimum und die Vorbereitungen zur Gründung einer Pensions- und Hilfskasse für die Trambahnen zu treffen.

Die Buchdrucker Stockholm und die Sozialdemokratie. Innerhalb der Buchdruckerorganisation in Stockholm finden alljährlich im Dezember Abstimmungen statt, die sich seit mehreren Jahren regelmäßig zu einer Kräftprobe der Sozialdemokraten und Liberalen Richtung einerseits und der sozialdemokratischen Richtung gestalten. Am vorigen Sonntag wurde die Wahl des Redacteurs für die nächste Zeit vorgenommen. Der sozialdemokratische Kandidat Genosse Wessel siegte mit 446 gegen 242 Stimmen. Die Wahl gilt auf zwei Jahre. 1899 erhielt der Sozialdemokrat 347, der Liberale 343 und 1897 unterlag der sozialdemokratische Kandidat, er hatte ca. 100 Stimmen weniger als der Gegner. —

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Das Wahlkomitee für den 10. Kommunal-Wahlbezirk Ullstedt und um Aufnahme folgender Erklärung: Infolge eines Versehens des Listenführers ist das Verzeichnis der Kandidaten für die Liberalen gewählt. Wie jetzt festgestellt ist, hat Krause dem sozialdemokratischen Kandidaten seine Stimme gegeben.

Parteilosen, welche bereit sind, zur Wahl im Kreise Wittenberg-Schweinitz Sonntag Flugblätter zu verbreiten, wollen sich heute abend bei Gresse, Siboldstr. 3, melden.

Niederschöneweide-Johannisthal. Der Wahlverein hält seine Mitgliederversammlung am Sonnabendabend 9 1/2 Uhr, im Lokale von Rau ab. Genosse Jubel spricht über: Politische Tagesfragen. Außerdem Besprechung über die Lokalfrage am Orte und Niederschöneweide.

Lokales.

Noch einmal: Die Selbstverwaltung in Berlin.

Herr Dr. Böing, der Verfasser der kürzlich an dieser Stelle (in Nr. 235) von uns besprochenen Abhandlung über vorstehendes Thema, sendet uns eine lange Erwiderung. Er begründet nicht, warum wir seine Berechnungen über den Anteil der verschiedenen Gewerkschaften der Berliner Bevölkerung an den kommunalen Ehrenämtern bezw. an den Stadtverordneten-Mandaten eine statistische Spielerei nennen. In diesen Berechnungen hat sich Böing in Ermangelung anderer Grundlagen ungeschicklich der durchaus schwankenden und willkürlichen Berufsbezeichnungen bedient, die die Personalnachweisung der Berliner Gemeindeverwaltung“ angeht. Unter den Böingischen „Gewerkschaften“ findet man dementsprechend nicht bloß die Rubriken „Kaufleute“, „Handwerker“, „Rechtsanwälte“ usw. usw., sondern auch Rubriken wie „Direktoren“, „Beh. Ober-Regierungsbeamte“, „Privatdozenten“ usw. Auf einer solchen „Klassifizierung“ (die ebenso komisch wirkt, wie wenn jemand die Kollegen des Herrn Dr. Böing etwa in „Frauen-Ärzte“, „Sanitätsräte“ usw. einteilen wollte) glaubt U. eine statistische Untersuchung aufbauen zu können, die man ernst nehmen soll! Daß die verschiedenen Gewerkschaften nicht mit dem ihnen zukommenden Anteil in den kommunalen Ehrenämtern vertreten sind, daß sie auch an den Stadtverordneten-Mandaten sehr ungleich und oft in geradezu ungleicherem Verhältnis beteiligt sind, diese Thatsache steht natürlich auch ohne Herrn U.'s wunderliche Rechnerei fest — ebenso wie die andre Thatsache, daß das Häuflein der Hausbesitzer bedeutend mehr Vertreter in der Stadtverordneten-Versammlung hat als das Heer der Mieter.

Von andern Fehlern der Arbeit U.'s wollen wir schweigen; der Grundfehler, von dem er ausgeht, macht eine weitere Kritik überflüssig. Wir wollen aber Herrn U. gern bestätigen, daß, wie er versichert, seine Arbeit völlig tendenzlos ist, und daß es ihm durchaus fern gelegen hat, mit seiner Rechnerei zeigen zu wollen, wie man die Sozialdemokratie aus der Stadtverordneten-Versammlung hinausbringen könnte. Daß die Arbeiter so spärlich an den kom-

munalen Ehrenämtern teilnehmen, bedauere er selber; er wünscht, daß ihre Beteiligung sich möglichst bald auf die ihnen zukommende Höhe steigern möge. Wenn der Freisinn die Arbeiter ausschließlich von den Ehrenämtern fernhielte, so würde auch er das bedauern.

Ausgesprochen hat sich U. über den von uns berührten, keineswegs unwichtigen Umstand, daß den Arbeitern auch durch ihre wirtschaftliche Lage die Beteiligung an den Ehrenämtern erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht wird. Gerade deshalb ist das U.'sche Prinzip so ungerath und sinnlos. Dieser Umstand hat Herrn U. nicht davon abgehalten, in seiner Abhandlung den Arbeitern vorzuwerfen, daß sie in den städtischen Ehrenämtern nicht thätig sein wollen. Die allgrößte Mehrzahl der städtischen Armen und Waisen entstamme der Arbeiterklasse, und es liege deshalb nahe, daß diese Bedrängtesten unter den Bedrängten ganz besonders bei deren Teilnahme und Hilfe finden möchten, die ihnen social am nächsten stehen und ihre Notlage am besten zu beurteilen vermögen. Aber hier (so fährt U. fort) verlagern die „Genossen“ vollständig: sie beschäftigen ihr Misgefühl für die „Enterten“ weder in der Armen- noch in der Waisenkommission, sondern überlassen die werthvolle Liebesarbeit kalten Blutes derselben Bourgeoisie, die sie sonst als ihren verhassten Feind auf Tod und Leben bedämpfen.

Wir wollen dem Herrn, der in dieser Weise die Arbeiter-Schaft verunglimpfen zu dürfen glaubt, schließlich auch das noch bestätigen, daß er kein Freisinniger ist. Wir selber hatten ihn auch keineswegs, wie er vermutet, für „freisinnig oder so etwas“ gehalten. Herr Dr. Böing ist und aus seinem öffentlichen Wirken seit längerer Zeit und ziemlich genau bekannt. Was im besondern seine Stellung zu den Fragen der Kommunalverwaltung angeht, so gehört er zu den Leuten, die bei den vierjährigen Stadtverordneten-Wahlen für den Moabit „Mieter-Kandidaten“ Damaskale ogliert haben. Die Kampfweise, die U. den Arbeitern gegenüber anwendet, ist seines Herrn und Meisters durchaus würdig.

Und dem Lager des Milchlagers. Eine außerordentliche Generalversammlung der Genossenschaft der Milch-Centrale, an der über tausend Personen teilnahmen, fand gestern unter strengstem Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse im großen Saale der Branerei Friedrichshagen statt. Leber den Verlauf der Verhandlungen will ein Berichterstatter trotzdem folgendes erfahren haben: Vom Vorstand der Milch-Centrale wurde die Erklärung abgegeben, daß die Situation für die Milchproduzenten in Berlin durchaus günstig sei. Es käme nur darauf an, auszuhalten und den Milchhändlern dauernd die Spitze zu bieten. Ueber die Rentabilität der von der Milch-Centrale errichteten Läden äußerte sich der Vorstand dahin, daß einzelne Läden, besonders im Westen, guten Erfolg hätten; der größte Teil der Läden arbeite jedoch mit erheblichem Defizit und erfordere große Zuschüsse. Um den Milchhändlern energischer entgegenzutreten zu können, wurde vom Vorstände beantragt, daß die Vauern in Zukunft die Kühlergelder sowie die Frachtposten der Milch nach Berlin selbst bezahlten, so daß die Milch-Centrale von jedem Liter Milch, statt eines halben Pfennigs, wie bisher, von nun an anderthalb Pfennige erhalten solle, wodurch sich die täglichen Einnahmen der Centrale von 2000 auf 6000 M. erhöhen würden. Scherworte in Bezug auf die Unkosten für den Verkauf durch besondere Anteilnahme von den Genossenschaftlern gebet würden. Dieser Vorschlag wurde jedoch abgelehnt und der Antrag des Vorstandes angenommen.

Der handwirtschaftliche Unterricht an den Berliner Mädchen-Gemeinschaften hat in diesem Jahre bedeutend an Ausdehnung gewonnen. Die Zahl der Schüllichen ist seit dem vorigen Jahre von 2 auf 4 gestiegen, die in den Gemeinschaften Wälderstraße 158, Prinzen-Allee 62, Gubenerstraße 51 und Tunderstraße 66 untergebracht sind. Die Zahl der an dem hauswirtschaftlichen Unterricht beteiligten Mädchen-Gemeinschaften hat dementsprechend von 14 auf 21 vermehrt werden können, die der beteiligten Schüllichen ist von 300 auf 525 gestiegen. Der mit der Schülliche in der Prinzen-Allee verbundene Mädchen- und Schulgarten, der zur Unterweisung der Mädchen in Gartenarbeiten und zur Verbeibehaltung des botanischen Unterrichtes dient, ist für die Berliner Gemeinschaften bisher immer noch der einzige seiner Art geblieben.

Ein Legat von 6000 M. zur Pflege seiner Kinder ist der Stadtgemeinde aus dem Nachlaß der verstorbenen Frau Lieutenant a. D. Emilie Henriette Wilhelmine Symanski, geb. Moldenhauer, zugefallen. Der Magistrat hat beschlossen, das Kapital zur Pflege der Kinder im Waisenhaus zu verwenden.

Die Expedition, Speicherei- und Kellerei-Verbands-Genossenschaft Berlin, der jetzt sämtliche Lagerungsbetriebe angehören, wenn sie mit einem Handelsgewerbe verbunden sind, dessen Besitzer im Handelsregister eingetragen ist, hat jetzt den Namen Lagerer-Verbands-Genossenschaft angenommen.

Gegen den Landtagsabgeordneten Nag Schulz war, wie wir seiner Zeit meldeten, auf Grund einer Rede, die er am 27. August d. J. im Verein Walder gehalten, ein Verfahren wegen Verleumdung des Gumbiner Kriegsgewerks eingeleitet worden. Das Verfahren ist nunmehr eingestellt worden, da ein wortgetreuer Bericht der Rede nicht zu beschaffen gewesen ist.

Selbstsam. Von Herrn Wendelin Weichheimer erhalten wir folgende Zuschrift: Im Referat über das Konzert des Berliner Arbeiter-Sängerbundes am 7. d. M. wird behauptet, ich habe in meiner Komposition des Heineschen Liedes die Schlüssel des Gedichtes „einfach fassiert“. Das ist nicht wahr; sie stehen Wort für Wort darin! Nur blieb es dem Dirigenten überlassen, statt dieser die Schlüsselwörter einer der vorhergehenden Strophen auch an dieser Stelle singen zu lassen. Dies scheint bei der Berliner Aufführung geschehen zu sein. Wie man nun heraus einen „bedauerlichen Gewaltakt“ meinerseits machen und sagen kann, ich habe mich dadurch „an Heinrich Heine veründigt“ überlasse ich dem Urteil eines jeden Rechtlichdenkenden.

Wendelin Weichheimer. Diese Verächtigung macht die musikalische Behandlung des Heineschen Liedes nur um so seltsamer. Es ist wohl kaum dazuwesen, daß der Liedichter eines durchkomponierten Liedes es dem Dirigenten anheimstellt, die wichtigsten Strophen, die ihm erst den Sinn geben, nach seinem Gutdünken singen zu lassen oder zu streichen.

Rechtsanwalt Sonnenfeld hat gegen das Urteil der 7. Strafkammer des Landgerichts I, durch welches er wegen Verleumdung zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt worden ist, das Rechtsmittel der Revision eingelegt.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Im Interesse einer glatten Abwicklung des zur Weihnachtszeit erheblich gesteigerten Fuhrwagens-Verkehrs wird erneut die Wohnung an das Publikum gerichtet, in den Hauptverkehrsstraßen möglich die rechte Straßenseite der Gangart zu benutzen. Ganz besonders gilt diese Aufforderung für die beiden Sonntage vor Weihnachten, den 15. und 22. Dezember etc., und für die Straßen, in denen sich die großen Warenhäuser befinden.

Bei den Wahlen zur Akademischen Lesehalle, die Mittwoch abgeschlossen wurden, sind gewählt worden: von der sich national nennenden Partei 7 Kandidaten, von der katholischen Korporation 2 Kandidaten, von der Freimaurerei 2 Kandidaten, von dem Verein jüdischer Studenten 1 Kandidat, von der Freien wissenschaftlichen Vereinigung 1 Kandidat, von dem Sozialwissenschaftlichen Studentenverein 1 Kandidat.

Um ein „geordnetes Leben“ zu haben, ließ sich, wie eine Korrespondenz meldet, der frühere Wäldergerichte August Kreller bei einem Einbruch abfassen. Er war durch Verdrüßlichkeit heruntergekommen und hatte auch schon wegen Eigentumsvergehens Freiheitsstrafen erlitten. Am Geist und Körper heruntergekommen, lebte der Vielweiber abermals noch Berlin zurück, jetzt 48 Jahre alt. In Verdrüßlichkeit war nun gar nicht mehr zu denken. Daher beschloß sich Kreller alsbald ein Stämmchen, ließ sich auf einem Grundstück einziehen und begann nun so einzubringen, daß er mit Sicherheit abgerufen werden konnte. Beim Verhör erklärte er, da er ehrliche Arbeit doch nicht mehr finde, so möchte er wenigstens ein geordnetes Leben im Zuchthaus bis ans Ende seiner Tage haben.

Der angeblich flüchtig geworden Redacteur Otto in Düsseldorf, der bekannte Parisien-Bekämpfer, befindet sich, wie mitgeteilt wird, noch in seinem Wohnort. Nichtig ist, daß D. seines Amtes als verantwortlicher Redacteur des Düsseldorf „Arbeiter“ plötzlich entsetzt und eine Anzeige wegen Unterschlagung gegen ihn erstattet ist. Ebenso ist von Berlin aus gegen D. ein Antrag auf Untersuchung an die Staatsanwaltschaft ergangen, doch ist von einem Einschreiten der Behörde nichts bekannt geworden.

Durch einen Sturz aus dem Fenster hat sich gestern nachmittags der 33 Jahre alte Schlossergeselle Josef Schimann, der aus Ungarn stammte und am Friedrichshain Nr. 32 bei einer Witwe im zweiten Stock des Seitenflügels wohnte, das Leben genommen. Schimann war seit einem halben Jahre herzleidend und arbeitsunfähig. Am Freitag war er auf seinen Wunsch aus dem Krankenhause am Friedrichshain entlassen worden. Als sich gestern nachmittags sein Leiden wieder verschlimmerte, hat er seine Witwe, ihm einen Wagen zu holen, damit er nach dem Hedwigs-Krankenhause fahren könne. Kaum war die Frau mit dem Wagen vor der Thür angekommen, da stürzte sich der Kranke aus dem Fenster auf das Asphaltplaster des Hofes hinab. Hausgenossen trugen ihn in seine Wohnung hinauf und sorgten für ärztliche Hilfe. Eine Rettung war jedoch nicht mehr möglich. Schimann starb nach wenigen Minuten an einem Bruch der Wirbelsäule und schweren inneren Verletzungen.

Der Versuch, einen Streit zu schlichten, hat dem 29 Jahre alten Mechaniker Karl Leopold aus der Diefenbachstr. 71 das Leben gekostet. Leopold sah vor einiger Zeit in einer Schankwirtschaft am Mollat, als zwei andre Gäste in Streit gerieten. Er erhob sich, um Frieden zu stiften, und erhielt dafür von einem der Streitenden einen Schlag auf den Kopf. Seiner Frau den Vorfall verheimlichend, arbeitete er ruhig weiter. Endlich aber mußte er doch ein Krankenhaus aufsuchen. Nun war es jedoch zu spät, eine Gehirnverletzung war schon so weit vorgeschritten, daß sie zum Tode führte.

Durch einen beladenen Möbelwagen überfahren und schwer verletzt wurde gestern abend vor dem Hause Vintenzstr. 24 ein älterer Herr, als er die Straße überqueren wollte. Dem Bedauernswerten gingen die Räder über die Brust. Er wurde nach dem städtischen Krankenhaus am Friedrichshain gebracht.

Ein großer Fabrikbrand fand gestern in Spandau statt. Ein Petroleumgebäude der Rheinisch-westfälischen Zündwaren-Fabrik von Artz, die vor drei Jahren als Zweigfabrik eines westdeutschen Unternehmens an der Havel errichtet wurde, ist nebst den darin befindlichen Maschinen und einer bedeutenden Menge Material vom Feuer zerstört worden. Der Betrieb der Fabrik wird aufrecht erhalten, so daß Arbeiterentlassungen vermieden werden.

Feuerbericht. Die Dachstuhlbrände häufen sich in letzter Zeit in ungewöhnlicher Weise, denn es vergeht jetzt kein Tag, ohne daß ein solcher die Feuerwehre beschäftigt. Mittwochsabend gegen 8 Uhr standen in der Turnstr. 31 in Noabit mehrere mit oberhalb Hausgeräth gefüllte Bodenräume, sowie ein Teil des Dachstuhls in Flammen. Die Feuerwehre hatte über eine Stunde mit zwei Rohren Wasser zu geben, um den Brand einzudämmen. Zur selben Zeit wurde die Wehr nach Petersburgerstr. 43 gerufen, wo ein Kleiderständer mit Inhalt auf dem Korridor brannte. Bergamaster 3 war nachmittags ein kleiner Wohnungsbrand zu besichtigen.

Die drahtlose Telegraphie und andre Wunder der Electricität wurden gestern von dem Ingenieur Herrn Eugen Hoff in Custans Konopitzium vorgeführt. Der Vortragende machte zunächst einige wohlgeleitete Experimente, welche das Prinzip der Hertz'schen Wellen veranschaulichten, auf dem sich die von Marconi gemachte Erfindung der drahtlosen Telegraphie aufbaut. Außerordentlich fesselnd war es für den Laien, zu beobachten, wie durch die elektrischen Wellen eine Signalglocke an beliebigen Stellen des Raumes in Bewegung gesetzt wurde und wie dieser Versuch ferner in beträchtlicher Entfernung vom Apparat, in einer durch viele Mauern vom Experimentierort getrennten Kammer erfolgreich wiederholt wurde. Herr Hoff gab dann eine Erklärung der drahtlosen Telegraphie und führte diese bedeutsame Erfindung dem Publikum vor. Im weiteren Verlauf des interessanten Abends wurde ein Königen-Apparat gezeigt, sowie die singende Vogenlampe und die durch Kathodenstrahlen erleuchteten elektrischen „Lumen“. Wer sich über die neuesten Erscheinungen auf dem Gebiete der Electricität unterrichten will, dem kann der Besuch dieser Vorführungen nur empfohlen werden. Zu wünschen wäre, daß sie auch dem Teil des Publikums zugänglich gemacht würden, der nicht die Lust hat, das Konopitzium zu besichtigen.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberger Konsumverein. Man schreibt uns: Nach einer Uebersicht aus dem Geschäftsbericht für das Jahr 1900/1 hat der auf genossenschaftlicher Grundlage gegründete Verein in seinem ersten Rechnungsjahre verhältnismäßig gut abgeschrieben. Die schwer es am hiesigen Orte ist, den Arbeitern durch Zusammenstoß die Vorteile einer solchen Konsumgenossenschaft klar zu machen, hat sich gezeigt, wenn auch nicht verfehlt werden soll, daß die abgewinnten (schlechten) wirtschaftlichen Verhältnisse zum großen Teil während eingegriffen haben. Trotzdem ist der Verein im Wachsthum begriffen, was daraus hervorgeht, daß nach dem halbjährlichen Beschlusse schon die erste Bilanz erweitert werden mußte. Die Mitgliedszahl betrug am 1. Oktober 1900 147, am 1. Oktober 1901 364 und beläuft sich augenblicklich auf 420. Der Kassenvorstand beweist sich in Einnahme und Ausgabe auf 64 627 M., die Bilanz schließt in Ueberschuss und Passiva mit 9559 M. ab, worin ein Reingewinn von 3082 M. enthalten ist.

Die Nizdorfer Gewerbe-Deputation nahm in ihrer letzten Sitzung in der von der Generalversammlung der Allgemeinen Orts-Arbeiterklasse beschlossenen Statutenänderung Stellung. Es handelt sich hierbei um einen Systemwechsel. Bis jetzt werden Krankengeld und Krankenbeitrag nach dem unter Verdrüßlichkeit von Alter und Geschlecht gemäß § 8 des Gesetzes behördlich festgestellten ortsbildlichen Tagelohnen gewöhnlicher Tagelöhner berechnet. An Stelle der Einteilung nach Geschlecht und Alter soll nun jetzt, so beschloß die Generalversammlung der Klasse, die Lohn-Klassen-Einteilung treten. Es sind fünf Klassen vorgesehen. Der Beitrag soll betragen für die Mitglieder mit einem durchschnittlichen Tagesverdienst von 2,75 M. und mehr 63 Pf., von 2,25 M. bis 2,75 M. 54 Pf., von 1,75 M. bis 2,25 M. 42 Pf., von 1,25 M. bis 1,75 M. 33 Pf. und bei weniger als 1,25 M. 21 Pf. Als Krankengeld sind 50 Prozent der Durchschnitts-Lohnsätze vorgesehen. — Die Klasse wollte die Renewierung geru noch bis zum 1. Januar anerkannt sehen. Wie eine Klageprache ergeben hatte, war auch auf rechtzeitige Genehmigung des Bezirksausschusses für den Fall zu rechnen, daß die Gewerbe-Deputation sich in einem Gutachten günstig äußere. Die meisten Mitglieder der Deputation verhielten sich zunächst recht ablehnend dem geplanten Systemwechsel gegenüber. Es gelang indessen den sachgemäßeren Führern des Stadt-Bezirks (E. O.), der selber Mitglied der Generalversammlung der Klasse war, einen sofortigen Ablehnungsbeschlusse zu verhindern. Der Antrag Wuylls, die Statutenänderung ohne weiteres zu billigen, wurde gegen die Stimmen des Antragstellers und des Stadt-Bezirks (E. O.) abgelehnt. Die Mehrheit beschloß, erst noch einige Ausläufe einzuholen.

Verurteilungen in der Kasse des Christlichen Zeitchriften-Verlags, der bekanntlich die Redaktion des Pastor's Halle, bildeten am Donnerstag den Gegenstand einer längeren Verhandlung vor dem Schöffengericht. Der Angeklagte Schmilinski war zehn Jahre lang Hauptredakteur des Christlichen Zeitchriften-Verlags. Er bezog ein Jahresgehalt von 4500 M. Im März d. J. machte ein Vorstandsmittglied die Entdeckung, daß es in der Kasse nicht stimmte. Man nahm eine gründliche Revision vor, und nun stellte sich heraus, daß für das vorige Jahr und die ersten Monate dieses Jahres eine große Zahl Reibeträge von je 10-20 M. nachgewiesen werden konnten, deren Gesamtbetrag sich auf 1258 M. beläuft. Schmilinski wurde entlassen, aber aus Furcht vor der Oeffentlichkeit wollte man den Schleier der Verschwiegenheit über die Angelegenheit decken und von einer Strafverfolgung gegen Schmilinski absehen. Dessen wurde noch nach der Entlassung sein Gehalt eine Zeit lang fortgezahlt und seiner Familie Unterstützung zugewandt. Schmilinski schien die Oeffentlichkeit weniger zu fürchten wie der Vorstand des Christlichen Zeitchriften-Verlags, dem er ging aus Anlaß des auf ihm lastenden Verdachts mit Verdrüßlichkeit gegen Pastor Halle vor. Diese wurden jedoch durch Vergleich vor dem Schiedemann erledigt. Andererseits nahm aber der Vorstand aus diesem Vorgehen Schmilinski's Veranlassung, die Unregelmäßigkeiten der Kasse namentlich der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. — Die Verdrüßlichkeit vor dem Schöffengericht ergab, daß alle die Summen, an denen Reibeträge festgesetzt worden konnten, bereits durch die Hände eines inzwischen verstorbenen Kassendienten gegangen waren, bevor sie dem Angeklagten übergeben wurden. Nach Lage der Sache ist es daher möglich, wenn auch nicht sicher, daß die fehlenden Gelder in den Taschen des Verstorbenen verschwunden sind. — Während der Staatsanwalt gegen Schmilinski eine Gefängnisstrafe von drei Monaten beantragte, kam das Gericht zu einem freisprechenden Urteil. Wenn auch die Unschuld des Angeklagten nicht erwiesen worden sei, so konnte doch nicht festgestellt werden, daß er und kein anderer die fehlenden Gelder unterschlagen habe.

Der Christliche Zeitchriften-Verlag beschloß gestern zweifellos nur solche Leute, deren Frömmigkeit über jeden Zweifel erhaben ist. Der vorstehende Fall zeigt, daß frommer Aberglaube durchaus nicht vor Unrechtheit schützt und daß die Christlichen Ererter, die Radikal- und Gesinnungsgegnern Hülfe, keinen Grund haben, den Mangel an Glauben und Frömmigkeit als die einzige Ursache aller Schrecken hinzustellen.

Die Bretterbude. Der bekannte Kaspirator Ben Alibas wurde zu Schanden gemacht durch die Art, Diebstähle auszuführen, wie sie gestern vor dem zweiten Strafkammer des Landgerichts I zur Verurteilung gelangten. Auf der Anlagebau befand sich der Photographen-Gehilfe Otto Dohert und der aus Polen kommende Schneider und Wäscher Jacob Franzuliewicz. Im Gerichtssaale waren zwei aus rohen Brettern zusammengezwimmerte, coaliffenartige Stelagen angebracht, die einen kleinen, von drei Seiten eingeschlossenen Raum herstellten, in welchem ein Mann bequem stehen und sich einigermassen bewegen konnte. In der hellen Mittagsstunde des 3. Juli dieses Jahres wurde eines dieser Bretter zu einem verwegenen Diebstahl benutzt. Es stand vor dem Schaufenster, den der Juwelier Damapfel neben seinem Laden in der Leipzigerstr. 66, wohl die belebteste Stelle Berlins, angebracht hatte. Der Schaufenster war vom Laden aus nicht ins Auge zu fassen. Als man hinter das lastenartige Gestell blickte, entdeckte man, daß die Glasfläche des Schaufensters zertrümmert war. Der Raub war des größten Teils seines Inhalts beraubt worden, dem Diebe waren für etwa 400 M. Goldwaren in die Hände gekommen. Kurze Zeit vorher, am Vormittage des 2. Juni, war ein ähnlicher Diebstahl bei dem Juwelier Klinging in der Gertraudenstr. begangen worden. In diesem Falle betrug der Wert der gestohlenen Waren über 1000 Mark. Der Dieb hatte sehr mitgebrachtes Bretterhäuschen gegen das Schaufenster geschoben und selbst im Innern des kleinen Mannes sitzend, konnte er, vor den Wänden der Vorhänge geborgen, aus Werk gehen. Hiel das Geräusch einem Passanten auf, so nahm dieser an, daß ein Glaser oder anderer Handwerker eine Reparatur vornahme. Es gelang der Polizei, die der That dringende Verdächtigen in den Vorjahren der beiden Angeklagten zu ermitteln. In dem Besitz des Dohert wurden noch eine Anzahl der gestohlenen Uhren und Ketten gefunden, so daß an dessen Schuld kaum ein Zweifel bestehen konnte. Er sagte auch in betreff des einen Diebstahls ein offenes Geständnis ab und bezeugte den Mitangeklagten als seinen Mithäter. In dem gestrigen Termin widerrief Dohert sein Geständnis und geberdete sich wie ein Geisteskranker. Er wollte die Verurteilung nie geschehen lassen und meinte, der Leiter der Trennung ist zu Daldorf, Geh. Medizinalrat Dr. Sander, habe die Thätigkeit angefertigt. Franzuliewicz erzählte eine merkwürdige Geschichte. Er habe eine Zeit lang in einem Lokal in der Fischerstr. als Klavierpieler verkehrt und dort den Angeklagten Dohert kennen gelernt. Dieser habe ihm eines Tages gedreht, ihm bei einer Arbeit beizustehen zu sein. Er habe sich mit ihm nach dessen Wohnung gegeben und dort sei eine der Schürmwände auf dem Hofe zusammengezwimmert worden. Am folgenden Vormittag seien die beide in einer Prozelle nach dem Spittelmarkt geführt, er habe den Hofstamm nach dem Fluß des Haupte Leipzigerstr. 66 tragen müssen. Hier habe Dohert ihm verfallen zu warten, er wolle aus der Nachbarschaft seinen photographischen Apparat holen, da er den Kutter habe, den Schaufenster zu photographieren. Nach einiger Zeit sei Dohert zurückgekehrt, habe ihm eine Mark bezahlt und erklärt, daß er seiner Dienste nicht mehr bedürfe. Er sei fortgegangen, ohne eine Abrechnung davon zu haben, daß Dohert es auf einen Diebstahl abgesehen habe. Dohert ist auf seinen Gefängnisstand mildernd worden, der medizinische Sachverständige begutachtete, daß Dohert bereits einmal in Daldorf gewesen sei. Wenn auch nicht geradezu geisteskrank, so sei er doch in betreff seiner geistigen Fähigkeiten minderwertig. — Staatsanwalt Dr. Ruz hielt beide Angeklagte mindestens in dem einen Fall für überführt, er beantragte gegen Dohert zwei Jahre, gegen Franzuliewicz ein Jahr Gefängnis. Das Urteil lautete gegen Dohert dem Antrage des Staatsanwalts gemäß gegen Franzuliewicz auf neun Monate Gefängnis. Beide Verurteilten erklärten, die Strafe sofort antreten zu wollen.

Verfammlungen.

Weshalb soll sich der Bankbeamte organisieren? Zum zweitenmale seit kurzer Zeit hat der Centralverband der Handlungsgehilfen die Bankbeamten zu einer Versammlung eingeladen, um ihnen ihre Interessen und die Bedeutung einer gewerkschaftlichen Organisation für ihren Beruf klar zu machen. Die Versammlung fand am Mittwoch in den Arnimhallen statt. Sie war recht gut besucht. Schriftsteller Georg Verward, der über das obige Thema sprach, bezog sich auf einen Artikel des „Bankbeamten“, eines Organs für Bankbeamte, und führte aus, daß dieser Artikel seine des Redners Darlegungen in der vorigen Versammlung falsch wiedergabe und deshalb auch zu einer ganz falschen Beurteilung der Bewegung für die Organisierung der Bankbeamten komme. Der Redner betonte gegenüber dem gesamten Artikel, daß er gar nicht daran denke, die Bankbeamten gegen ihre Chefs aufzubringen, daß es sich hier auch nicht um socialdemokratische, überhaupt nicht um politische Angelegenheiten, sondern um eine rein gewerkschaftliche Bewegung handle, durch welche die wirtschaftliche Lage der Bankbeamten gebessert, vor allem aber zunächst ihr Solidarietätsgefühl geweckt werden solle. Dies schloß den Bankbeamten pänglich. Wenn es unter ihnen auch einzelne gut bezahlte Kräfte gebe, so sei doch die Mehrheit der Bankbeamten so wohl hinsichtlich des Gehaltes wie der Ansichten für die Zukunft keineswegs besser gestellt, wie die Angestellten im Handelsgewerbe. Die Bankbeamten hätten gar keinen Grund, ihre sociale Stellung für eine höhere zu halten wie die der Handlungsgehilfen oder der Arbeiter in der blauen Bluse. Sie hätten genau dieselben Klasseninteressen wie diese, und müßten sich ebenso zur Vertretung ihrer Interessen zusammenschließen. Der Bankbeamten-Verein sei keine

solche Vertretung, er könne es auch nicht sein, weil er auf Geldzuwendungen der Chefs und Direktoren angewiesen sei. Thatsächlich habe der Verein auch nichts zur Verbesserung der Lage der Bankbeamten gethan, und deshalb dürfe man sich nicht wundern, wenn nur der vierte Teil aller Bankbeamten dem Verein angehöre. Am besten wäre es für die Bankbeamten, wenn sie sich organisieren würden wie die Arbeiter. Wenn sie sich aber zu diesem Schritt nicht entschließen können, dann sollten sie wenigstens ihre bestehenden Vereine so umgestalten, daß sie im stande sind, die Klasseninteressen ihrer Mitglieder zu vertreten.

Dem mit großem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte eine erge Diskussion. Zunächst nahm Herr Landshurg, Redacteur des „Bankbeamten“, das Wort. Er erklärte sich, was die Darstellung der Verhältnisse betrieft, in allen wesentlichen Punkten mit dem Referenten einverstanden, nur hinsichtlich der Konsequenzen sei er anderer Meinung. Gerade die mit 2000 Mark besoldeten Bankbeamten, die so mechanische Arbeiten verrichten, daß sie jede Stunde durch jeden beliebigen Dienstmann ersetzt werden könnten, dürften sich um Solidarietät nicht organisieren, denn das könnte ja dem Chef Gelegenheit geben, diese Leute zu entlassen. Das war der Grundton, der sich auch durch die weiteren Ausführungen des Herrn Landshurg zog. So klar und verständlich auch die Ausführungen des Referenten über das Wesen des Klassenkampfes und die Vertretung der Klasseninteressen waren, Herr Landshurg konnte sich — das bewies seine Rede — darunter jedenfalls nichts anderes vorstellen als einen Kampf, der mit der Faust oder doch mindestens mit groben und verletzenden Redensarten geführt wird. — Nicht besser erging es einem Bankbeamten, der später das Wort nahm und für eine Organisation eintrat, die aber keinesfalls auf socialdemokratischer Basis gegründet werden dürfe. — Natürlich gaben auch in dieser Versammlung einige Herren vom deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verein ihre mittelalterlich ammittenden Ansichten zum besten. Bezeichnend für diese Leute sind dem antilemittischen Lager ist es, daß sie, die entschiedene Gegner der Frauarbeit im Handelsgewerbe sind, die nervenzerschütternde Arbeit an der Särbarmaschine — wie ein Redner dieser Richtung sagte — gern den Damen überlassen. In treffender Weise wurden diese Apokryphen des Rückwärts von Kalliski sowie von zwei weiblichen Mitgliedern des Centralverbandes abgelehnt.

Die Versammlung endete mit einem Schlußwort des Referenten, der den in der Debatte gemachten Einwendungen gegenüber nochmals mit nicht mizurückweichender Klarheit seinen Standpunkt darlegte.

Vermishtes.

Bau-Unfall. Aus Frankfurt a. O. wird uns über ein schweres Bau-Unglück berichtet, das sich gestern auf dem Neubau eines Warenhauses in der Regierungstraße zutrug. In dem Bau kommen die sogenannten Patendeden in Anwendung, die auch bis zur vierten Etage fertiggestellt waren. Wöglich stürzte die obere Etage zusammen und schlug bis zum Kellergerüst durch, unter sich sieben Arbeiter begrabend. Bis zur Stunde, da uns die Mitteilung zugeht, waren erst fünf Arbeiter aus dem Trümmerhaufen hervorgeholt, die schwer verletzt in das Krankenhaus überführt wurden; zwei von den Verunglückten werden bereits als tot gemeldet. Für die zwei, die noch nicht geborgen sind, besteht kaum eine Hoffnung, daß sie noch lebend aus dem Trümmern befreit werden können.

Ueberschweemmungsgefahr. Aus Köln a. Rh. wird vom Donnerstag berichtet: Die Rheinhöhe betrug heute früh 8,02 Meter; sie ist seit gestern früh um 77 Centimeter gestiegen. Die Rheinflüsse des Rhein steigen auch.

Die Pest. Wie der „Regierungsbote“ in Petersburg meldet, ist seit dem 21. November, wo der erste Befall in Batum vorkam, kein weiterer Pest- oder pestverdächtigter Krankheitsfall im russischen Schwarzmeergebiet zu verzeichnen gewesen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Eyreklunde findet am Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.
A. V. Berne. Siehelet versuchen Sie es einmal mit „Deutsche Kunst und Decoration“, die durch die Buchhandlung Bornstedt bezogen werden kann. Der Preis ist halbjährlich 10 M.
G. R. 100. Man kann in Ihrem Hause den Taub und den Klaffs anwenden: Sie haben also beide recht.
J. 77. 1 Deutsche Bank, Bauer- und Französischstraße. 2. 3 bis 1/2 Brod.
W. R. Sie weisen gemäß das Friedrich-Wilhelms-Hospital, Pankowstraße 31 und Große Frankfurterstr. 22.
M. C. 72. Bei der Direction des „Theater des Westens“ oder bei der Intendantur der Königl. Schauspiel.
H. R. 5800. Bis zum 1. Dezember ist zu zahlen. — G. M. Mändelbergerstraße. Ein Darlehen besteht in 30 Jahren, eine Warenkündigung in der Regel mit Ablauf des zweiten Jahres, das auf die Aufhebung der Fortsetzung folgt. — Druck. Von der Verdrüßlichkeit zur Reichstagswahl ist denjenigen aus geschlossen, der eine Armenunterstützung aus öffentlichen oder Gemeindefonds bezieht oder im letzten der Wahl vorangegangenen Jahre bezogen hat. 2. Die Wahlberechtigung für den Reichstag wird mit zurückgelegtem 25. für die Stotbrockendruckmaschinen mit Vollendung des 24. Lebensjahres erworben. — N. J. Leider zu spät.
G. O. Der Bannort entspricht den gesetzlichen Vorschriften.
Zahner. Der Zahnarzt ist unabhängig. Ihnen recht, falls nicht Wonnidmündigung vorerlaubt ist, sachdienliche Ründigung zum Quartaalserstet zu. Sie können die Klage durch einen Anwalt oder selbst andringen. — F. Georges. Ueber mein — 123 W. Das uneheliche Kind wird durch seinen Mutter, nicht aber seines Vaters. — Weis 23. Falls Sie wegen Ueberraus geschieden sind, müssen Sie das Geschick im Verdrüßlichkeit mit der Verdrüßlichkeit an das Geschickengericht (Vandgericht) richten. Sonst bedürfen Sie keines Erlaubnis zur Mi-berverdrüßlichkeit. — O. I. Ja.

Wetter-Prognose für Freitag, den 13. Dezember 1901. Stimmlich trübe mit Niederlagen, mäßigen südlichen Winden und langsam steigender Temperatur. Berliner Wetterbureau.

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen, Nizdorfer, Dankagung. Usten Vereinen, Freunden und Bekannten, welche an dem Sonntag, den 16. Dezember, sich beteiligten, hierdurch unseren herzlichsten Dank. Neu-Bekehrter, Wilma Appelt, 50146, nebst Kindern. Sonntag: nach Franz Buchholz (Röhndel Volk), 1 1/2 Uhr, Franziskaner Thor. Bei schlechtem Wetter, abends Andreasstraße 23. Donnerstag, den 19. ds. Mts., Versammlung 13/14 bei Raabe, Kolbergstr. 23. Achtung! Sonnabend, den 28. Dezember, pflücht der Saal frei geworden. 100 Personen, passend zur Weihnachtsfeier. M. W. W. 25366, Rantowstr. 9. Mastgänse, Enten, fäthner, bester, frisch geschlachtet, gerupft 10 Pfd. hoch fruchtig Rohschinken 4,50 M. Frau A. Margules, S u c a c s, 37 via Breslau 23406